



ILS-Forschung 01/2012

Weak Market Cities

Forschungsprojekt - Endbericht

**Finanz- und Wirtschaftskrise:
eine Aufgabe für eine nationale Stadtentwicklungspolitik**



ILS – Institut für Landes- und
Stadtentwicklungsforschung **IS**

Weak Market Cities – Forschungsprojekt

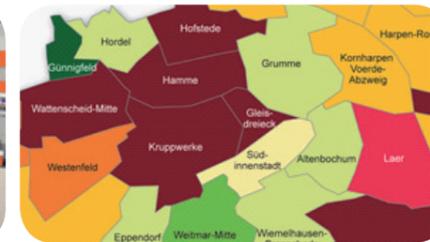
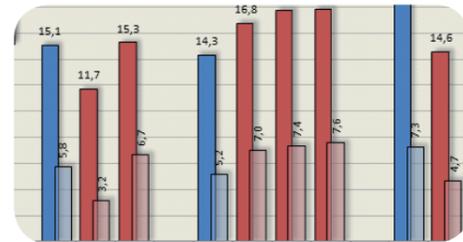
Aktenzeichen: SF – 10.15.04.242

ENDBERICHT

Eingereicht am 19.12.2011

Inhaltsverzeichnis

6	Vorbemerkungen
8	1. Kontext: Finanz- und Wirtschaftskrise
11	1.1 Finanz- und Wirtschaftskrise
13	1.2 Finanzkrise der Kommunen



20	2. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Untersuchungsstädte
20	2.1 Finanzielle Situation in den Untersuchungsstädten
26	2.2 Wirtschaftliche Entwicklungen
30	2.3 Arbeitsmarkt
36	2.4 Sozialräumliche Auswirkungen
45	2.5 Förderprogramme
50	3. Reaktionen der Untersuchungsstädte
50	3.1 Strategien
55	3.2 Klimaschutz- und anpassung in der Stadtentwicklung
60	3.3 Stadtentwicklung und Qualifizierung
65	3.4 Wirtschaftsförderung
74	4. Fazit
75	4.1 SWOT-Analyse der Untersuchungsstädte
80	4.2 Zusammenfassung und Bewertung der Reaktionen
83	4.3 Ausblick
86	4.4 Neue Fragestellung: Fokus auf strategische Entwicklungsplanung
88	5. Interviewpartner
90	6. Literatur
100	7. Abbildungsverzeichnis
101	8. Tabellenverzeichnis
102	Impressum

Vorbemerkungen

Im vorliegenden Endbericht für das Projekt „Finanz- und Wirtschaftskrise: eine Aufgabe für eine nationale Stadtentwicklungspolitik“ (Weak Market Cities) werden die abschließenden Ergebnisse vorgestellt.

Die folgenden Ausführungen basieren größtenteils auf den empirischen Erhebungen in den deutschen Untersuchungsstädten Bremen, Bochum und Leipzig, den drei deutschen Untersuchungsstädten. Die weiteren Untersuchungsstädte im europäischen Ausland (Sheffield, Belfast, Bilbao, Turin, Lille, Metz) wurden von unserem Kooperationspartner, der London School of Economics (LSE), untersucht.



Abb. 1: Internationaler Workshop Leipzig // Isabella Kohlhaas-Weber

Die vorgestellten Ergebnisse beruhen unter anderem auf den Aussagen relevanter Akteure vor Ort, mit denen im Zeitraum zwischen Februar 2010 und Februar 2011 Experteninterviews geführt wurden. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden bis September 2011 durch Telefoninterviews mit ausgewählten Vertretern der Städte ergänzt. Des Weiteren wurde im Rahmen der Forschung aktuelle Literatur recherchiert, die Tagespresse gesichtet sowie relevante Veröffentlichungen der öffentlichen Hand (z.B. Ministerien, Statistische Ämter) herangezogen.

Ein weiterer wesentlicher Baustein des Projektes ist der Wissens- und Erfahrungsaustausch über das internationale Netzwerk der City Reformers Group (CRG). Die CRG umfasst Experten aus Verwaltung und Wissenschaft. Bei den Netzwerkveranstaltungen handelt es sich um zwei unterschiedliche Formate.

- **CRG Meetings:** In einem größeren Kreis von jeweils ca. 50 bis 60 internationalen Teilnehmern werden Handlungsansätze vorgestellt und diskutiert. Bislang fanden zwei CRG Meetings statt. Auf der Auftaktveranstaltung im März 2010 wurde das – bereits zwischen 2006 und 2009 aktive - Netzwerk erneut konstituiert und die neuen Fragestellungen hinsichtlich der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Untersuchungsstädte diskutiert. Auf der zweiten Veranstaltung im März 2011 wurden die ersten Erkenntnisse ausgetauscht und diskutiert. Im März 2012 sollen dann abschließend Ergebnisse vorgestellt und diskutiert werden.
- **CRG Workshops:** In einem kleineren Kreis von jeweils ca. 20 bis 30 Teilnehmern finden vor Ort Veranstaltungen mit Workshop-Charakter statt, deren Ziel es ist, die Herausforderungen und Ansätze am Beispiel einer Untersuchungsstadt zu vertiefen. Daran sind neben dem Forscherteam und einigen ausgewählten internationalen Teilnehmern vor allem lokale Akteure beteiligt. Solche Workshops fanden in Leipzig (Oktober 2010), Belfast (März 2011) und Lille (Mai 2011) statt.

Der Bericht beginnt mit einer kurzen Darstellung des Ablaufs der Finanz- und Wirtschaftskrise. Hier wird auf die generellen Auswirkungen der Krise sowie die politischen Reaktionen darauf eingegangen. Kapitel 2 stellt die Konsequenzen der Krise für die im Projekt untersuchten Städte vor. Im Einzelnen wird in Unterkapiteln auf die Themenfelder städtische Finanzen, Arbeitsmarkt, sozialräumliche Probleme und Förderprogramme eingegangen. Im Anschluss werden in Kapitel 3 Reaktionen und Lösungsansätze hinsichtlich der zuvor identifizierten Problemlagen aufgezeigt. Zunächst erfolgt eine Darstellung der übergeordneten, programmatischen Strategien. In den folgenden Unterkapiteln wird auf die Handlungsfelder Klimaschutz, Stadtteilentwicklung und Qualifizierung sowie Wirtschaftsförderung eingegangen. In Kapitel 4 wird anhand einer SWOT-Analyse zusammenfassend aufgezeigt, wo Potenziale und Probleme der Untersuchungsstädte liegen. Im Anschluss folgen eine abschließende Bewertung und Darstellung der zukünftigen Herausforderungen und aus den gewonnenen Erkenntnissen abgeleitete Handlungsansätze sowie eine Darstellung des weiteren Forschungsbedarfs mit neuen Fragestellungen.

1. Kontext: Finanz- und Wirtschaftskrise

Bereits Ende 2006 zeichnete sich eine Krise im US-amerikanischen Immobilien- und Hypothekenmarkt aufgrund der sogenannten „subprime mortgages“ ab. Zunächst wurden die Entwicklungen jedoch nicht als Gefahr für das Weltfinanzmarktsystem erkannt (Hellwig 2008). Die Insolvenz der US-amerikanischen Bank Lehman Brothers am 15. September 2008 symbolisierte den Beginn der weltweiten Finanzkrise.

Ein weiterer Auslöser der Krise war die plötzliche Herabstufung von Vermögenswerten zur Kreditsicherung (festverzinsliche Wertpapiere) durch die Rating-Agenturen, welche die tatsächlichen Risiken dieser Papiere offenlegte. Somit fiel in den USA die Refinanzierung für hypothekengesicherte Papiere im Wert von ca. 1.000 Mrd. US-Dollar aus (BMW 2009: 20ff).

Als weitere Faktoren für die Entwicklung der Finanzkrise galten die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Agenturen, die nicht den tatsächlichen Sicherheiten entsprachen, die riskanten Finanzgeschäfte mit den sogenannten „Collateralized Debt Obligations“ und fehlende Kontrolle durch unabhängige Stellen (ebd. 30ff.).

Auf Lehman Brothers folgten in kurzem Abstand die Insolvenzen der staatlichen US-Hypothekenbanken Fanny May und Freddie Mac sowie die Krise der US-Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley. Die Börsen weltweit verzeichneten drastische Kurseinbrüche. In Europa wurden die Finanzplätze (insbesondere London und Frankfurt/Main) ebenfalls stark getroffen und erlebten Entlassungswellen.

Auch zahlreiche deutsche Banken und Unternehmen mussten vor der Insolvenz gerettet werden (Hellwig 2008). Weltweit beschlossen viele Regierungen daraufhin Rettungspakete für die betroffenen Banken. In Deutschland wurde im Oktober 2008 das „Finanzmarktstabilisierungsgesetz“ mit einem Volumen von rund 500 Mrd. Euro verabschiedet. Als Folge der Einbrüche im Finanzsektor setzte vor allem in den Industrienationen Ende 2008 die Wirtschaftskrise ein.

„Die [letzte] Rezession im Jahr 2009 führte zu einem historisch einmaligen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland.“ (Zarth 2011: 100)

Weltweit brachen die Exporte in nahezu allen Branchen dramatisch ein. Folgende Branchen waren besonders von dem Auftragsrückgang betroffen: Automobil-, Maschinen-, und Anlagenbau, die Elektro- und Chemieindustrie, aber auch die Konsumgüterindustrie sowie Teile der Dienstleistungsbranche. Besonders spürbar waren die Effekte in Ländern mit starker Exportorientierung der Wirtschaft wie z.B. Deutschland. Hier gab es bereits im 4. Quartal 2008 einen Einbruch des Auftragsvolumens um 16 % gegenüber dem Vorquartal. Der Rückgang der Nachfrage in der Euro-Zone betrug 21 % (Hellwig 2008: 59). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahresdurchschnitt 2009 gegenüber dem Vorjahr um 5 % gesunken.



Abb. 2: Zeitarbeit als Indikator der Konjunktur in Deutschland // Bundesagentur für Arbeit 2011: 16

Auch auf der Ebene der Finanzpolitik einiger Länder der Euro-Zone löste die Finanz- und Wirtschaftskrise Verwerfungen aus. So kam es aufgrund hoher Staatsverschuldungen seit Oktober 2009 zu starken Abstufungen der Kreditwürdigkeit einiger EU-Staaten durch die Rating-Agenturen. Bis heute konnte die Gefahr des Staatsbankrotts in Griechenland so nicht abgewendet werden. Des Weiteren verzeichnete der Euro im Mai 2010 starke Kursverluste an den internationalen Devisenmärkten, da gegen die Währung spekuliert wurde (BMF 2010b). Aufgrund dieser Entwicklungen wurden seitdem Stabilitätspakete inklusive des Euro-Rettungsschirmes beschlossen, an denen sich der deutsche Staat mit einem Bürgschaftsanteil von 168 Mrd. Euro beteiligte (Webseite BMF). Im Laufe des Jahres 2011 wurde die Kreditwürdigkeit von Spanien, Portugal und Griechenland von den Rating Agenturen herabgestuft. Im August des Jahres brachen die Kurse an den Börsen im In- und Ausland erneut massiv ein. Diese Entwicklungen hatten auch Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, so gingen Prognosen von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums aus (Fichtner et. al. 2011).

Der Euro-Rettungsfond (EFSF)¹ (vormals Eurorettungsschirm) wurde weiter ausgebaut, um es Schuldenländern zu ermöglichen, wieder wettbewerbsfähig zu werden und um eine Ausweitung der Krise auf andere Länder zu verhindern. Die Beteiligung Deutschlands stieg von bisher 123 auf rund 211 Mrd. Euro.

¹ EFSF steht für „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“. Der Fonds soll das volle Hilfsvolumen von 440 Mrd. Euro für die Stabilisierung des Euro bereitstellen. Das erfordert ein erstklassiges Rating der EFSF. Deshalb erhöhte die EU den Garantierahmen auf insgesamt 780 Mrd. Euro. Der entsprechende Gesetzentwurf fußt auf Beschlüssen der EU-Staats- und Regierungschefs im März und Juli 2011 (Bundesregierung 2011).

Viele Staaten haben nationale Hilfspakete verabschiedet. Auch von Seiten der Bundesregierung wurden verschiedene Instrumente eingesetzt, um den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu begegnen. Neben dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz zur Rettung der Banken fielen darunter die Konjunkturpakete I (2008) und II (2009) mit einem Gesamtvolumen von je 50 Mrd. Euro und einer Laufzeit von ca. 2 Jahren. Die Bundesländer und Kommunen müssen einen Ko-Finanzierungsanteil von 25 % übernehmen. Der „Schutzschirm für Arbeitsplätze“ und der „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ beinhalten exemplarisch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, die Modernisierung der Infrastruktur (Bildung, Verkehr etc.) für strukturschwache Kommunen, die Beschäftigungssicherung und Qualifizierung sowie die Senkung der Einkommenssteuer (BMF 2008, BMF 2009a).

Als besonders wirksam zur Stabilisierung der Wirtschaft erwies sich in Deutschland das Instrument der Kurzarbeit. Über den Einsatz dieser Maßnahme konnte ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden (Brenke et al. 2010, Zarth 2011:102). Dem Arbeitgeber ermöglichte das Instrument, seine Belegschaft zu halten, wodurch bei wirtschaftlicher Erholung unter anderem Kosten für Personalbeschaffung und Einarbeitung gespart werden. Während der aktuellen Wirtschaftskrise haben mehr Unternehmen als jemals zuvor darauf zurück gegriffen, vor allem aus dem exportorientierten, verarbeitenden Gewerbe. Bereits ab Oktober 2008 hatte sich die Zahl der Kurzarbeiter stark erhöht. Ein Höhepunkt wurde im zweiten Quartal 2009 mit 1,5 Mio. Beschäftigten erreicht (Brenke et al. 2010, Schwengler/Hecht 2011, siehe Abb. 2).

1.1. Finanz- und Wirtschaftskrise

„Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft die vielfach strukturellen Finanzprobleme der Städte und bremst Innovationen und Entwicklungsvorhaben.“ (Scholz/Meyer 2010: 287)

Anfang 2009 konstatierte Eltges (2009), dass die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf der Ebene der Regionen bisher noch relativ gering gewesen seien. Allerdings seien regional unterschiedliche Ausprägungen zu beobachten. Besonders die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Bremen sind aufgrund ihrer großen Exportabhängigkeit betroffen. Die Situation werde sich noch weiter verschlechtern, sobald die arbeitsmarktpolitischen Verwerfungen in vollem Ausmaße durchschlugen und die Impulswirkungen der Konjunkturpakete I und II ausliefen (Eltges 2009: 7, Zarth 2011). Die Betroffenheit sei hierbei regional unterschiedlich:

„Einzelne westdeutsche Regionen, die vom letzten gesamtwirtschaftlichen Aufschwung nur schwach profitiert, oder sogar Beschäftigung verloren haben, wurden im Zuge der letzten Rezession zusätzlich geschwächt und mussten einen starken Anstieg der Zahl der Arbeitslosen hinnehmen.“ (Zarth 2011: 110ff.)

Im Vergleich zum europäischen Ausland hat die deutsche Wirtschaft die Rezession früh überwunden. Mit einem Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 2,2 % im 2. Quartal 2011 gilt Deutschland als „Motor“ der EU-Wirtschaft. Das äußert sich zum Teil auch in einer verbesserten öffentlichen Haushaltssituation (Fichtner et al. 2011: 3). So haben laut Eltges und Kuhlmann (2011: 143) Mittel aus öffentlicher Hand maßgeblich zur Abmilderung der Krise beigetragen. Dennoch werden die Folgen der sich vielerorts erneut verschlechternden Haushaltszahlen in naher Zukunft wieder spürbar sein, zumal sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2011 abschwächt und die Prognosen für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2012 eher verhalten sind. Hinzu kommt die zunehmende Verunsicherung durch die ausufernde Schuldenkrise mehrerer EU-Staaten sowie die angespannte Haushaltsslage in den USA.

Hinsichtlich der Auswirkung der Krise in Europa ergibt sich für die Regionen Europas im Jahr 2010 ein differenziertes Bild (Schmidt-Seiwert 2011). Bezogen auf das BIP verzeichneten viele Regionen des Vereinigten Königreiches (London und Nordosten Englands -13,5 %), die baltischen Staaten oder das italienische Piemont (Turin) den stärksten Einbruch (ebd.:115). Bezogen auf den Arbeitsmarkt ist vor allem Spanien durch einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 20 % betroffen (Schmidt-Seiwert 2011: 119).

In den ehemals durch Industrie geprägten Städten ist der spätestens seit den 1970er-Jahren eingeläutete Strukturwandel nicht abgeschlossen. Ansätze zur Überwindung die-

ser Probleme hängen oft von übergeordneten politischen und unternehmerischen Entscheidungen ab, die auf kommunaler Ebene nur geringfügig beeinflusst werden können¹.

Die Anforderungen an die Städte im nationalen und internationalen Standortwettbewerb werden immer umfassender. Neben der Stärkung der Wirtschaftsstruktur und der Wiederbelebung der Städte durch Großprojekte und Revitalisierungsmaßnahmen oder Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität rücken bestimmte Zielgruppen verstärkt in den Fokus lokaler Entscheidungsträger. Zur Anwerbung von Fachkräften und Hochqualifizierten nimmt die Bedeutung bestimmter, auf diese Gruppe zugeschnittener Wohnraumangebote, Dienstleistungen und Infrastrukturen zu (Heinz 2008: 213ff., Siebel 2010: 9).

Die im Rahmen des vorliegenden Projektes untersuchten Weak Market Cities haben in den letzten Jahren vielfältige Anstrengungen zur Überwindung ihrer Strukturprobleme unternommen (Power et al. 2010).² Zum Teil konnten sie sich aufgrund der langfristigen Bemühungen und Krisenerfahrungen ein gewisses Maß an Krisenfestigkeit aneignen, welches durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch erneut geprüft wird. Zudem müssen sie sich immer noch einer Vielzahl von Problemlagen und Herausforderungen stellen. Zu nennen sind hier vor allem die Bereiche Haushaltskonsolidierung, Wirtschaftsstruktur und Bildung/Qualifizierung. Für Regionen und Industrien, denen es nicht gelingt, „über Produktinnovationen und Verbesserungen ihres technologischen Produktionsniveaus mit dem wirtschaftlichen und ökologischen Strukturwandel Schritt zu halten“, bestehen laut Zarth (2011: 111) langfristige Gefahren.

Eine Studie von Urbact (2010) bestätigt, dass eine Vielzahl der europäischen Städte schwer von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen wurde. Dabei wird auf den direkten Zusammenhang zwischen Einbruch der Wirtschaft, Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und sozialräumlichen Konsequenzen innerhalb der Städte hingewiesen. Gerade Jugendliche und gering Qualifizierte werden als die Leidtragenden der Krise bezeichnet. Wie in Deutschland wurden die zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise sinkenden Haushaltseinnahmen sowie Kürzungen auf der Landesebene als Probleme bezeichnet (ibid.). Zudem zogen sich zu dieser Zeit vielerorts private Investoren aus Großprojekten zurück. Als Reaktion wurden in vielen Städten Kürzungen im Haushaltsbudget und eine strengere Prioritätensetzung vorgenommen (Urbact 2010: 8ff). Die im Rahmen des Weak Market Cities-Projektes untersuchten Städte sind allerdings unterschiedlich stark betroffen. In Großbritannien waren die Auswirkungen der Bankenkrise am deutlichsten zu spüren. So leiden Sheffield und Belfast unter den umfassenden Kürzungen der britischen Regierung, besonders im sozialen Bereich. Turin hingegen erwies sich aufgrund der Bedeutung im nationalen und regionalen Handel als relativ stabil, obgleich die Stadt durch hohe Verschuldung belastet wird.

¹ So zeigte sich beispielsweise die Einführung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) als vorteilhaft für die Entwicklung, Planungssicherheit und Kreditvergabe der Windenergieanlagenindustrie in Bremen und Bremerhaven.

² Vergleiche von Städten über den nationalstaatlichen Kontext hinaus werden durch unterschiedliche strukturelle Rahmenbedingungen, Ausgangspositionen und administrative Systeme erschwert. Dennoch lassen sich aus den Entwicklungen transferierbare Erkenntnisse gewinnen, vgl. Power et al. (2010) für ausführlichere methodologische Reflexionen.

1.2 Finanzkrise der Kommunen

Die finanzielle Situation der deutschen Untersuchungsstädte bleibt angespannt. Nach Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes trifft die Krise die Kommunen deutlich härter als Bund und Länder (DStGB 2010b).

Viele Kommunen leiteten bereits im Rahmen der wirtschaftlichen Rezession Anfang der 1990er-Jahre umfangreiche Sparmaßnahmen ein. Den Schwerpunkt bildete der Personalabbau. Deshalb hat sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in den Gemeinden seit 1992 um mehr als 700.000 (40 %) reduziert (Jungfer 2007: 134). Die gestiegenen Ausgaben bei gleichzeitigem Rückgang der Einnahmen führten dazu, dass in den Jahren 2009/2010 ein neuer Höchststand des Haushaltsdefizits der Kommunen festgestellt werden musste. Das ist teilweise unmittelbar auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen, wie z.B. den Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen und steigende Sozialausgaben.

So resultierten die Umsatzrückgänge der Unternehmen seit Ende 2008 in einem Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen in den Folgejahren.¹ Auf der Kommunalebene sind die Einbrüche der Gewerbesteuer - sogar in ansonsten wirtschaftsstarken Städten - zum

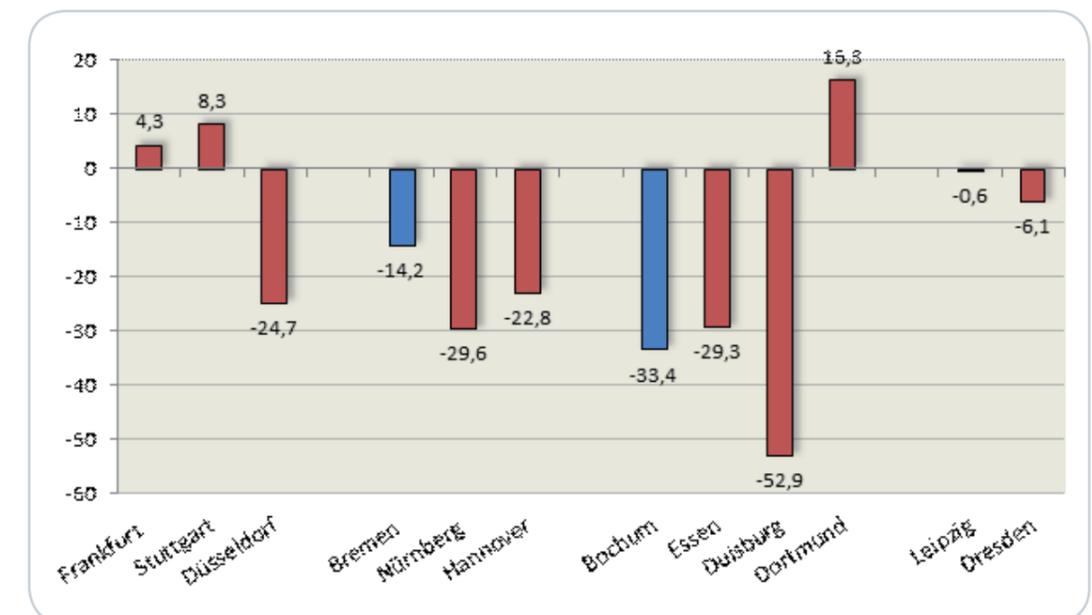


Abb. 3: Veränderung der Gewerbesteuereinnahmen, 2004-2009 (in %)

Eigene Darstellung // Website Bertelsmann Stiftung² // Für Frankfurt: Stand 2008

¹ In Deutschland verringerte sich das Gewerbesteuereinkommen (brutto) für 2009 gegenüber dem Vorjahr um 21 % (BMF 2010a). Trotz eines erneuten Anstiegs der Einnahmen um 9 % im Jahr 2010 lag der Wert noch 14 % unter dem Wert von 2008 (Deutscher Städtetag 2011).

² Die vollständigen Angaben zu zitierten Websites mit vollständiger URL und Zugriffsdatum befinden sich im Literaturverzeichnis. Der Kurzverweis im Text verweist lediglich auf den Herausgeber

Teil gravierend, wie Abb. 3 verdeutlicht. Da die Gewerbesteuer eine wichtige Einnahmequelle der Städte bildet, wirkt sich die veränderte Einnahmesituation direkt auf die Handlungsfähigkeit der Städte aus. Anpassungen einzelner Einnahmeposten sind auf der kommunalen Ebene darüber hinaus nur eingeschränkt möglich. Den Städten und Gemeinden ist es somit kaum möglich, Finanzierungsungleichgewichte über eigene Steuer- und Einnahmeerhöhungen abzufedern, da ausschließlich Bund und Länder über die Struktur der kommunalen Einnahmen entscheiden (Jungfer 2007: 132f.).

Die kommunalen Sozialausgaben steigen im Verhältnis zu den Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden seit Jahren unverhältnismäßig an. So haben sich im Zeitraum von 1979 bis 2004 die Einnahmen aus Steuern knapp verdoppelt, die Sozialausgaben sich jedoch verdreifacht (Jungfer 2007). Der Deutsche Städte- und Gemeindebund weist darauf hin, dass die Bundesregierung in den vergangenen Jahren weitere umfangreiche Leistungen von den Kommunen eingefordert hat, deren Kosten überwiegend die Kommunen tragen (z.B. Ausbau Kinderbetreuungsplätze der Ein- bis Zweijährigen). In diesem Zusammenhang wird auf die Verletzung des Konnexitätsprinzip hingewiesen, wonach „die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe (Finanzierungshoheit) von demjenigen Aufgabenträger zu tragen sind, der über Art und Intensität der Aufgabenerfüllung entscheidet“ (Deutscher Städtetag 2009). Des Weiteren sind die Kosten für Sozialleistungen stark angestiegen. So wuchsen die Kosten für die Unterbringung von Langzeitarbeitslosen zwischen 2005 und 2010 bundesweit um 27 % von 8,7 auf 11,0 Mrd. Euro an (Deutscher Städtetag 2010: 2f.). Ebenso verursachten Maßnahmen im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes Kosten in Höhe von mindestens 1,6 Mrd. Euro (DStGB 2010a).

Daraus ergebe sich laut Städtetag ein „Teufelskreis von hohen Sozialausgaben, damit eingeschränkten Möglichkeiten zur Schaffung von kommunaler Standortattraktivität und hierdurch verursachter unterdurchschnittlicher Einnahmeentwicklung“ (Deutscher Städtetag 2009: 4). Kommunen seien bei unzureichender Finanzausstattung gezwungen, notwendige Ausgaben entweder durch Aufnahme neuer Schulden oder durch den Verkauf vorhandenen Vermögens wie z.B. städtischer Unternehmen sicherzustellen (Jungfer 2007: 133). Viele Kommunen haben aufgrund der finanziellen Notlage bereits vor einigen Jahren städtische Betriebe wie Ver- und Entsorgungsbetriebe oder Krankenhäuser privatisiert oder über Cross Border Leasing³ veräußert. Die dadurch gewonnene Liquidität hilft kurzfristig, bestehende Kreditschulden zu bedienen und Zinstilgungen vorzunehmen. Kritisiert wird vor allem, dass dadurch Steuermöglichkeiten abgegeben werden (Jungfer 2007: 135, Slawig 2011: 4).

Die Verschuldungsstände der deutschen Städte weichen zum Teil stark voneinander ab. Abb. 4 zeigt die Entwicklung der Verschuldung in den Untersuchungsstädten. Zur Einordnung werden die Untersuchungsstädte hier mit weiteren deutschen Städten ähnlicher Größenordnung verglichen. Besonders stark hat die Verschuldung in den Städten des Ruhrgebiets sowie Bremen, Nürnberg und Hannover zugenommen, während Stuttgart und Düsseldorf einen vergleichsweise geringen Anstieg verzeichnen. Die Verschuldung

³ Unter Cross Border Leasing wird der Verkauf von kommunalen Einrichtungen an ausländische Investoren verstanden. Nach Verkauf erhält die Stadt einen Teil (ca. 4%) des Verkaufspreises und schließt über eine Laufzeit (oftmals 99 Jahre) einen Mietvertrag über das verkaufte Objekt ab (Rügemer 2004).

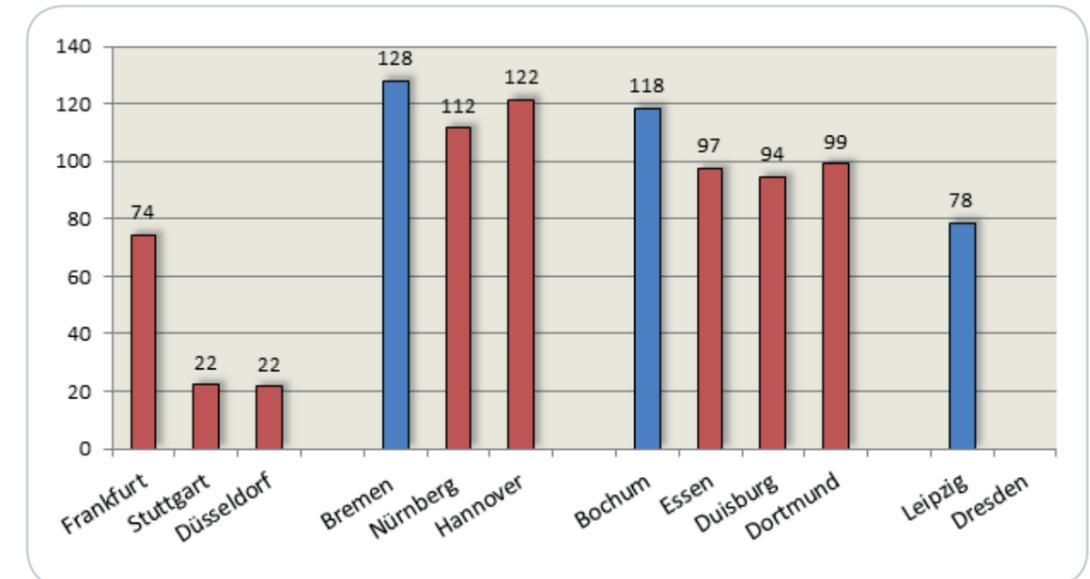


Abb. 4: Verschuldungsstand der Städte, 2006-2009 (in %, 2006=100 %),
Eigene Darstellung // Website Bertelsmann Stiftung

pro Einwohner (siehe Abb. 5) ist in Stuttgart und Düsseldorf sehr gering. Auch ostdeutsche Städte wie Leipzig weisen noch vergleichsweise niedrige Werte auf. In Bochum liegt die Pro-Kopf-Verschuldung sogar über dem hohen Durchschnitt der Ruhrgebietsstädte. Am höchsten ist die Verschuldung in Bremen, wo je Einwohner über 11.000 Euro Schulden anfallen. Für Slawig (2011) ist es bezeichnend, dass „die hoch verschuldeten Städte in Regionen liegen, die durch eine lange und intensive Industriegeschichte geprägt sind [...] diese haben einen gravierenden Strukturwandel und in der Folge einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen erlebt“ (Slawig 2011: 3).

Kassenkredite gelten als ein gängiger Indikator für hohe Verschuldung und eine unausgeglichene Haushaltslage. Die Kassenkreditschuld deutscher Kommunen ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Eigentlich ist die Aufnahme von Kassenkrediten für die kurzfristige Überbrückung von Zahlungseingängen gedacht. In der Realität werden sie mittlerweile häufig dazu genutzt, laufende Ausgaben zu bestreiten (Löhne und Gehälter, Sozialhilfegelder etc.). Für diese Kredite müssen vom Finanzmarkt abhängige Zinsen gezahlt werden, wodurch die Kassen der Kommunen zusätzlich belastet werden. Kassenkreditschulden sind laut Junkernheinrich und Boettcher (2010: 15) vor allem dann anzutreffen, „wenn eine geringe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit einer überdurchschnittlichen Sozialbelastung und hohen Bevölkerungsverlusten zusammentrifft“. Diese Entwicklung lässt sich aus Abb. 6 und Abb. 7 ablesen. Besonders die strukturschwachen Ruhrgebietsstädte verzeichnen hohe Kassenkreditschulden. Die Kommunen der süddeutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern oder der ostdeutschen Bundesländer Sachsen und Thüringen sind davon aufgrund geringerer Sozialausgaben im ersten oder hoher staatlicher Zuweisungen im zweiten Fall in der Regel weniger betroffen (Holtkamp 2011: 16).

Seit Jahren steigt in einigen Regionen die Zahl der Kommunen mit nicht genehmigter, vorläufiger Haushaltsführung. In Kommunen mit solchen Nothaushalten dürfen lediglich

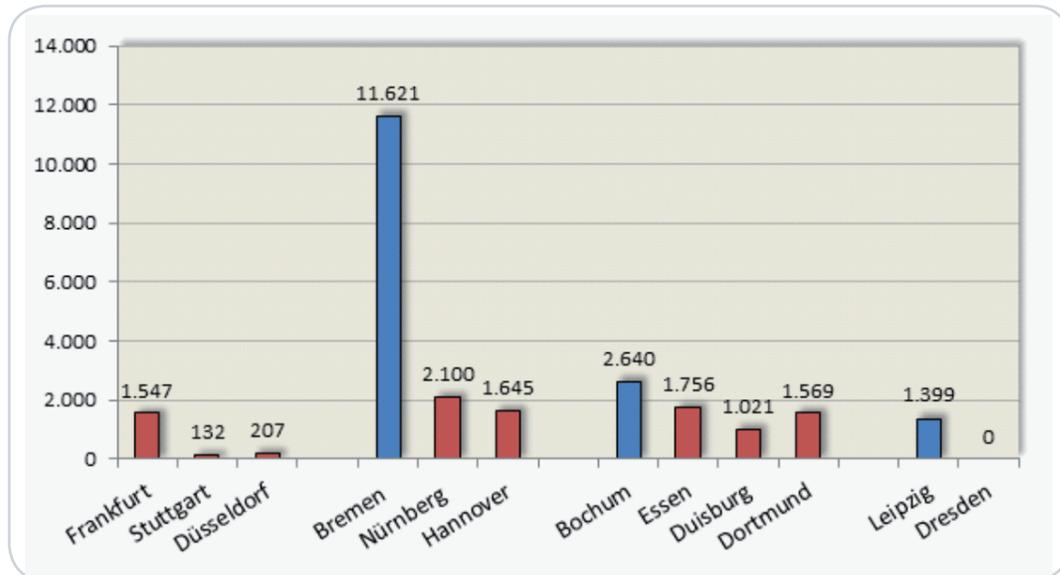


Abb. 5: Verschuldung pro Einwohner, 2009 (in Euro), Eigene Darstellung // Website Bertelsmann Stiftung

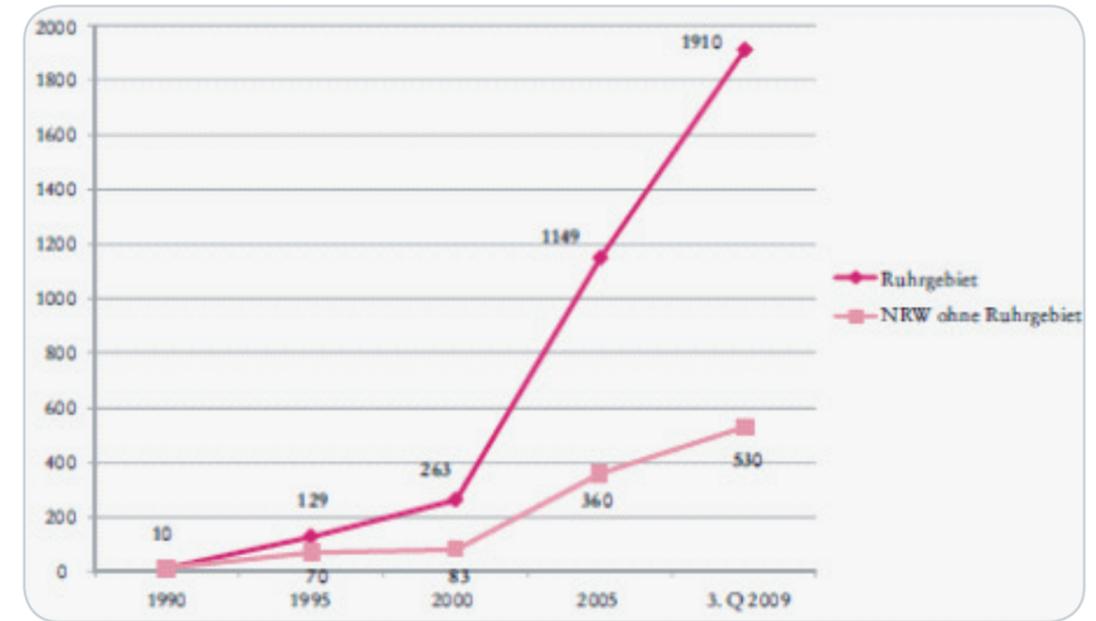


Abb. 7: Kassenkredite der Ruhrgebietskommunen pro Einwohner in Euro // Holtkamp 2010

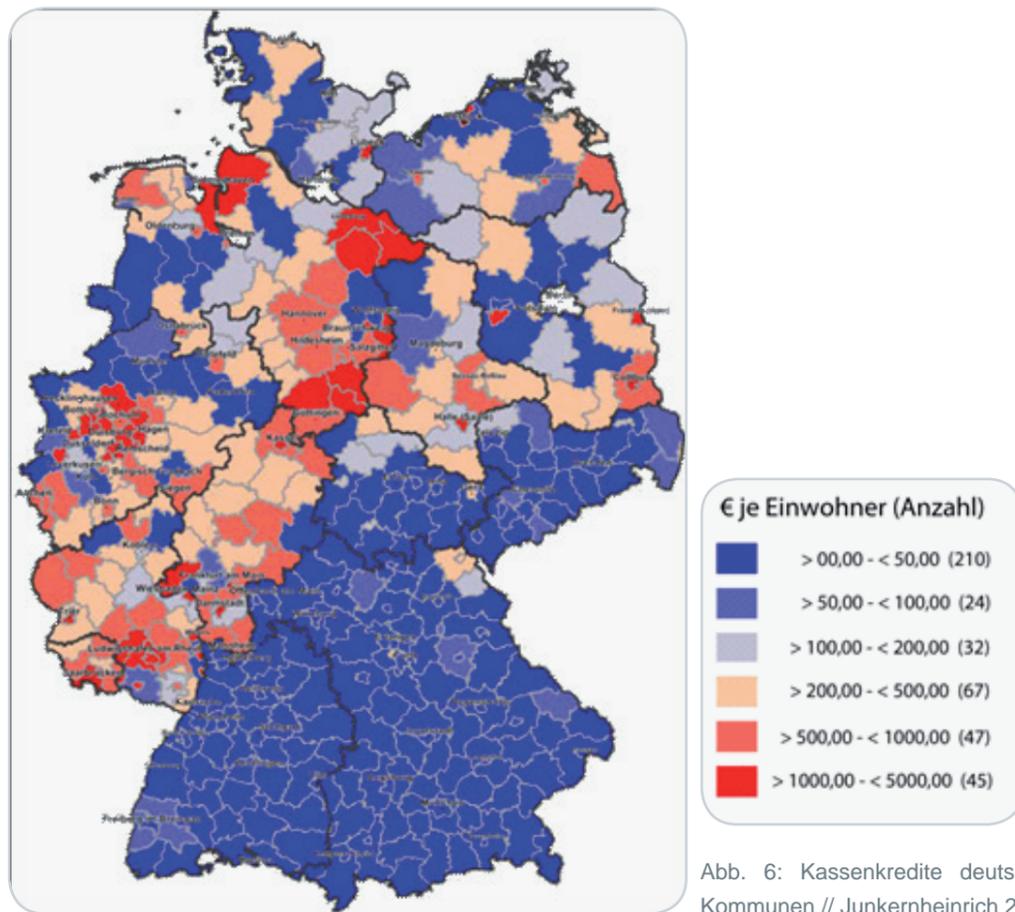


Abb. 6: Kassenkredite deutscher Kommunen // Junkernheinrich 2009

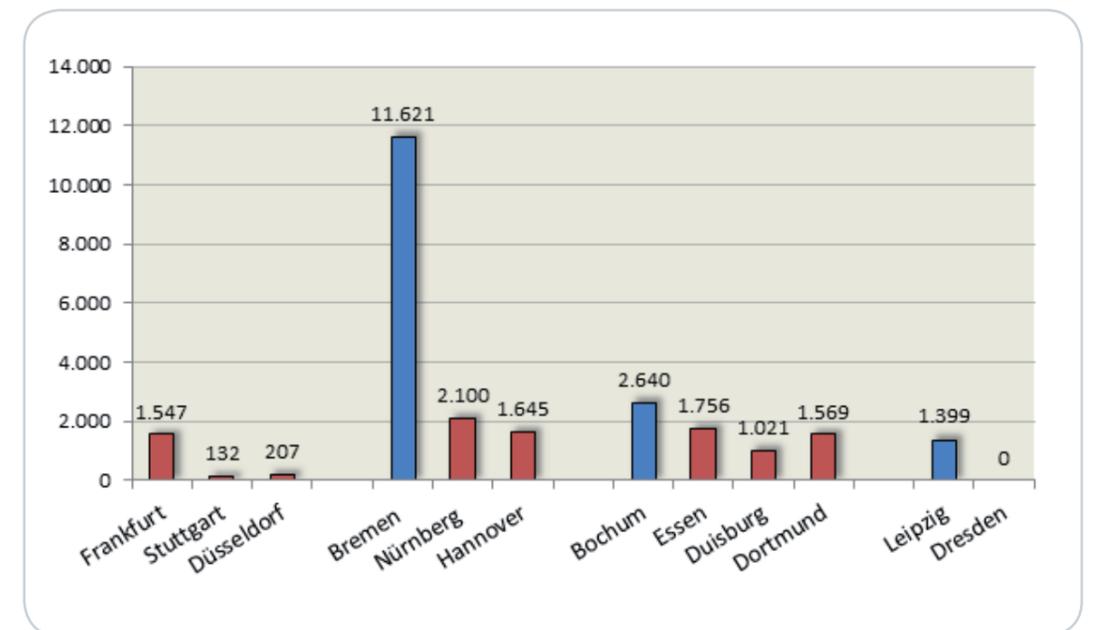


Abb. 8: Kassenkredite pro Einwohner, 2009 (in Euro), Eigene Darstellung // Website Bertelsmann Stiftung

die sogenannten Pflichtaufgaben geleistet werden. Gespart werden muss vor allem bei den freiwilligen Aufgaben. Darunter fallen z.B. Gewerbeansiedlung sowie kulturelle und soziale Angebote.

Es fällt auf, dass sich die Haushaltssituation der Städte äußerst unterschiedlich entwickelt. Der Deutsche Städtetag befürchtet deswegen, dass „sich die Schere zwischen wirtschaftsstarken und –schwachen Städten immer weiter öffnet“ (Deutscher Städtetag 2010: 28). Gerade die besonders durch soziale Problemlagen wie Arbeitslosigkeit oder Armut gekennzeichneten Städte mit dementsprechend hohen Sozialausgaben stehen demnach vor großen Finanzierungsproblemen (ebd.). So gehen laut einer gemeinsamen Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) (KfW 2010) 94 % der Kommunen, die ihre finanzielle Situation als mangelhaft einschätzen und zum Teil bereits hoch verschuldet sind, davon aus, dass sich ihre Situation in den nächsten Jahren weiter verschlechtern wird.

Auch nach dem Anziehen der Konjunktur seit dem Frühjahr 2010 bleibt die Lage der meisten Kommunen angespannt und ihre Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt (Holtkamp 2011, Naßmacher 2011). Strukturschwächere Städte können häufig trotz zum Teil wieder steigender Steuereinnahmen aufgrund vorher angehäufter Kredite und Rückzahlungsverpflichtungen keine Investitionen vornehmen.

„Gerade die kommunalen Haushalte mit ihrer strukturellen Unterfinanzierung bei steigenden Ausgabenvolumina, insbesondere im Bereich soziale Sicherung, reagieren äußerst empfindlich auf konjunkturelle Einbrüche. Denn während die Einnahmehasis geschmälert wird, steigen die Aufgabenbedarfe an. Die im Rahmen eines Konjunkturerinbruchs entstandenen Finanzlöcher wirken oft Jahre nach.“ (Elt-ges/Kuhlmann 2011: 145)

Als Reaktion auf die kommunale Finanzsituation hat das Bundesfinanzministerium im März 2010 eine Gemeindefinanzkommission aus Vertretern von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden eingesetzt. Aufgabe der Kommission war es, Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung zu erarbeiten sowie Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems auszuarbeiten (BMF 2010b). Die Kommission veröffentlichte im November 2010 ihren Abschlussbericht. Zentrale Forderungen darin sind eine Stärkung der kommunalen Interessen im Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene. Außerdem wird empfohlen, eine verpflichtende Folgeabschätzung bezüglich finanzieller Auswirkungen auf kommunaler Ebene in das Gesetzgebungsverfahren zu integrieren (BMI 2010).

Beschlossen wurde, dass bestimmte Kosten zur Entlastung der Kommunen (z.B. Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter) schrittweise an den Bund übertragen und die Einnahmequelle der Gewerbesteuer unter anderem auf ertragsunabhängige Elemente wie Miet- und Zinszahlungen ausgeweitet werden (Hulverscheidt 2011).

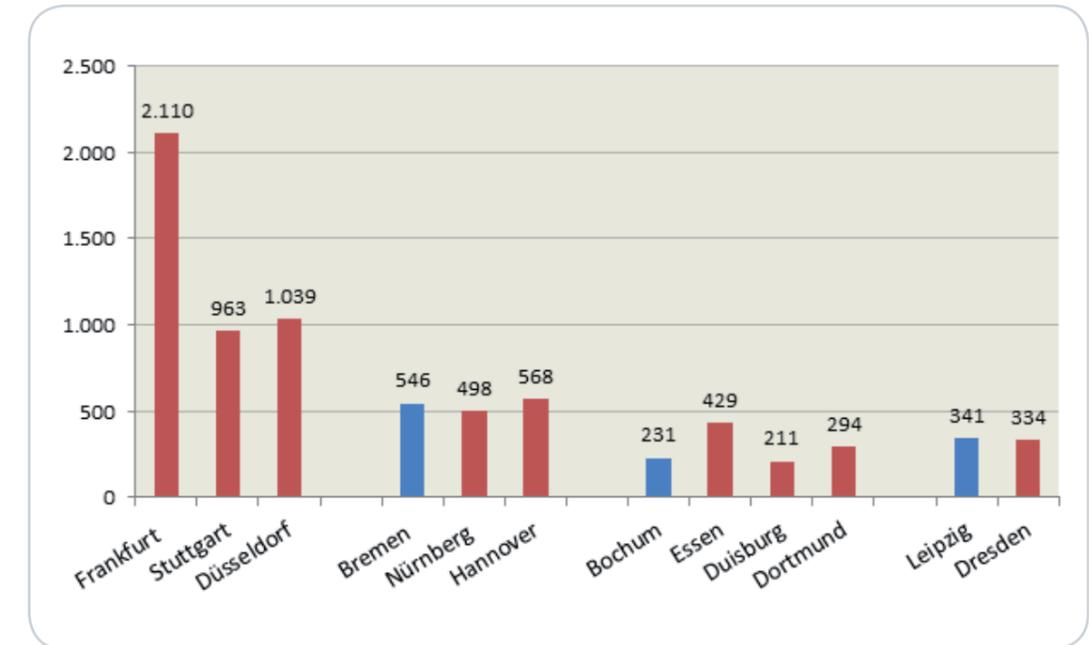


Abb. 9: Gewerbesteuereinnahmen pro Einwohner, 2009 (in Euro), Eigene Darstellung
// Website Bertelmann Stiftung, Für Frankfurt: Stand 2008

2. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Untersuchungsstädte

Auf städtischer Ebene sind in unterschiedlichen Bereichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise erkennbar. Neben den unmittelbaren Auswirkungen auf die lokale Ökonomie und die Finanzausstattung der öffentlichen Hand erhöht die Krise vor allem soziale Problemlagen und beeinflusst die Förderprogramme maßgeblich. Auf die einzelnen Themenfelder wird in den folgenden Kapiteln eingegangen.

2.1 Finanzielle Situation in den Untersuchungsstädten

Die drei Untersuchungsstädte sind von den oben beschriebenen Problemen der kommunalen Finanzausstattung betroffen. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation noch verschärft. Aus merklich gesunkenen Einnahmen bei einem gleichzeitigen Anstieg der Kosten resultieren Haushaltsdefizite. Das hat tief greifende Einschränkungen und Sparmaßnahmen zur Folge. Dadurch wird der Handlungsspielraum vielerorts stark eingeschränkt.

In Bremen ist die finanzielle Lage besonders dramatisch. Wie aus Abb. 5 hervorgeht, hat die Verschuldung pro Einwohner im Jahr 2009 einen Wert von 11.621 Euro pro Einwohner (Stadt) erreicht, sie beträgt das vier- bzw. achtfache der beiden anderen Untersuchungsstädte. Angesichts der Höhe der Verschuldung ist man sich nicht im Klaren darüber, wie ein nachhaltiger Schuldenabbau durchgeführt werden kann.

In Bremen kommt die Sondersituation der Rolle als Stadtstaat hinzu. Bremen werde besonders durch das Steuersystem benachteiligt; da die Besteuerung am Wohnort und nicht am Arbeitsort stattfindet, gehen Steuereinnahmen in Millionenhöhe verloren. Bremen erfüllt außerdem die Funktionen eines Bundeslandes und Oberzentrums (Verkehrsinfrastruktur, Bildung, Kultur, etc.). Als weiterer Grund für die finanzielle Situation wird auch das Wegbrechen von Einnahmen aufgrund der großen Einwohnerverluste in den 1990 Jahren genannt.

Ein Interviewteilnehmer aus Bremen betont allerdings, dass die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise nur einen Teil der kommunalen Finanzkrise erkläre. Weiterhin habe „[...] die Finanzkrise zu einer Verschärfung beigetragen, weil gerade die konjunktursensiblen Einnahmequellen wie Gewerbesteuer massiv eingebrochen sind“ (Interview HB 9, siehe Abb. 3).

Auch in Bremen wird darauf hingewiesen, dass Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene einerseits zusätzliche Kosten und andererseits Einnahmerückgänge verursachen, welche die Situation in den strukturschwachen Städten weiter verschärfen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, welches im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgelegt wurde, wird von einigen Interviewten in den Untersuchungsstädten als zusätzliche Belastung für die Länder gesehen. Hinzu kommen die im Rahmen der sogenannten „Schuldenbremse“ erforderlichen Einspar-

maßnahmen bis 2020. Darin ist festgelegt, dass Bund und Länder ihre Haushalte ohne Aufnahme von Krediten ausgleichen (Verbot der Kreditaufnahme zum Haushaltsausgleich) (Deutscher Bundestag 2009). Allerdings gibt es Übergangsfristen und Sonderregelungen bei negativen konjunkturellen Entwicklungen und Naturkatastrophen. Fünf Bundesländern, darunter Bremen, wird eine besondere finanzielle Unterstützung zugestanden, da das Ziel des Haushaltsausgleichs ansonsten nicht erreichbar ist. Bremen erhält in diesem Zusammenhang 300 Mio. Euro pro Jahr, die allerdings mit einem strengen Konsolidierungsregime verbunden sind (BMF 2009b). Es wird zum einen argumentiert, dass es eine absolute Notwendigkeit ist, der massiven Verschuldung der Länder und Kommunen Einhalt zu bieten, um in Zukunft handlungsfähig sein zu können. Zum anderen konstatieren Kritiker, dass z.B. der Stadtstaat Bremen mit diesen Vorgaben schon am unteren Rand dessen angesiedelt sei, was überhaupt ausgegeben werden muss, damit Lebensverhältnisse noch tragbar seien (Interview HB 5). Die Belastungen Bremens zwischen 2011 und 2020 bleiben aufgrund der massiven Verschuldung und trotz der Konsolidierungsmaßnahmen immer noch auf einem hohen Stand von rund 900 Mio. Euro (Interview HB 5, Heyduck 2011).

„Dennoch ist auch klar, dass die Sanierungsbemühungen und Sparanstrengungen angesichts von Haushaltssituation und Schuldenlasten niemals mehr dazu führen können, dass man tatsächlich eine Haushaltssanierung hinbekommt. [...] Ohne Hilfe von außen und ohne eine Art von grundsätzlicher Veränderung der Bedingungen, unter denen hier Haushaltspolitik gemacht wird, wird die Wurschtelei immer so weitergehen.“ (Interview HB 11)

Aber natürlich, so betont der Interviewte weiter, gebe es eine absolute Notwendigkeit, so viel wie möglich zu sparen, allein schon aufgrund des politischen und des finanziellen Drucks. Seiner Meinung nach ist Bremen hier auch aktiv und beschäftigt sich intensiv mit dem Thema (Interview HB 11).

Diese Sparmaßnahmen mit dem Ziel des Schuldenabbaus bedeuten, so ein Interviewter, dass Initiativen herunter gefahren werden und wahrscheinlich weiterhin Stellen im öffentlichen Sektor abgebaut werden müssen (Interview HB 2). Dieser Aussage stimmt ein weiterer Gesprächspartner zu und betont, dass man beim Abbau von Personal schon relativ viel getan habe (Interview HB 9). Die Einsparungen die im Rahmen der Schuldenbremse getroffen werden müssen, stoßen innerhalb der Verwaltung und bei Teilen der Bevölkerung auf Kritik. Von den Kürzungen betroffen sind unter anderem die Bereiche Bildung und Inneres (u.a. Lehrer, Polizisten) (Interview HB 9).

Die öffentliche Investitionsquote im Bundesland Bremen sank in der Zeit von 2007 bis 2010 um 1,9 Prozentpunkte (Website NSMW). Diese Entwicklung wird von Vertretern der Stadt als problematisch angesehen. Laut Bardt und Fuest (2007) ist die Höhe und Entwicklung der kommunalen Investitionsquote für die Städte und Kommunen von erheblicher ökonomischer Bedeutung. Die Kommunen stellen den Unternehmen durch

ihre Investitionstätigkeit vielfältige Infrastrukturleistungen zur Verfügung und verschaffen sich darüber oft Standortvorteile. Außerdem gilt es, den öffentlichen Raum und die Infrastruktur für die Einwohner und potenzielle Neubürger so attraktiv wie möglich zu gestalten. Sinkende Investitionsleistungen können sich dementsprechend negativ im Standortwettbewerb niederschlagen.

Auch in Bochum ist die finanzielle Situation sehr angespannt. Bochum hat derzeit keinen genehmigten Haushalt und das aufgestellte Haushaltssicherungskonzept ist von der Bezirksregierung nicht genehmigt worden. Die Verwaltung darf nur noch die Pflichtaufgaben der Gemeindeordnung erfüllen. Die freiwilligen Aufgaben müssen von der Bezirksregierung genehmigt werden und die Kreditaufnahme der Stadt ist stark begrenzt. Bochum muss darüber hinaus die Vorgaben der Schuldenbremse des Bundes erfüllen, welche den Spielraum weiter verengen. Auch wenn die Situation Bochums mit der Bremens schwer vergleichbar ist, so hat die Stadt eine sehr hohe finanzielle Belastung zu tragen, die Schulden belaufen sich auf 2.640 Euro pro Einwohner (siehe Abb. 5). Eine Aussicht auf Verbesserung der Haushaltssituation ist laut den Interviewten nicht in Sicht. So wurde berichtet, dass die Einnahmen nicht auskömmlich seien und es sich abzeichne, dass Bochum im Nothaushalt bleibe (Interview BO 1). Die Stadt Bochum hat aufgrund der finanziellen Lage ein Haushaltskonsolidierungsprogramm von 100 Mio. Euro umzusetzen:

„[...] bei 1,2 Mrd. Euro Gesamtvolumen des Haushaltes. Während der Zeit, in der wir diese 100 Mio. bestimmt haben, in dem halben Jahr, hat es auf Bundes- und Landesebene Entscheidungen gegeben, die uns mit weiteren 30 Mio. belasten. [...] Es ist wie mit Hase und Igel. Man kommt überhaupt nicht an, während gleichzeitig schon die anderen Ebenen irgendetwas entscheiden und machen.“ (Interview BO 1)

Ein Vertreter der Stadt Bochum betont, dass Entscheidungen auf der Bundesebene einen starken Einfluss auf die finanzielle Ausgangssituation der Länder und Kommunen haben. Auf die neuen Rahmenbedingungen, welche häufig mit zusätzlichen finanziellen Belastungen einhergingen, müsse man sich dann kontinuierlich einstellen (Interview BO 1). Die Planungssicherheit der Städte werde dadurch eingeschränkt.

Laut eines Vertreters der Stadt Bochum hänge die Finanzkrise der Städte natürlich zum großen Teil auch mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen, aber auch mit fehlerhaften Weichenstellungen in der Haushaltspolitik des Landes und des Bundes. Hierzu zählten sowohl die Übertragungen von Sozialkosten auf die Städte als auch die strukturelle Abhängigkeit von den Gemeindesteuern. So wirke sich die Wirtschaftskrise besonders stark durch die Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen aus (Interview BO 5). Die Wirtschaftskrise hatte einen Einbruch an Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von rund 65 Mio. Euro im Zeitraum von 2007 bis 2009 zur Folge, wodurch sich die ohnehin schwierige finanzielle Lage der Stadt weiter verschlechtert hat (siehe Abb. 3).

Es kämen drei Faktoren zusammen, konstatierte ein Vertreter der Stadt, nämlich die Funktion Bochums als Oberzentrum mit den damit verbundenen Leistungen, der Strukturwandel und die Finanzkrise, die es zu bewältigen gäbe (Interview BO 1).

Als eine Reaktion auf die finanzielle Krise der Stadt merkte ein Interviewter an, dass man sich auch die Frage stellen müsste „ob alles das, was man sich leiste, notwendig sei. Das ist eine Frage nach Pflicht, Kür und Luxus“ (Interview BO 1). Demzufolge müsse man sich auch auf ein neues Wohlstandsniveau einstellen. Das bedeute, „dass man nicht mehr alle Straßen reinigen kann, dass man nicht mehr überall [...] Kinderspielplätze errichten kann“ (Interview BO 1). Allerdings ist die Entscheidung, wo gekürzt wird, nicht einfach zu treffen. Während dem Bereich der Gebührenhaushalte (Pflichtaufgaben), zu dem z.B. Straßenreinigung und Abwasser gehören, weiterhin Gelder zur Verfügung stehen, fehlen diese bei den sogenannten „freiwilligen Aufgaben“ vor allem im sozialen und kulturellen Bereich.

Die Stadt habe in der Vergangenheit bereits enorme Sparanstrengungen geleistet, so ein Vertreter der Stadtverwaltung (Interview BO 5), z.B. durch Personalabbau in der Verwaltung.

Um die Handlungsfähigkeit wieder herzustellen, ist zu berücksichtigen, dass die Kommunen in erster Linie eine verlässliche Planungsbasis bezüglich der Einnahmen bräuchten. Und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer dürften nicht bestimmen, welche Ausstattung eine Schule bekäme (Interview BO 2).

Im Vergleich zu Bremen und Bochum ist Leipzig weniger stark verschuldet. Auch sind keine Kassenkreditschulden zu bedienen (siehe Abb. 8). Die Gewerbesteuer ist weniger stark eingebrochen als in den anderen Untersuchungsstädten (siehe Abb. 3). Laut Aussagen von Vertretern der Stadt ist die Schuldenreduzierung seit 3 bis 4 Jahren ein wesentliches politisches Ziel. Die Landesdirektion übt Druck auf die Verantwortlichen in Leipzig aus. Ein Interviewter bemerkte, dass in den letzten zwei Jahren auf Kosten von Investitionen gespart wurde, die Konjunkturprogramme aber einen gewissen Spielraum zur Investition gegeben hätten (Interview L7 und L 8). Wie andere ostdeutsche Städte profitiert Leipzig auch von den Mitteln aus den Solidarpakten I (1995-2004) und II (2004-2019), welche umfassende und notwendige Infrastrukturmaßnahmen ermöglichten.

Leipzig hat außerdem wie kaum eine andere Stadt in Deutschland mit sog. Cross-Border-Leasing-Verträgen gearbeitet, deren Erlöse unter anderem für die Haushaltskonsolidierung verwendet wurden. Hier stünden laut eines Interviewten jedoch noch Verbindlichkeiten aus, die den Leipziger Haushalt in Zukunft stark bedrohen könnten (Interview L 5 und L 6).

Insgesamt stellt sich die Situation in Ostdeutschland nach Aussagen der Interviewten etwas anders dar als in den anderen Untersuchungsstädten, da der Anteil der „Eigenwirtschaftlichkeit“ relativ gering sei, ein größerer Anteil also über Zuwendungen vom Staat finanziert werde. Als Grund für die geringere Betroffenheit in der Krise werden die eher binnenmarktorientierten Branchen und kleineren Betriebsgrößenstrukturen genannt, außerdem ist das BIP in Ostdeutschland „in einem größeren Maße transfergestützt“ (Zarth 2011: 102). Allerdings ist Sachsen überdurchschnittlich betroffen, weil rund 21 % der Erwerbstätigen im exportorientierten, verarbeitenden Gewerbe beschäftigt sind, das in der Krise besonders betroffen war (Hecht/Schwengler 2011: 121f.).

Man befürchtet deshalb in Leipzig in den kommenden Jahren eine finanzielle Krise, wenn die Mittel aus dem Solidarpakt II und z.B. die Förderung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) auslaufen. Das sogenannte Phasing-Out¹ wird von einigen der Experten als große Herausforderung betrachtet, der man sich in den nächsten Jahren stellen muss. Bei Erschließungen von Gewerbegebieten wurden in der Vergangenheit mit Förderungen von 70 bis 90 % gearbeitet, auch hier werde es Einschnitte geben, wenn die Förderung ausläuft, berichtet ein Mitarbeiter der Stadt. Aber auch im Bereich Bildung werde es wohl zu Einschnitten kommen, so werden z.B. die Gebühren für die Kinderbetreuung zwangsläufig ansteigen müssen (Interview L 3).

Des Weiteren berichtet ein Interviewter, dass es von der Landesseite aus weniger Fördermöglichkeiten und Zuwendungen gäbe und durch eine strenge landesseitige Kontrolle die Handlungsspielräume abnähmen. Daher litten die Städte unter politischen Schwerpunktsetzungen, die für Großstädte nicht geeignet seien (Interview L 2).

Auch in Leipzig steigen die Sozialausgaben. Zum einen aufgrund der immer noch hohen Zahl an Transferempfängern, aber auch durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben durch die Stadt ohne die entsprechende Vergütung (Konnexitätsprinzip). In der Zukunft werden darüber hinaus weitere Kürzungen und Einschnitte im Bereich der freiwilligen Aufgaben wie z.B. Bibliotheks- oder Schwimmbadschließungen erwartet. Interviewte berichten, dass die wenigen Kulturvereine und Theater um ein geringes Fördervolumen von 100.000 Euro konkurrieren (Interview L 5).

In Leipzig werden laut einigen Interviewten die ersten Auswirkungen der Einsparvorhaben, die vom Regierungspräsidenten und der Stadt initiiert wurden, festgestellt. So werden Stellen teilweise nicht wieder besetzt (Interview L 7).

¹ Durch die EU-Osterweiterung seit 2007 kam es zu einer Neuberechnung der regionalen Strukturförderung. Überprüft wird die Förderung von Regionen, deren BIP pro Einwohner mehr als 75% des Durchschnitts der EU 25 und zugleich weniger als 75% des Werts der EU 15 beträgt. Von diesem sog. Phasing-Out ist unter anderem auch die Region Leipzig betroffen (EU 2006). Um bisherige Entwicklungen nicht durch ein abruptes Wegbrechen der Zuwendungen zu gefährden, wird das Auslaufen der Fördermittel degressiv gestaltet.

Zusammenfassung

Generell lässt sich festhalten, dass sich die ohnehin angespannte Haushaltssituation in den drei untersuchten deutschen Städten im Zuge der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zum Teil dramatisch verschärft hat. Der Einbruch der Gewerbesteuer aufgrund der Wirtschaftskrise machte sich bei den Städten bemerkbar, wenn auch unterschiedlich stark. Die Einführung der Schuldenbremse führt besonders bei den hochverschuldeten Städten zu weiteren Belastungen. Darüber hinaus stellen die steigenden Sozialausgaben besonders vor dem Hintergrund einer unzureichenden Finanzausstattung und zusätzlich zu erbringenden Leistungen eine besondere Problematik in allen Untersuchungsstädten dar. Etwas Entlastung für die Städte ist durch die Beschlüsse der Gemeindefinanzkommission zu erwarten. Bremen muss sich für die Zukunft langfristig auf eine Haushaltskonsolidierung unter strengen Sparauflagen einstellen, die sich in unterschiedlichen Bereichen äußern werden. In Bochum können aufgrund des auferlegten Nothaushalts nicht alle erforderlichen Investitionen und Maßnahmen durchgeführt werden. Auch in Leipzig zwingen strikte Sparauflagen zu einer Abkehr von der bisherigen expansiven Stadtentwicklungspolitik und noch ist unklar, wie in Zukunft mit dem Auslaufen der EU-Fördermittel im Zuge des Phasing-Out umgegangen wird.

Die Handlungsfähigkeit der Städte wird durch diese Rahmenbedingungen stark beeinträchtigt. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich die Situation in Zukunft entschärft oder womöglich noch weiter verschärft und welche Konsequenzen für die politischen Entscheidungsträger daraus entstehen.

2.2 Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Untersuchungsstädte befinden sich in einem umfassenden Strukturwandel. Die drei deutschen Untersuchungsstädte haben sich bereits auf bestimmte Wirtschaftssektoren fokussiert. Alle Städte verfolgen eine Clusterstrategie, in Leipzig umfasst das beispielsweise die Branchen Logistik, Automobilproduktion sowie Biomedizin, in Bremen die Branchen Windenergie, Robotik, Luft- und Raumfahrt sowie die Maritime Wirtschaft/Logistik und in Bochum die Gesundheitswirtschaft und die Geothermie als Teil des Clusters EnergieForschung NRW. Diese Fokussierungen sind zum Teil aus den bestehenden Strukturen entstanden und wurden von der Politik und der Verwaltung vor Ort gefördert.

Leipzig bemühte sich besonders um die Gewinnung der beiden Automobilhersteller BMW und Porsche. Es wurden große Infrastrukturmaßnahmen eingeleitet, die diese Ansiedlung unterstützt haben. In Bremen hat man sich bewusst entschlossen, auf die Bereiche Innovation und Technologie zu setzen und Synergieeffekte mit der umstrukturierten Universitätslandschaft zu nutzen. Des Weiteren können die ehemaligen, zum Teil ungenutzten Hafenanlagen für den Bereich des Windenergieanlagen- und des Spezialschiffbaus neu genutzt werden. In Bochum werden die langjährigen Erfahrungen im Bereich der Gesundheitswirtschaft durch die Neuansiedlung des Gesundheitscampus NRW in Zukunft weiter gebündelt. Die Nähe zur Universität ist dabei von Vorteil. Das gleiche gilt für den Bereich Geothermie, in dem das Netzwerk des Geothermiezentrums und die Zusammenarbeit mit der Universität genutzt werden.

Aufgrund der auf der Funktion als Seehafen beruhenden spezifischen Wirtschaftsstruktur weist die Wirtschaft Bremens eine vergleichsweise hohe Exportquote auf (Land Bremen 56 % in 2009). Im Vergleich dazu erzielte Sachsen 38 %, das Land Baden-Württemberg liegt bei 52 % (Website NSMW). Gesprächspartner in Bremen wiesen darauf hin, dass mit der hohen Exportquote im Zuge von Konjunkturerinbrüchen auch ein gewisses Risiko durch eine höhere Krisenanfälligkeit einher gehe. So hat die aktuelle Wirtschaftskrise die Hafenwirtschaft stark getroffen. Das hatte einen dramatischen Umsatzeinbruch von bis zu 50 % zur Folge (Interview HB 11). So belegt auch eine aktuelle Studie (Schmidt-Seiwert 2011), dass sich mit der Zunahme der globalen Verflechtungen und der Exportorientierung von Regionen und Städten die Anfälligkeit durch Krisen erhöht. Das Statistische Landesamt Bremen erkennt einen Zusammenhang zwischen Exportabhängigkeit der Industrie und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit (Statistisches Landesamt Bremen 2009). Allerdings heißt es bei Schmidt-Seiwert (2011) weiter:

„Trotz der höchsten Exportabhängigkeit aller Bundesländer [...] kann in Bremen ein vergleichsweise geringerer Anstieg der Arbeitslosenzahlen beobachtet werden. Scheinbar müssen für die Entwicklung der Arbeitsmärkte noch andere Einflussfaktoren von Gewicht sein. Allerdings ist auch zu beobachten, dass sich die exportorientierten und somit krisenanfälligeren Regionen bei Anzug der Konjunktur in der Regel rascher erholen“ (Schmidt-Seiwert 2011: 120).

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen spiegelt sich in vergleichsweise hohen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Pro Kopf betragen diese für 2009 mehr als das Doppelte von Bochum bzw. fast das Doppelte von Leipzig (siehe Abb. 9).

Aufgrund der Haushaltssituation und von Sparauflagen ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, z.B. über die Unterstützung von Zukunftsbranchen, eine große Herausforderung für Bremen:

„[...] Einerseits hat Bremen immer mit den hohen Schulden zu kämpfen, andererseits müssen im Rahmen des Strukturwandels Investitionen in Zukunftsindustrien getätigt werden. Diesen Spagat hinzubekommen - neben allen anderen Problemen - ist nicht ganz trivial.“ (Interview HB 3)

Die Wirtschaftsförderung Bremen betont die nach wie vor hohe Bedeutung des Industriestandortes als sechstgrößter Deutschlands. Dieser Einschätzung nach wurden die bestehenden Industrien aus dem Strukturwandel heraus weiterentwickelt. Aus einer zunehmenden Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur ergebe sich zudem eine geringere Krisenanfälligkeit (Interview HB 2, Schmidt-Seiwert 2011).

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftsgeschichte ergeben sich gegenwärtig einige interessante Möglichkeiten, vorhandene Stärken des Standortes wie Flächenverfügbarkeit oder Fähigkeiten der Arbeitskräfte für neue Branchen zu nutzen. So können zum einen ehemalige Hafenable und Hallen mit Schwerlastkränen für die Montage und Beladung von Windenergieanlagen verwendet werden. Zum anderen dienen die vorhandenen Fähigkeiten der Arbeitskräfte im Schiffbau auch bei der Montage der Offshore-Windanlagen (siehe Kap. 3.4). Der Wirtschaftszweig Umwelt- und Klimaschutz, inklusive des stark wachsenden Bereichs Windenergie, wurde von der Krise kaum betroffen und erweise sich als „relativ krisensichere Daueraufgabe“ (Blazejczak/Edler 2010, siehe Kap. 3.2).

Eine wichtige Rolle übernimmt die Bremer Wirtschaftsförderung (WFB), die nach der Umstrukturierung 265 Mitarbeiter beschäftigt (Interview HB 2). Die Wirtschaftsförderung musste sich im Zuge der Krise an die schwierige Haushaltssituation anpassen, den man als einen Schritt „weg von der einzelbetrieblichen, monetären Wirtschaftsförderung hin zu einer dienstleistungsorientierten Wirtschaftsförderung“ beschreibt (Interview HB 2).

Bochum wurde im Vergleich zu anderen Regionen und Städten durch die Rezession stärker getroffen (Zarth 2011: 111). Im Vergleich zu 2004 sind die Gewerbesteuereinnahmen 2009 um 33,4 % eingebrochen (siehe Abb. 3).

Dennoch deutet sich in einigen Wirtschaftssektoren eine günstigere Entwicklung an. So wurde die bereits etablierte Gesundheitswirtschaft durch die für 2013 geplante Ansiedlung des Gesundheitscampus NRW weiter gestärkt. Ebenso entwickeln sich die Bereiche Geothermie und Forschung positiv. Außerdem ist es gelungen, an der Ruhr Universität Bochum (RUB) eine sogenannte „Research School“ im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder einzurichten.

Für weniger qualifizierte Arbeitskräfte und Facharbeiter werden jedoch in Zukunft Arbeitsplätze benötigt. Der Automobilhersteller Opel beschloss im Rahmen der Sanierung des Mutterunternehmens General Motors einen Zukunftsvertrag bis 2016, welcher bis zu diesem Datum eine Arbeitsplatzsicherheit vertraglich zugesichert hat. Wie die Entwicklungen danach weiter gehen, ist bisher noch unklar.

Der Wirtschaftsförderung stehen in Bochum nicht ausreichend Mittel zur Verfügung, um alle als relevant erachteten Sektoren zu fördern. Für einige Sektoren musste die Förderung eingestellt werden (Interview BO 2). Darunter fallen momentan auch die durchaus erfolgreichen Bereiche IT-Sicherheit und Plasmaphysik. Andere können trotz Potenzial und Anknüpfungsmöglichkeiten an die Hochschullandschaft nicht unterstützt werden. Aufgrund des begrenzten finanziellen Spielraums wurde zudem eine Prioritätenbildung vorgenommen, um die verfügbaren Mittel effektiver einzusetzen.

Als Reaktion auf die finanzielle Situation der Stadt kommt es zum Personalabbau. So berichtet ein Interviewter, dass aufgrund der Haushaltssperre auch bei Auslaufen bestehender Verträge kein neues Personal eingestellt werden könne und daher bei vielen Projekten die Weiterverfolgung fraglich ist, was langfristige Folgen für die inhaltliche Ausrichtung habe (Interview BO 2).

In Leipzig, so ein Interviewpartner, habe sich die Wirtschaftskrise kaum auf die Beschäftigungssituation ausgewirkt. Ein Grund dafür sei die relativ geringe Exportabhängigkeit der eher lokal und regional ausgerichteten Wirtschaft (Interview L3, Zarth 2011: 102). Diese Auffassung wird jedoch nicht von allen geteilt. Durch die Fokussierung auf die Logistik- und Automobilbranchen sei Leipzig sehr wohl krisenanfällig (Interview L 5). Tatsächlich zeigt Abb. 3, dass es zwischen 2004 und 2009 im Vergleich zu Städten wie Bochum (-33,4 %) nur zu einem minimalen Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen von 0,6 % kam.

Ein weiteres Argument, welches ebenfalls häufig genannt wird, ist die Tatsache, dass Leipzig – wie auch anderen ostdeutschen Städten – aufgrund des Wiederaufbaus der Wirtschaft nach dem Zusammenbruch bzw. Verkaufs der sozialistischen Betriebe an westdeutsche oder internationale Investoren Unternehmenszentralen fehlen (Interview L 3). Große Unternehmen wie Porsche, BMW oder DHL haben lediglich Niederlassungen in Leipzig. Es fehlen Unternehmenssitze inklusive der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sowie die in deren Umfeld häufig angesiedelten hochqualifizierten Dienstleistungsunternehmen. Es ist bisher noch nicht in größerem Maße gelungen, diese für den Standort zu gewinnen.

Zusammenfassung

Die Diversifizierung und die Auswahl von ökonomisch relevanten und zukunftssträchtigen Branchen stellen wichtige Ziele bei der wirtschaftlichen Entwicklung einer Stadt oder Region dar. Der Wettbewerb um diese Strukturen und Akteure wird national wie international betrieben. In Städten, die einen umfassenden Strukturwandel erlebt haben, werden diese Anpassungen oftmals zu einer großen, andauernden Aufgabe, die es zu bewältigen gilt. Wenn durch die Folgen einer Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen die Handlungsmöglichkeiten dieser Städte besonders stark eingeschränkt werden, ist eine erfolgreiche Weiterführung eines solchen Diversifizierungsprozesses gefährdet.

„[...] Wir haben Abwanderung, demographischer Wandel, Probleme in der Umstrukturierung der Wirtschaft usw. und das wird [konkurrierende Ausgabenfelder - Anm. Autoren] mehr und mehr eine Falle werden in den nächsten zwei, drei Jahren.“ (Interview BO 1)

Der Strukturwandel ist in den untersuchten Städten noch nicht abgeschlossen. Die ansässige Wirtschaft ist in unterschiedlichem Maße von der Wirtschaftskrise betroffen. Die Krisenanfälligkeit ergibt sich dabei nicht nur aus der Exportquote der Wirtschaft, wie anhand von Bremen zu erkennen ist, sondern auch durch eine wenig diversifizierte Wirtschaftsstruktur wie z.B. in Bochum. Zum Teil stehen den Wirtschaftsförderungen weniger Mittel zur Verfügung - das erschwert die Einflussnahme auf die Ausrichtung und Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und die Standortstärkung. So ist Bochum gezwungen, sich auf einige wenige Branchen zu konzentrieren, welche die größten Potenziale versprechen. In Bremen hat man sich auf lediglich drei sogenannte Innovationscluster fokussiert, acht weitere werden als Innovationsfelder bezeichnet und erfahren entsprechend weniger Aufmerksamkeit. Auch in Leipzig ist man ähnlich vorgegangen, getreu dem Motto „Stärken stärken“. Im Vergleich mit den Untersuchungen der ersten Phase des Weak Market Cities-Projektes ist auffällig, dass die drei Städte nun in mindestens einer Branche/Cluster Erfolge vorweisen können. So haben die Branchen Windenergie und Maritime Wirtschaft in Bremen an Bedeutung gewonnen und versprechen Wachstumspotenzial. In Bochum entwickelt sich die bereits länger etablierte Gesundheitswirtschaft mit Neuansiedlungen positiv; auch der Bereich Geothermie hat Zukunftspotenzial. In Leipzig werden durch Neuansiedlungen (u.a. DB) und den Ausbau der Produktionsstätten der Automobilhersteller BMW und Porsche neue Arbeitsplätze geschaffen.

Allerdings ist aufgrund der zum Teil schwierigen Finanzlage der Untersuchungsstädte, besonders in Bremen, die öffentliche Investitionsquote gesunken. Dies wird sich auf die Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen eher negativ auswirken. In Leipzig wird es durch den Wegfall von Fördermitteln, welche in der Vergangenheit für die Bereitstellung von Gewerbeflächen für Großansiedlungen (BMW, Porsche, DHL) zur Verfügung standen, schwerer fallen, Unternehmen anzulocken. Auch in Bochum werden dringend weitere Investitionen in die städtische Infrastruktur benötigt, die aber aufgrund der Haushaltslage in absehbarer Zeit nicht möglich sein werden.

2.3 Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt für Gesamtdeutschland erwies sich im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise als überraschend stabil. Zum Teil konnten sogar Beschäftigungswerte wie in den Wachstumsjahren direkt nach der Wiedervereinigung erzielt werden. Für die drei Untersuchungsstädte gilt, dass die Krise ebenfalls keinen massiven Anstieg der Arbeitslosenzahlen zur Folge hatte.

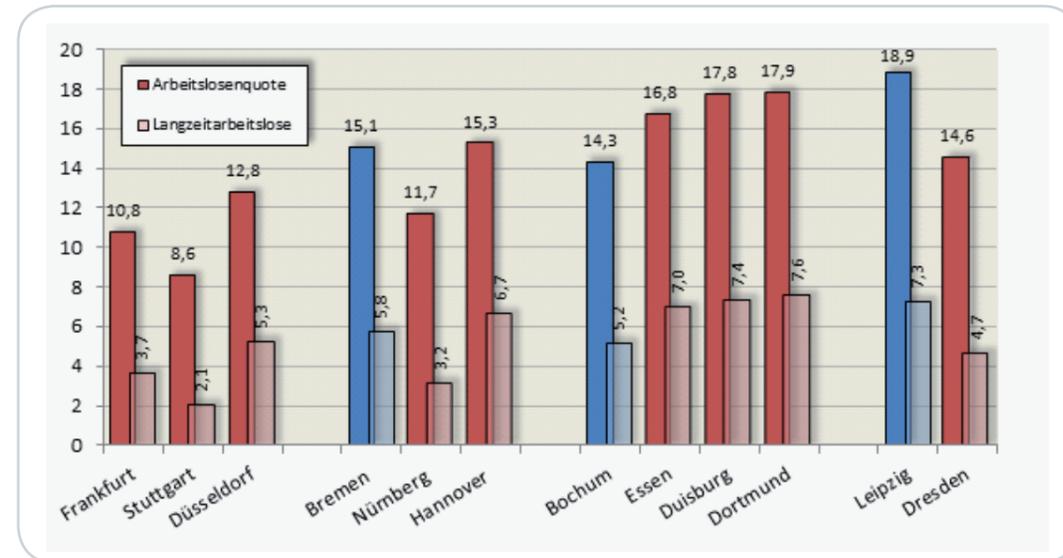


Abb. 10: Arbeitslose und Langzeitarbeitslose an allen sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen, 2009 (in %), Eigene Darstellung // Website Bertelsmann Stiftung

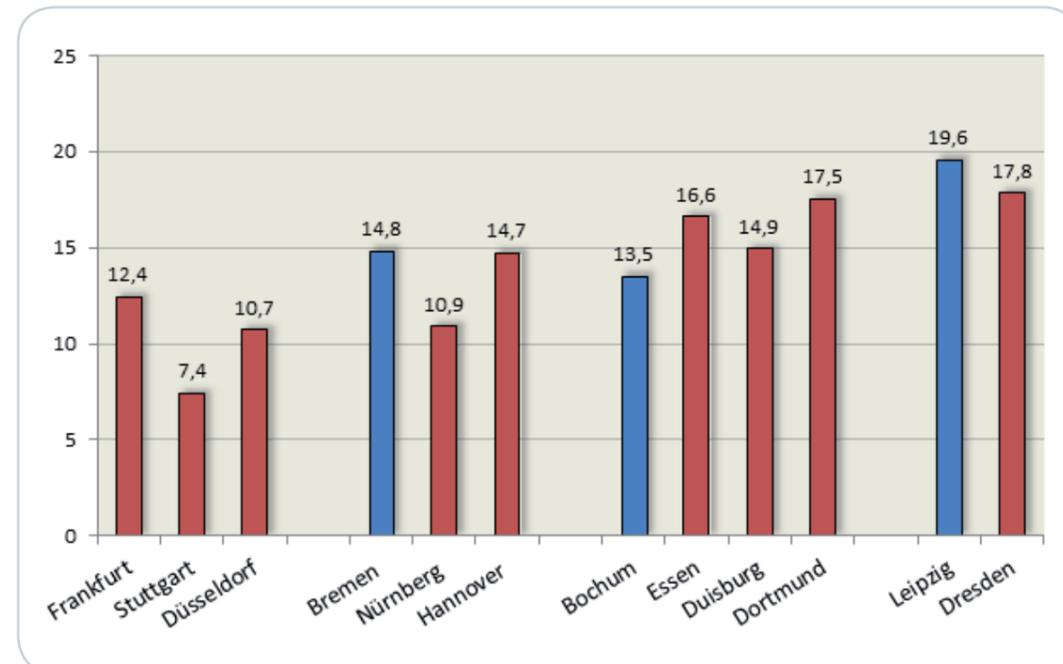


Abb. 11: Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbsfähigen unter 25 Jahren, 2009 (in %), Eigene Darstellung // Website Bertelsmann Stiftung, Für Hannover: Stand 2008

Eine detailliertere Betrachtung der Arbeitsmärkte offenbart jedoch eine Reihe von strukturellen Schwächen. So besteht weiterhin eine hohe Sockelarbeitslosigkeit. Zudem ist der Anteil der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit nach wie vor relativ hoch (siehe Abb. 11 und Abb. 10). Weiterhin ist – auch in den Untersuchungsstädten – eine stärkere Unsicherheit bei den Beschäftigungsverhältnissen festzustellen, die aus der Flexibilisierung der Arbeitsmarktgesetze während der 2000er Jahre resultiert. Das äußert sich z.B. über den Anstieg von Leiharbeit, Zeitarbeit und Beschäftigung im Niedriglohnbereich (Dietz et al. 2009, Crimmann et al. 2009, Bosch/Weinkopf 2007). Gerade diese Beschäftigten ohne ausreichende Arbeitsplatzsicherheit sind im Zuge von Konjunkturerinbrüchen von Entlassungen bedroht (Promberger 2006, siehe Abb. 2).

Auch die Zahl der sogenannten „Aufstocker“ hat stark zugenommen, also von „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“, die neben einem oftmals zu geringen Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit auch Sozialleistungen über das Hartz-IV System beziehen (Rosenthal et al. 2010: 10). Betroffen sind davon vor allem niedrigqualifizierte Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich. Für die öffentliche Hand entstehen dadurch enorme Zusatzbelastungen (DGB 2010). Von den Gesprächspartnern in Bremen wurden die prekären Beschäftigungsverhältnisse besonders deutlich angesprochen (Interview HB 5).

Der Anteil der Leistungsbezieher nach SGBII (siehe Abb. 12) variiert stark zwischen der abgebildeten Städteauswahl. Lediglich Stuttgart weist einen Wert im einstelligen Bereich auf (8,6 %). Einige ostdeutsche Städte wie z.B. Leipzig (20,1 %) und die Städte im Ruhrgebiet weisen deutlich höhere Werte auf, wobei Bochum mit 13,2 % noch vergleichsweise gut abschneidet.

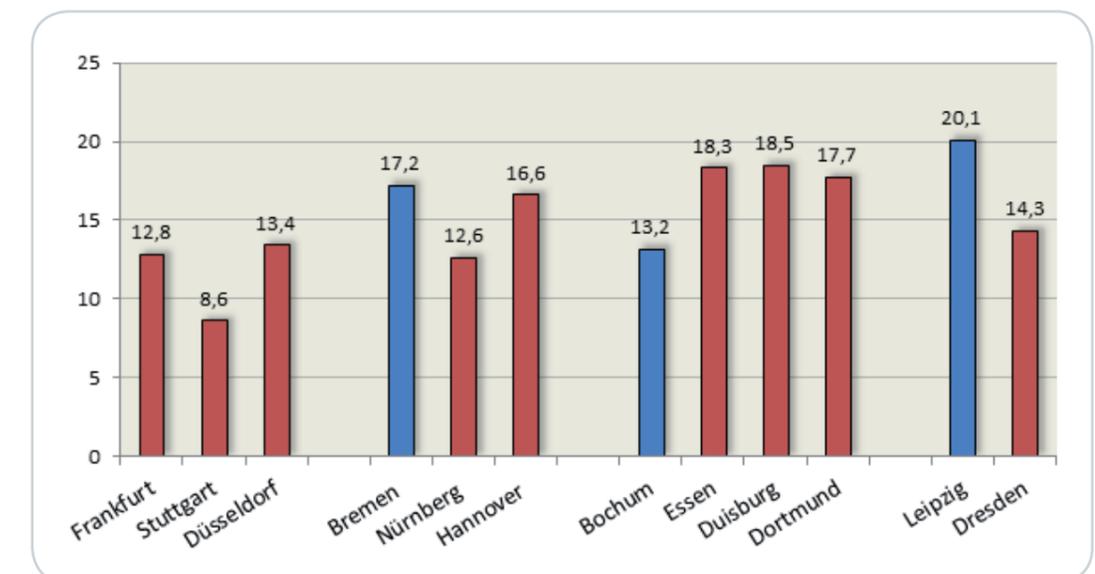


Abb. 12: Anteil der Leistungsbezieher nach SGB II an allen Einwohnern unter 65 Jahren, 2009 (in %), Eigene Darstellung // Website Bertelsmann Stiftung, Für Hannover: Stand 2008

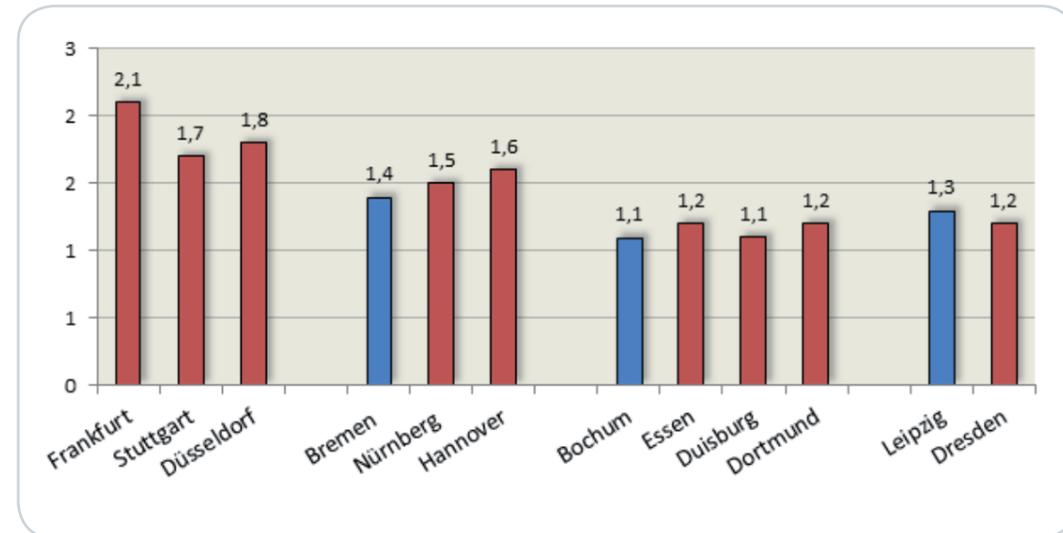


Abb. 13: Bedeutung als Arbeitsort (Quotient sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz/sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einwohner) (2009), Eigene Darstellung // Website Bertelsmann Stiftung

Ähnlich verhält es sich bei den Unterschieden in der Höhe der Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 (siehe Abb. 10), diese variiert ebenfalls stark. Auch hier bleibt Stuttgart bei einem Wert von unter 10 %, die Städte im Ruhrgebiet weisen hier auffällig höhere Werte von bis 18 % auf, wobei Bochum mit rund 14 % positiv nach unten abweicht. Auch Leipzig weist einen sehr hohen Wert auf (18,9 %), was jedoch trotzdem einen Rückgang im Vergleich zu den der 2000er Jahren darstellt.

In allen Untersuchungsstädten wurde berichtet, dass man zwar über eine vielfältige Hochschullandschaft verfügt und dementsprechend viele Hochqualifizierte ausgebildet werden, diese dann aber vom Arbeitsmarkt nicht absorbiert werden können und demnach die Stadt verlassen (Interview HB 3). Für die Weak Market Cities, aber auch für die anderen Städte geht es darum, diese Abwanderung entgegenzuwirken.

Die „Bedeutung als Arbeitsort“ kann auch als Indikator für die Zentralität, Attraktivität und Entwicklungschancen von Städten herangezogen werden (siehe Abb. 13). Er bemisst sich durch den Quotient von „arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ und „wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“. Städte in den wirtschaftlich dynamischeren Metropolregionen wie Frankfurt (2,1), Stuttgart (1,7) oder Düsseldorf (1,8) weisen in der Regel höhere Werte auf als Städte in strukturschwachen Regionen wie dem Ruhrgebiet. Für Bochum (1,1) und andere Städte im Ruhrgebiet kommt hinzu, dass die räumliche Nähe zu weiteren Standorten den eigenen Einzugsbereich und die Entwicklungsmöglichkeiten begrenzt. Leipzig (1,3) und Bremen (1,4) bilden zwar das Zentrum ihres jeweiligen Umlandes, die im Vergleich zu den wirtschaftsstärkeren Städten gleicher Größenordnung niedrigeren Werte deuten jedoch auf bestehende strukturelle Schwächen hin.

Dem Qualifikationsniveau der Bevölkerung kommt eine zunehmende Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt und Region zu. Ein geeigneter Indikator dafür ist die Zahl der Hochqualifizierten am Wohnort (siehe Abb. 14), bemessen als Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einwohner mit Hochschulabschluss. Zunächst

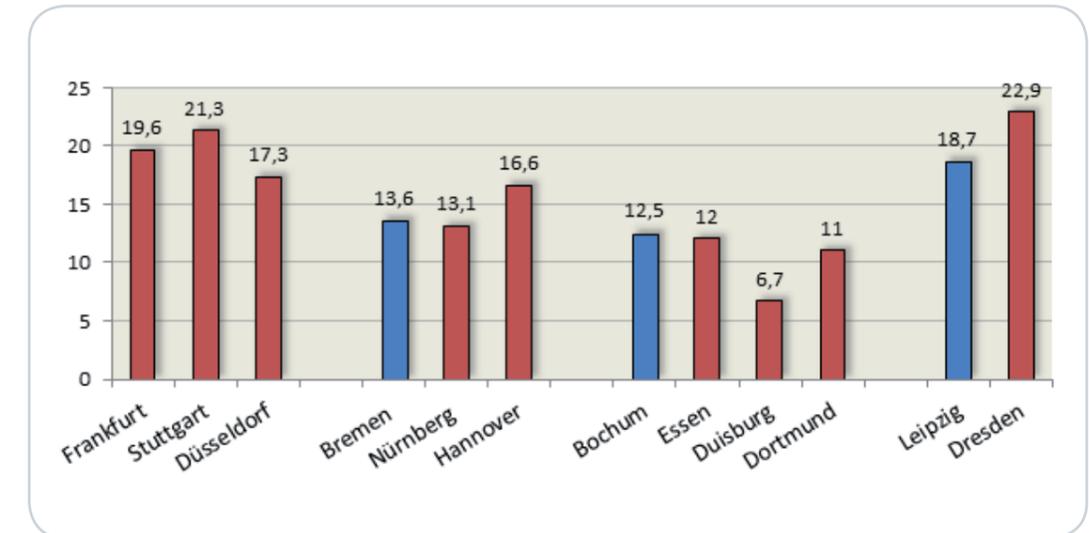


Abb. 14: Anteil der Einwohner mit Hochschulabschluss, 2009 (in %), Eigene Darstellung // Website Bertelsmann Stiftung

fällt ein Bildungsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland auf. Der größtenteils höhere Anteil der Hochqualifizierten in Ostdeutschland (vgl. z.B. Leipzig, 18,7 %) resultiert aus der unterschiedlichen Bildungsstruktur beider Landesteile vor der Wiedervereinigung. Auch in wirtschaftsstarken Städten wie Frankfurt (19,6 %) oder Stuttgart (21,3 %) ist der Anteil überdurchschnittlich hoch. Vormalig durch Industrie geprägte Städte in strukturschwachen Regionen wie dem Ruhrgebiet fallen dagegen zurück (Bochum: 12,5 %). Auch in Bremen ist der Anteil der Hochqualifizierten mit 13,5 % vergleichsweise gering.

Ein Merkmal der Bremer Wirtschaft ist die relativ hohe Exportquote (siehe Kap. 2.2). Außerdem begünstigt der internationale Seehafen die Ansiedlung exportorientierter Branchen. Dadurch sind weite Teile bestimmter Wirtschaftszweige in globale Wertschöpfungsketten eingebunden. Laut einem Interviewpartner resultiert daraus jedoch auch in einigen Branchen ein hoher Anteil an Leiharbeit mit niedrigen Löhnen und geringer Arbeitsplatzsicherheit, gerade bei Konjunkturerinbrüchen (Interview HB 5, Rosenthal et al. 2010). Ein weiterer Gesprächspartner sagte, dass vorhandene Defizite durch die Krise nochmals aufgedeckt worden seien. Für ihn bedeute die große Abhängigkeit von der Leiharbeit ein Defizit, was dann zu stärkeren Schwankungen in den Beschäftigungsverhältnissen führe. Andererseits ergebe sich für die Arbeitgeber daraus eine erhöhte Flexibilität, so dass nach Überwindung der Krise auch schnell wieder eingestellt werden kann (Interview HB 3, Heyduck 2011). Die Zahl der „Aufstocker“ hat sich von 2007 bis 2010 im Land Bremen von ca. 15.000 auf mehr als 18.000 erhöht, das sind 26 % aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach SGBII. Der Anteil der „Aufstocker“ mit 4,0 % an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt über dem Bundesdurchschnitt von 2,5 %. Die „Aufstocker“ belasten den Landeshaushalt jährlich mit 35 Mio. Euro (Interview HB 5, Heyduck 2011).

Ein weiteres strukturelles Problem der Arbeitsmärkte ist das sogenannte „job-mismatch“. In Bremen gibt es laut Interviewten und einer Studie der Arbeitnehmerkammer zahlreiche offene Stellen, die nicht besetzt werden können, weil die Arbeitssuchenden dafür

nicht ausreichend qualifiziert seien (Interview HB 5). Für bestimmte Berufszweige sind daher Qualifizierungsmaßnahmen notwendig.

Bochum weist im Vergleich mit den anderen Untersuchungsstädten und auch anderen Ruhrgebietsstädten verhältnismäßig günstige Arbeitsmarktwerte auf. Dennoch ist die Arbeitslosenquote mit über 14 % nach wie vor sehr hoch und weist auf Stadtteilebene zum Teil noch erheblich höhere Werte auf (auch für Leipzig und Bremen zutreffend). Auch die niedrig Qualifizierten werden oftmals in der Zeit- und Leiharbeit eingesetzt. Allerdings ist ein hoher Anteil, nämlich rund 54 % der Beschäftigten, in Zukunftsbranchen (Maschinenbau, Medizintechnik etc.) tätig, im Land NRW sind es rund 3,6 % weniger. Die Bedeutung von wissensbasierten Dienstleistungen nimmt zu, besonders an den Standorten nahe der Ruhr Universität (Gesundheitscampus, BioMedizin Zentrum/Park) (Stadt Bochum 2010).

Wie anderswo ist die Arbeitslosigkeit auch in Leipzig eng mit der allgemeinen Struktur-schwäche verbunden. So habe man nicht unbedingt hohe Arbeitslosenzahlen, wohl aber zur Zeit weniger Möglichkeiten, Arbeitslosigkeit abzubauen. Dadurch bliebe ein Sockel Langzeitarbeitsloser erhalten. Dies fixiere bestimmte Problemlagen aufgrund eines Fehlens der wirtschaftlichen Dynamik (Interview L 2). 2009 betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen 7,3 % und liegt damit im Schnitt deutlich über den Werten der Vergleichsstädte (siehe Abb. 10).

Auch in Leipzig wurde die Problematik des „job-mismatch“ von den Gesprächspartnern angesprochen. Zur Behebung werden von der Stadt Qualifizierungsmaßnahmen finanziert (Interview L 3 und L 4, Plöger 2007). So verfolgte das im Zeitraum von 2003 bis 2008 mit EU-Fördermitteln durchgeführte Projekt LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) das Ziel, Langzeitarbeitslose für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren (siehe Kap 3.3).

Zusammenfassung

Im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt als relativ stabil relativ stabil. Die Maßnahmen (Kurzarbeit, Abwrackprämie etc.) der Bundesregierung zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise konnten offensichtlich einen massiven Anstieg der Arbeitslosenzahlen verhindern. Insofern stellt diese Entwicklung eine Besonderheit im Vergleich zu den anderen europäischen Weak Market Cities dar, die zum Teil einen erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit erlebten. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Spanien (ca. 46%), Italien (ca. 30%), selbst in Großbritannien (ca. 20%) weit über dem deutschen Wert von 10% (Website Statista).

Ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen konnte in den deutschen Untersuchungsstädten verhindert werden. Die strukturellen Probleme der Arbeitsmärkte bestehen jedoch weiter. Kennzeichnend sind unter anderem ein hoher Anteil von Langzeitarbeitslosen sowie der Anteil der in der Leiharbeit eingesetzten Arbeitnehmer, welcher besonders in Bremen ausgeprägt ist. In Bochum und Leipzig waren die Auswirkungen kaum spürbar. So sanken die Arbeitslosenzahlen sogar auf das niedrige Niveau Anfang der 1990er-Jahre. Das Problem des skills-mismatch darf von den Städten und Regionen nicht aus den Augen verloren werden. Die Problematik der Leih- und Zeitarbeit und des Mindestlohns sollte, so argumentieren Kritiker, auch von der bundespolitischen Seite stärker in den Fokus genommen werden. Für neu entstehende Arbeitsplätze sind häufig höhere Qualifikationen erforderlich als im lokalen Arbeitskräftepool vorhanden sind, der einen Überhang im niedrigqualifizierten Segment aufweist. So werden in Leipzig anspruchsvollere Stellen im Rahmen des Produktionsausbaus bei BMW und Porsche wohlmöglich nicht mit Bewerbern aus Leipzig oder Umgebung besetzt. Allerdings kommt es in den deutschen Untersuchungsstädten gleichzeitig zu Abwanderungstendenzen von Hochschulabsolventen, die auf dem lokalen oder regionalen Arbeitsmarkt keine adäquate Stelle finden.

2.4 Sozialräumliche Auswirkungen

Die Untersuchungsstädte stehen aufgrund des Strukturwandels und der damit verbundenen Probleme vor alten und neuen Herausforderungen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese Entwicklungen zum Teil verstärkt bzw. verfestigt. Sozialindikatoren belegen eine Zunahme der sozialen Polarisierung und sozialräumlicher Disparitäten (Goebel et al. 2010).

Ein Interviewter in Bremen weist auf die Tatsache hin, dass die Kürzungen im Zuge von Sparmaßnahmen oft im sozialen Bereich getätigt werden. Städte mit großen sozialen Ungleichheiten sind davon besonders betroffen. Das führe dazu, „dass die Spirale weiter nach unten geht“. (Interview HB 5)

Die Sparmaßnahmen des Bundes wirken sich ebenfalls negativ auf soziale Disparitäten aus, wie ein Interviewter anmerkte (siehe Abb. 20). Es wird auf die Kürzungen im Bereich der Rentenbeiträge der Langzeitarbeitslosen und auf die Streichung des Elterngeldes für Hartz IV Empfänger verwiesen. Gerade mit der Ausgangslage, in der sich Bremen mit der hohen Anzahl an SGBII Empfängern und der relativ hohen Arbeitslosenquote befindet, benötigt das Land laut eines Experten eine besondere Unterstützung, damit es nicht zu einer Verschärfung der Ungleichheiten kommt:

„Die öffentliche Hand ist hier extrem klamm, besonders seit dem Strukturwandel. Wir brauchen aber durch diese vielen sozialen Verwerfungen im Lande eine besondere soziale Infrastruktur, damit wir nicht Städte kriegen, die extrem gespalten sind und zwischen Verlierern und Gewinnern noch deutlicher unterscheiden, als sie das jetzt schon tun. Bremen kann eine Stadt sein, die ein Beispiel für eine solche Spaltung wird.“ (Interview HB 5)



Abb. 15: Gemeindetreff in Gröpelingen, Bremen // Isabella Kohlhaas-Weber

Die Disparitäten in den Stadtteilen werden größer, auch aufgrund der Abhängigkeit von übergeordneten Entscheidungen wie den Kürzungen bzw. Änderungen bei der Städtebauförderung (Interview HB 14).

„Diese Abkehr von Möglichkeiten, nicht investiv [im Rahmen Soziale Stadt 2010, Anm. der Autoren] zu fördern, ist in den Quartieren absolut kontraproduktiv aus Stadtentwicklungssicht, weil die Multiplikatoreffekte, die dadurch entfacht werden doch erheblich mehr sind als man monetär in die Gebiete hineingibt.“ (Interview HB 4)

Ein anderer Interviewpartner erklärte, dass die Krise und die Kürzungen noch nicht im vollen Umfang auf der Stadtteilebene zu spüren seien. Dort sei noch mit weiteren Einschnitten zu rechnen (Interview HB 5).

Abb. 20 verdeutlicht die sozialräumliche Differenzierung innerhalb des bremischen Stadtgebiets anhand der Indikatoren SGB II-Quote und dem Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund für die Stadtteilebene.¹ Besondere Problemlagen zeigen sich einerseits in den in peripherer Lage zur Innenstadt gelegenen Stadtteilen mit Großwohnsiedlungen (z.B. Osterholz-Tenever) und andererseits in innenstadtnahen ehemaligen Arbeiterquartieren in Hafennähe wie z.B. Gröpelingen.

¹ Die in den einzelnen Stadtteilen der Untersuchungsstädte erreichten Werte für SGB II-Quote und vor allem Migrantenanteil weichen zum Teil erheblich voneinander ab. So ist beispielsweise für Leipzig ein Migrantenanteil von mehr als 8% bereits als hoch anzusehen, während dies in Bremen und Bochum erst ab 27,5% bzw. 15% der Fall ist. Deshalb wurden je Untersuchungsstadt unterschiedliche Klassengrenzen gewählt, um die Ausprägung der sozialräumlichen Differenzierung innerhalb des Stadtgebietes zu ermöglichen (siehe Abb. 20-Abb. 22). Es muss darauf hingewiesen werden, dass ein solches Vorgehen jedoch den Vergleich zwischen den Städten beeinträchtigt.



Abb. 16: Großwohnsiedlung in Osterholz-Tenever, Bremen // Isabella Kohlhaas-Weber



Abb. 18: Spielplatz Osterholz-Tenever, Bremen // Isabella Kohlhaas-Weber

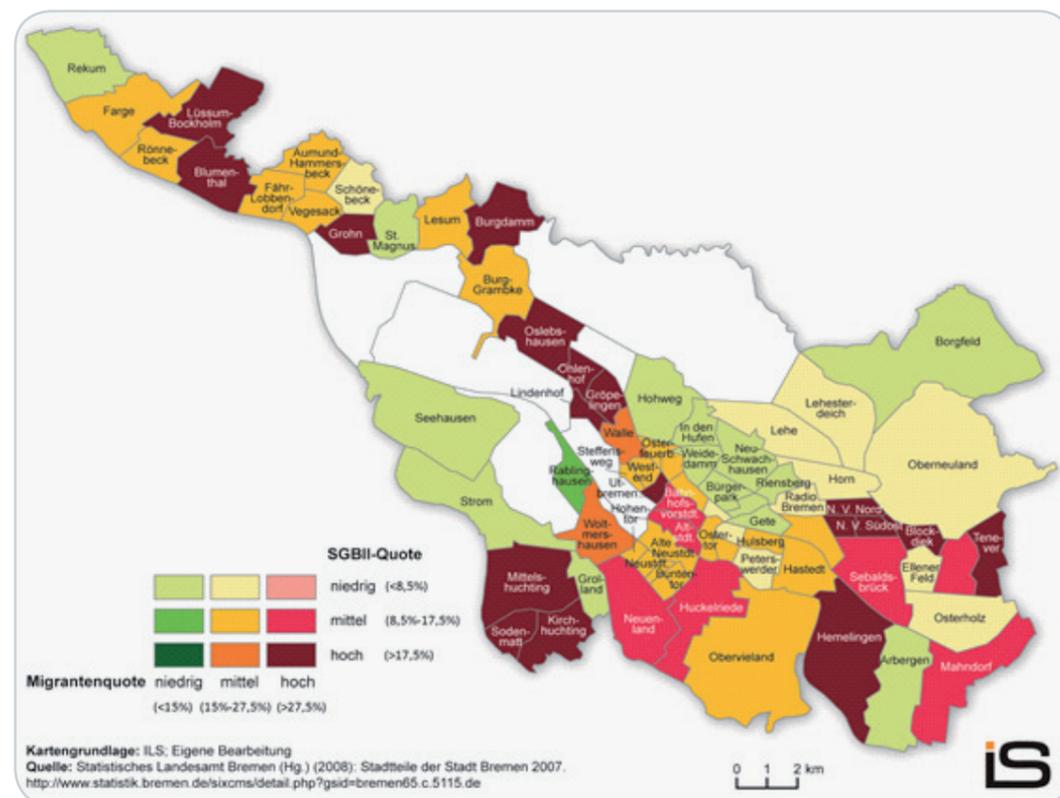


Abb. 17: Sozialräumliche Struktur Bremen

Die Problematik der ausgeprägten Arbeitslosigkeit in einigen Stadtteilen Bremens hat einen negativen Effekt auf die Stadtteilebene, auch wenn das bremische Quartiersprogramm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WIN) gewisse Erfolge verzeichnen kann. Ein Interviewter sagte, dass es ernüchternd sei, festzustellen, dass die Relevanz von Arbeitslosigkeit auf Stadtteilebene über die Jahre hinweg einen deutlich durchschlagenden Effekt im Verschlechtern einer Situation hat. Hier zeigt sich, dass quartiersbezogene Programme nur sehr begrenzt dazu taugen, exogen verursachte Problemlagen wie Arbeitslosigkeit zu beheben:

„Insofern spricht das alles nicht gegen die Sinnhaftigkeit und Güte dieser Programme. Das macht nur deutlich, dass sie Teil eines sehr komplexen Gesamtgefüges sind und dass andere Einflussfaktoren offenbar durchschlagender und wirkungsmächtiger sind.“ (Interview HB 10)

Interviewte bestätigen den Eindruck, dass man sich in Bremen der sozialen Verantwortung bewusst ist und auch weiterhin Programme und Initiativen fördert. Deshalb versucht man, intern „umzuschichten“ und die Investitionsquote etwas zu senken, um einen kleinen Spielraum im sozialen Bereich zu schaffen oder zu behalten (Interview HB 10). So wird z.B. das Landesprogramm WIN (Wohnen in Nachbarschaften), das nunmehr seit 10 Jahren in Bremen existiert, trotz der Krise weiter geführt.

Eine Schwierigkeit, die in Bremen besteht, so berichten Gesprächsteilnehmer, ist die Tatsache, dass auf dem Wohnungsmarkt des unteren Preissegments kein ausreichendes Angebot vorhanden ist. So finden Hartz IV-Empfänger, die Neu-Bremer sind, kaum



Abb. 19: „Stadtumbaugebiet Westend“ in Griesenbroch, Bochum // Isabella Kohlhaas-Weber

bezahlbaren Wohnraum. Man versucht dieses Dilemma zu umgehen, indem man eine kulante Regelung trifft. Das Land gibt, wenn nötig, einen Teil des Mietsatzes für Hartz-IV Empfänger dazu, damit die betroffenen Personen in „ihrem“ Stadtteil bleiben können. So möchte man eine weite soziale Spaltung vermeiden bzw. nicht befördern. Man sieht dies als „eine richtige politische Prioritätensetzung in der extrem gespaltenen Stadt“ (Interview HB 6).

In Bochum berichteten die verschiedenen Gesprächspartner von deutlichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf sozialräumlicher Ebene. Besonders die Anteile von Bedarfsgemeinschaften zeigen ausgeprägte sozialstrukturelle Disparitäten zwischen den Stadtteilen auf. So liegt z.B. der Anteil der Bedarfsgemeinschaften an allen Haushalten in Stadtteil Querenburg, in dem auch das Stadtumbaugebiet Hustadt liegt, bei 40,2 %; im südlich angrenzenden Stiepel hingegen bei 2,1 % (Stadt Bochum 2008). In Bochum sind besondere soziale Problemlagen in den nördlich und westlich der Innenstadt gelegenen ehemals industriell geprägten Quartieren wie Hamme, Kruppwerke oder Wattenscheid zu beobachten (siehe Abb. 21). So ist der Ortsteil Hamme, bestehend aus den Quartieren Goldhamme und Stahlhausen, auch das größte Projektgebiet im Stadtumbauprogramm der Stadt Bochum. Die IFAK („Verein für Multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe e.V.“), ursprünglich als Selbsthilfeorganisation von Migranten gegründet, arbeitet als sozialer Träger in den beiden Programmen des Stadtumbaus West in Bochum. Die IFAK unterhält Interkulturelle Familienzentren und bietet diverse Freizeit- und Kulturangebote an. Wie ein Interviewter berichtete, wirkt sich die Krise auf die soziale Infrastruktur erst seit 2010 aus. Vorher wurden die Auswirkungen durch Subventionen aufgefangen.



Abb. 20: Stadtteilpark Rabet im Leipziger Osten, Leipzig // Isabella Kohlhaas-Weber

Es wird allerdings befürchtet, dass sich die Auswirkungen der Kürzungen und Einsparungen weiter auswirken. Ein Interviewter ist der Auffassung, dass sich die soziale Spaltung durch die Wirtschaftskrise verschärft wird und das hierbei die bereits benachteiligten Quartier der Stadt am sensibelsten auf die Krise reagieren, weil diese aufgrund der niedrig qualifizierten und oftmals prekär Beschäftigten überproportional betroffen sind (Interview BO 6). Verschärft zeigt sich das in den Quartieren Stahlhausen, Griesenbruch und Goldhamme im Stadtumbaugebiet Westend, diese sind, „was Arbeitseinkommen, Arbeitslosigkeit, alle Negativfaktoren angeht immer die Ersten von unten, so dass sich die Situation dort weiter verschärft hat“ (Interview BO 6).

Die Bedeutung eines Quartiersmanagements in diesen Stadtteilen wird nach wie vor als wichtig erachtet. Denn davon, wie ein Verantwortlicher konstatiert, profitieren alle. Der soziale Frieden, die Zufriedenheit der Bewohner, der interkulturelle Austausch sowie die Kommunikation aller Beteiligten würden durch dessen Einstellung vor Ort zum Teil gefährdet.

„Insofern kann ich mir nur wünschen oder empfehlen oder fordern, dass diese Büros länger am Ball bleiben. Ich denke, wir werden in fünf Jahren nicht die gesamte negative Entwicklung dieser Stadtteile aufgeholt haben. Also da wird man noch einiges machen müssen. Gerade jetzt angesichts der Krise wird sich alles erschweren.“ (Interview BO 6)

Ein weiterer Interviewter merkte an, dass die Bürgerbeteiligung und Aktivierung eine große Rolle spielt. Diese müsse auch in Zukunft idealerweise im Quartier verankert blei-

ben. Gleichzeitig scheiterten aber Maßnahmen in den Stadtumbaugebieten manchmal an kleinen Beträgen.

Eine Expertin beschreibt die Situation in Leipzig wie folgt. Für sie hat die Stadt immer noch mit transformationsbedingten Strukturwandelprozessen zu kämpfen und es bestehe daher noch weiterer Handlungsbedarf. Des Weiteren gibt es laut ihrer Aussage einen sozio-demographischen Wandel mit Polarisierungsprozessen. Einzelne Stadtquartiere entwickelten sich positiv, andere hätten (nach wie vor) einen hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen (siehe Abb. 22). Dort müsse man weiterhin etwas tun, um ein zu großes Ansteigen der Segregation zu vermeiden. Man versuche, die soziale Mischung weiter zu verbessern, damit auch Personen mit geringerem Einkommen in diesen besseren Quartieren leben könnten (Interview L 1). In Leipzig liegen die sozial problematischen Stadtteile wie Volksmarsdorf oder Plagwitz im Wesentlichen direkt östlich sowie westlich der Innenstadt (siehe Abb. 21).

Leipzig ist nach wie vor Empfänger umfangreicher Fördermittel von Bund- und Länderprogrammen, den Geldern aus dem Solidaripakt II sowie aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem EFRE-Programm der EU. Der Wegfall oder das Auslaufen

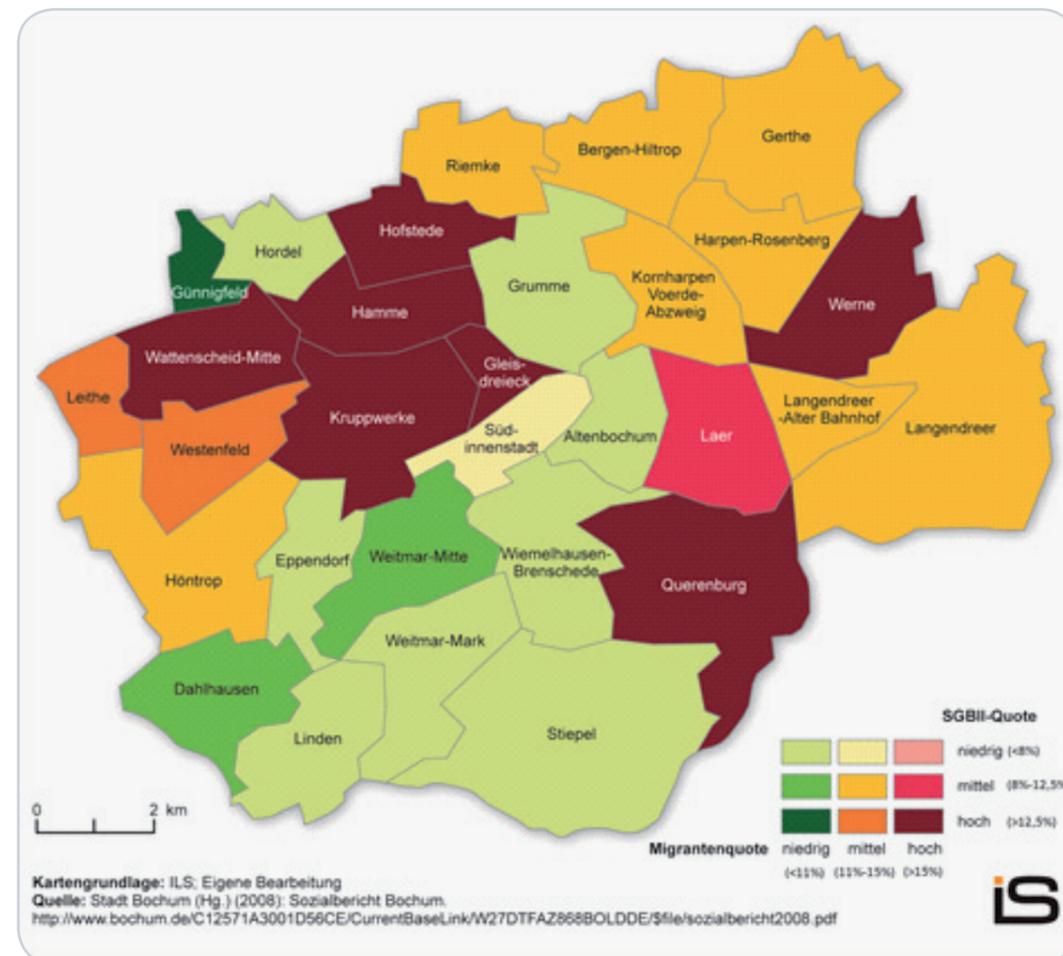


Abb. 21: Sozialräumliche Struktur Bochum

(Phasing-Out) dieser Mittel in naher Zukunft wird als große Herausforderung angesehen. Man befürchtet eine weitere Vertiefung der ungleichen Entwicklung in der Stadt und insbesondere in den benachteiligten Stadtteilen (Interview L 1 und L 3).

Ein weiterer genannter Punkt ist die Gefahr des Wegbrechens des innerstädtischen Zusammenhalts und des Vertrauens der Bevölkerung. Besonders wichtig sei die Verlässlichkeit der Akteure. Wenn sich z.B. Maßnahmen verzögern, könne die vormals zugesagte Unterstützung von Unternehmen unter Umständen wegbrechen und dies wirke sich, laut eines ehemaligen Quartiersmanagers, in Leipzig negativ auf die äußere Wahrnehmung aus und beeinflusse auch die Bereitschaft der Akteure, sich wieder aktiv an Projekten zu beteiligen (Interview L2, L 7 und L8).

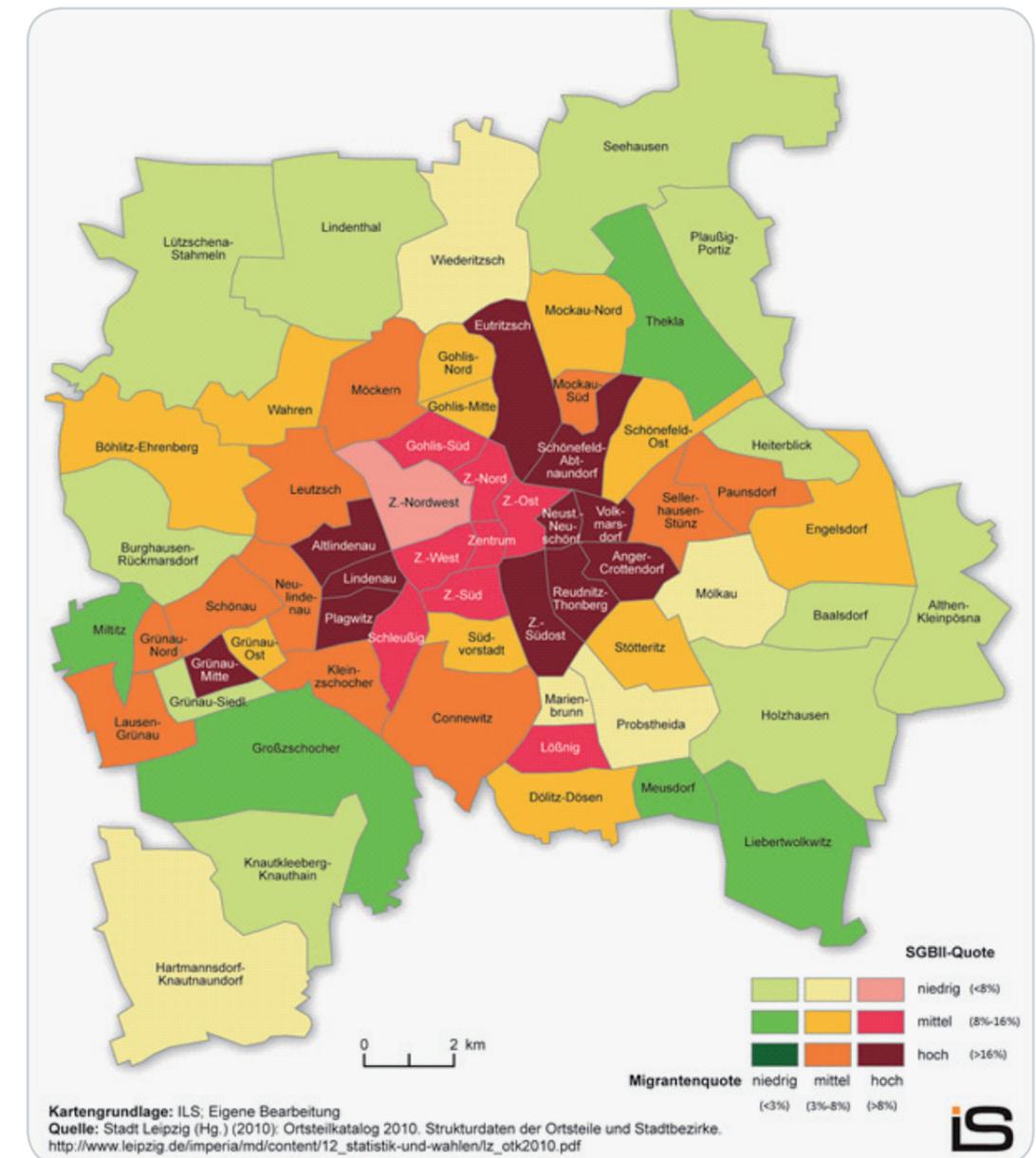


Abb. 22: Sozialräumliche Struktur Leipzig

Zusammenfassung

Soziale Ungleichheiten äußern sich in der Regel auch räumlich in Form von Segregationsmustern. In einigen Stadtteilen konzentrieren sich multiple soziale Problemlagen wie Arbeitslosigkeit, Armut oder geringe Bildungserfolge. Durch die Krise werden diese Tendenzen oft weiter verstärkt oder verfestigt. Diese Entwicklungen können eine weitere Abwärtsspirale in Gang setzen (Heinz 2008: 278).

Das gilt auch für die Untersuchungsstädte. Zu den Gebietskulissen, die besonders von Benachteiligung betroffen sind, gehören einerseits vor allem innenstadtnahe traditionelle Arbeiterquartiere (vgl. Gröpelingen in Bremen, Leipziger Osten und Innenstadt-West in Bochum) und andererseits peripher gelegene Großwohnsiedlungen (vgl. Tenever in Bremen, Grünau in Leipzig, Hustadt in Bochum).

Die Städte reagieren mit Programmen, um diese Gebiete zu stützen und die Zunahme sozialräumlicher Ungleichheiten zu verhindern. Ein Beispiel dafür ist das WIN-Programm in Bremen, welches eigene Landesmittel mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt koppelt. Die Entscheidung darüber, wo die Mittel eingesetzt werden, erfolgt in der Regel über ein Monitoring, wobei die Bedürftigkeit der Stadtteile ausschlaggebend ist. Auch in Leipzig werden die Fördermaßnahmen fortgesetzt, wobei bisherige Erfahrungen und die erfolgreiche Kopplung der verschiedenen Programme hervorzuheben sind.

Obgleich solche gezielten Maßnahmen eine gewisse stützende Wirkung entfalten können, ist das Ausmaß des Erfolgs begrenzt, zumal die Mittel oftmals nicht besonders umfangreich und die Ursachen der Probleme häufig exogenen Ursprungs sind. Laut Goebel et al. (2010) kam es von 2000 bis 2009 zu einer zunehmenden Polarisierung der Einkommen mit negativen sozialräumlichen Folgen innerhalb der großen Städte.

2.5 Förderprogramme

Viele Interviewpartner berichteten von aktuellen Schwierigkeiten bei der Durchführung von Förderprogrammen wie Stadtumbau West/Ost oder Soziale Stadt. Einerseits gibt es das Problem der zeitlichen Verzögerung aufgrund der finanziellen Lage der Städte, andererseits fehlen Eigenmittel zur Beantragung neuer Fördermittel. Der Umfang der bis dato akquirierten Fördermittelsummen ist aber, besonders in Leipzig, beachtlich (siehe Abb. 23). Tab. 1 zeigt, seit wann die Untersuchungsstädte Mittel aus den jeweiligen Städtebauförderungsprogrammen erhalten.

Allerdings kürzte die Bundesregierung die Städtebauförderung für das Jahr 2011 von ca. 495 Mio. Euro (2010) auf 455 Mio. Euro, für das Jahr 2012 findet eine weitere Kürzung auf 410 Mio. Euro statt (Website BMVBS 1). Die Kürzungen betreffen besonders das Programm Soziale Stadt, welches zukünftig mit rund 28,5 Mio. Euro auskommen muss (im Vergleich 2009: 95 Mio. Euro). Durch die Kürzungen wird ein Ausfall von 1,9 Mrd. Euro privater Folgeinvestitionen und 2,5 Mrd. Euro öffentlicher und privater Bauinvestitionen befürchtet (Schwaldt 2010). Darüber hinaus wurde mit dieser Änderung der bisher verfolgte integrierte Ansatz von investiver und nicht-investiver Förderung im Programm Soziale Stadt im Jahr 2011 aufgegeben, wodurch die Flexibilität verringert wird (Zimmer-Hegmann 2011).

In der Vergangenheit war Bremen sehr erfolgreich darin, Fördermittel aus vielfältigen Quellen einzuwerben. Ein Interviewter betont, dass es Bremen besonders gut gelungen ist, vielfältige Förderprogramme national wie international miteinander zu verknüpfen (EFRE, URBAN, ESF, Städtebauförderung etc.). Die Daten in Abb. 23. zeigen, welche Summe die Stadt Bremen allein akquiriert hat.

Sowohl in den letzten Jahren als auch aktuell hat Bremen durch finanzielle Engpässe, die unter anderem auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückgeführt werden, Schwierigkeiten, den benötigten Eigenanteil aufzubringen. Ein Interviewter betont zudem, dass

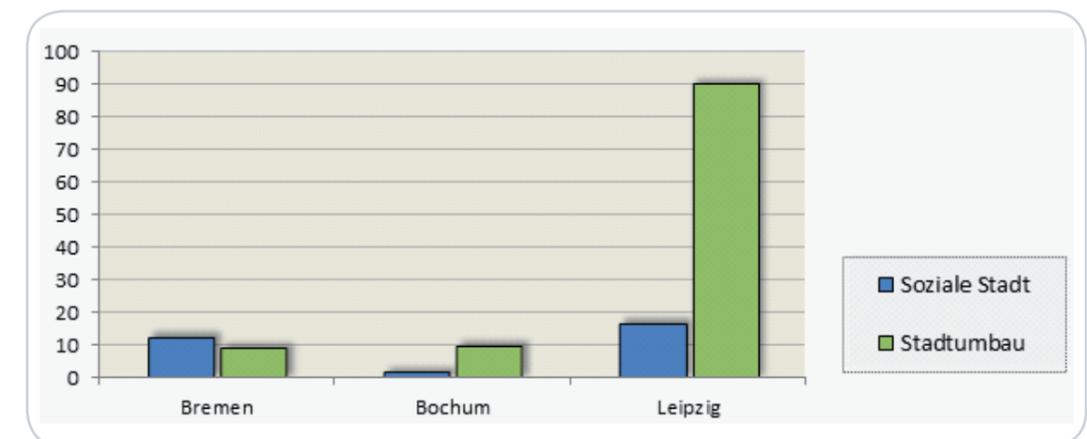


Abb. 23: Fördervolumina der Untersuchungsstädte pro Einwohner (in Euro),
Eigene Darstellung // BBSR 2011, Stand: Anfang 2010

Bremen	1999	2003
Leipzig	1999	2003
Bochum		2006

Tab. 1: Beginn der Programme der Städtebauförderung in den Untersuchungsstädten,
Eigene Darstellung //BBSR 2011

Bremen in der Beantragung von Fördermittel aufgrund seines Stadtstaat-Status zwei Drittel des Eigenanteils übernehmen muss, da die Regelung die zu leistenden Beiträge zu je einem Drittel auf Stadt und Bundesland verteilt. Wie ein Interviewter betont fehle das Geld, weil Bremen an die Grenzen des lokal oder landesweitig Verfügbaren komme (Interview HB 10).

Aufgrund der Haushaltslage in Bochum kommt es immer wieder zu Verzögerungen im Ablauf des Förderprogramms Stadtumbau West in den zwei Fördergebieten. So verzögern sich z.B. Anträge für das „Außenanlagen- und Fassadenprogramm“ um teilweise bis zu einem Jahr. Aufgrund dieser Verzögerungen kommt es laut Aussage der Quartiersmanager zu einem Vertrauensverlust bzgl. der Akzeptanz des Programms. Die Eigentümermobilisierung habe derzeit eine „kleine Delle“ und die Arbeit im Stadtumbaugebiet werde allgemein belastet (Interview BO 3 und BO 5).

Des Weiteren wird auch mit privaten Investitionen gewartet. Damit ist man zögerlicher als noch vor dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise (Interview BO 3). In den ersten zwei Jahren des Stadtumbaus im Westend sei vor der Krise ist sehr viel Positives passiert und deswegen, so ein Interviewter, wäre die Krise nicht ganz so belastend, weil schon bewiesen wurde, dass etwas erreicht wurde (Interview BO 3). Er betont, dass die Situation in dem neueren Stadtumbaugebiet „Hustadt“ anders ist. Denn in der Aufbauphase des Projekts sei die „Krise“ dazwischen gekommen (Interview BO 3). Einige Maßnahmen könnten noch nicht umgesetzt werden, obwohl die Planung durchgeführt wurde. Man hätte „sehr stark anfangen können“. Dabei handelt es sich zum Teil nicht nur um bauliche Maßnahmen, sondern auch um organisatorische Ansätze mit geringem finanziellem Aufwand (Interview BO 5).

Außerdem gebe es weitere Problemgebiete, wie z.B. Wattenscheid in Bochum, die auch klar benannt werden. Dort müsste entweder das Programm Stadtumbau oder Soziale Stadt angewandt werden, allerdings erst nach Abschluss der bestehenden Fördergebiete (Interview BO 5).

So ist es insgesamt nicht möglich, alle sich bietenden Ansätze zur Reduktion soziostruktureller Disparitäten durch die gegebenen Förderprogramme zu nutzen. Dies liegt sowohl in der finanziell angespannten Situation der Kommunen (in Form der Eigenanteile) als auch im Volumen der Förderprogramme selbst begründet. Das Beispiel Bochums zeigt diese Problematik deutlich, da es hier explizit weitere Gebiete gibt, die alle Voraussetzungen für eine Förderung erfüllen, aber durch die Nothaushaltsituation der Stadt erst nach Beendigung der derzeit laufenden Stadtumbauprogramme als weitere Fördergebiete aufgenommen werden können. Hierbei ist jedoch problematisch, dass ein erfolgreicher Abschluss der bestehenden Maßnahmen und die dadurch angestrebte

Aufwertung des Fördergebietes langfristiger Natur sind, sodass eine zeitnahe Neuaufnahme weiterer Gebiete mit ebenfalls ausgeprägtem Handlungsbedarf kurz- und mittelfristig nicht möglich ist.

Auch aus Leipzig wird von Problemen im Zusammenhang mit Förderprogrammen berichtet. Als problematisch werden die Verzögerungen der einzelnen Projekte im Förderzeitraum, die damit einhergehenden Vertrauensverluste und die Auswirkungen auf die Ausführung angesehen. Ein ehemaliger Quartiersmanager im Leipziger Osten bestätigt diese Problematik. Obwohl z.B. ein Förderzeitraum 2007 begonnen hat, wurden die ersten Projekte erst 2009 gestartet. Aufgrund der „verlorenen“ Zeit ist die Vorgabe nun, innerhalb kürzester Zeit möglichst viele Mittel umzusetzen. Die (Re-)Aktivierung der Akteure gestaltete sich aufgrund dieser Verzögerungen als schwierig. Außerdem bleibt deshalb am Anfang weniger Zeit für die eigentliche Umsetzung.

Die oben beschriebene zeitliche Verzögerung des Förderprogramms führe bei den Beteiligten (Bewohner, Träger etc.) zu Frustrationen. Man habe zum einen in dem benachteiligten Gebiet schon länger auf Projekte und Unterstützung gehofft, zum anderen gebe es trotz offizieller Ankündigung wieder Aufschübe. Es sei, wie alle Quartiersmanager in den Untersuchungsstädten berichten, sehr schwer, überhaupt Beteiligung zu generieren und durch kleine Irritationen werde dieses Vertrauen schnell wieder „verspielt“.

Die Maßnahmen im nicht-investiven Bereich sind, wie ein Gesprächspartner betont, sehr wichtig, weil man das gesamte Stadtteilmanagement damit durchführt (Bürgerbeteiligung, Gespräche mit Investoren, Planungen, Diskussionsrunden, Abgleichprozesse, Öffentlichkeitsarbeit etc.). Obwohl man über private Akteure verfüge, benötige man dennoch die Koordination (Beispiel Bülow Viertel in Volkmarsdorf, Georg-Schwarz-Straße in Lindenau), damit der Kontakt nicht verloren ginge. Manche Investoren könnten ein Vielfaches an finanziellen Mitteln in den Stadtteil bringen (Interview L 8). Im Leipziger Westen konnten Vereine und andere Verbände in die Entwicklungen im Stadtteil eingebunden werden (z.B. Bürgerbahnhof Plagwitz, Zwischengrün, Wächterhäuser). Allerdings gebe es weiterhin bestehende Probleme im Leipziger Osten, dort seien neue Strategien und Vernetzungen gefragt. Wichtige Schwerpunktsetzungen seien hier, seiner Meinung nach, im Bereich Arbeit- und Qualifizierung zu setzen. Die Programme BIWAQ¹ und LOS (siehe Kap. 3.3) seien deshalb weiterhin wichtig (Interview L 8).

¹ Bei dem Projekt BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) handelt es sich um ein stadt- und ortsteilbezogenes Arbeitsmarktprogramm des Bundes, welches die übrigen Städtebauförderungsprogramme ergänzen soll. Finanziert wird das Programm durch den ESF und das BMVBS (Website BIWAQ).

Das Thema Eigenmittel wird in der momentanen Situation in Leipzig als schwierig erachtet. Die Aufbringung der Eigenmittel und die Fokussierung auf investive Maßnahmen sind in Leipzig ein wichtiges Thema.

„Insofern kann es sein, dass die Stadtumbaubudgets hier zurückgefahren werden und dass sich die Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik an anderen Aufgaben zuwendet. Da würde ich nicht zwangsläufig sagen, dass das nur ein Budgetproblem ist. Es gibt für die Aufwertungsmaßnahmen die Auflage, nicht nur beim Stadtumbau, dass ein kommunaler Eigenanteil erbracht werden muss. Und dieser ist natürlich, wenn die finanzielle Situation der Kommune schwierig ist, ein besonderes Problem. Dadurch können auch zusätzlich Mittel nicht akquiriert werden, selbst wenn sie zur Verfügung stehen.“ (Interview L 5)

Außerdem sei die Ausrichtung der Förderprogramme durch die Landesregierung ebenfalls ein Problem. Ein Interviewter erklärte, dass gerade in Sachsen eine sehr stark investive Ausrichtung stattfände und dass Prozesse wie die Netzwerkbildung, Bürgeraktivierung, also „weiche“ Maßnahmen, etwas behindert würden. Diese Maßnahmen müssten dann aus den normalen Haushaltsmitteln bestritten werden, was allerdings nur schwer möglich wäre, weil die Mittel dazu fehlten (Interview L 2).

Wie oben beschrieben werden in naher Zukunft Fördermittel auslaufen. Mehrere Gesprächspartner wiesen auf die Tragweite dieser Tatsache hin. Das Auslaufen des Solidarpakt II und der Europäischen Förderung, so ein Interviewter, würde Leipzig am stärksten betreffen. Er mutmaßte, dass noch bis 2013 Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden könnten.

„[...] Seitdem die Kommunen in Ostdeutschland aufgebaut sind, haben die nur mit Förderung gelebt. Wir haben immer nur über Förderung gesprochen. Jetzt andere Wege zu gehen, wird schwer. [...] Wir haben als Kommune bis zu 90 % Förderung. [...] Die 90 % sind Sondermaßnahmen. Trotzdem haben wir einen sehr geringen Eigenanteil. Und der Eigenanteil wird bestimmt auf über 50 % steigen.“ (Interview L 3)

Zusammenfassung

Die Städtebauförderung ist nach wie vor ein wichtiges Instrument der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland. Allerdings wird auch schon seit Jahren über eine Anpassung der Programme diskutiert. Die Kürzungen für das Förderjahr 2011 lösten eine neuerliche Debatte über die Zukunft der Städtebauförderung aus.

Es zeigt sich, dass die Untersuchungsstädte immer größere Probleme haben, die notwendigen Eigenanteile aufgrund der prekären Haushaltssituation aufzubringen. Des Weiteren kommt es zusätzlich zu Verzögerungen in den laufenden bzw. anlaufenden Programmen, diese Verspätungen führen ebenfalls zu Schwierigkeiten in den Programmgebieten. Folgen sind Vertrauensverlust der Bevölkerung und der anderen Akteure bis hin zur Ablehnung oder nur teilweisen Durchführung der geplanten Maßnahmen. Darüber hinaus können Stadtteile mit zum Teil großem Förderbedarf häufig nicht mehr als Programmgebiet aufgenommen werden, weil die Mittel fehlen. Somit verstärken sich die Problemlagen in anderen Stadtteilen weiter. Betont wird auch, dass die sogenannten nicht-investiven Mittel sehr wichtig für die Arbeit in den benachteiligten Gebieten sind, die Interviewten sprechen sich für den Erhalt und die Aufstockung der Städtebauförderung und insbesondere des Programms Soziale Stadt aus, welches besonders von den Kürzungen betroffen ist.

In Ostdeutschland gehört Leipzig zu den Regionen im sog. Phasing-Out, wodurch die EU-Fördermittel stark reduziert werden. Außerdem laufen die Mittel aus dem Solidarpakt II aus. Dies stellt die neuen Länder und die Stadt Leipzig vor zusätzliche Herausforderungen, da fundierten Lösungsansätze bisher erkennbar sind. Interviews ergaben, dass die Verantwortlichen sich der Herausforderungen bewusst sind, dass aber gleichzeitig (noch) wenig Dynamik in der Bewältigung dieses Problems sichtbar wird.

Seit Beginn der Programme Stadtumbau Ost/West und Soziale Stadt haben alle Untersuchungsstädte, aber besonders Bremen und Leipzig, viele Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Aufgrund dieser Projekte konnten viele Stadtteile und Quartiere aufgewertet und nachhaltig abgesichert werden (BMVBS 2008, Böhme/Franke 2011).

Die Programme der Städtebauförderung konnten über die Förderung hinaus weitere Investitionen in den Stadtteilen auslösen. So konnten, wie auch Zimmer-Hegmann (2011: 34) betont, Synergieeffekte erzielt und insbesondere durch integrierte Projekte deutliche Zeichen gesetzt werden. Dennoch wird immer wieder betont, dass Programme wie „Soziale Stadt“ oder Stadtumbau keine grundlegenden Probleme auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (Arbeitslosigkeit, Armut etc.) lösen können. Fachleute argumentieren, dass die Programme idealerweise durch eine Schwerpunktsetzung auf das Thema Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erweitert werden könnten (Interview L 8, HB 4, HB 9 und L 8).

3. Reaktionen der Untersuchungsstädte

Die Untersuchungsstädte haben lange vor dem Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die mit dem Strukturwandel einhergehenden Probleme reagiert. Dabei haben sie zum Teil ihre Wirtschaftsstruktur umgebaut und eine Reihe von Ansätzen und Projekten umgesetzt. Häufig wurden diese Maßnahmen durch übergeordnete Stadtentwicklungsstrategien geleitet. In der ersten Phase des Weak Market Cities-Projektes konnten dazu umfangreiche Erkenntnisse zusammengetragen werden (Power et al. 2010). Dieses Kapitel widmet sich den Reaktionen auf die aktuelle Krise in den Untersuchungsstädten. In vielen Fällen ist eine trennscharfe Abgrenzung zu früheren, bereits eingeleiteten Maßnahmen allerdings nicht möglich.

3.1 Strategien

In den Untersuchungsstädten wurden in der Vergangenheit Strategien als Grundlage für die mittel- und langfristige Ausrichtung der einzelnen Entwicklungsmaßnahmen und Projekte ausgearbeitet. Die jeweilige Schwerpunktsetzung und Ausrichtung reflektieren in der Regel die Felder mit dringlichem Handlungsbedarf; z.B. die Bereiche Wohnungslieferstand und Unternehmensansiedlung in Leipzig oder die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur mit Fokus auf Hochtechnologie-Bereiche sowie den sozialen Ausgleich in Bremen. Auch wenn die aktuellen Anstrengungen zur Krisenbewältigung unter Umständen weniger auf solche ausformulierten Ausrichtungen zurück zu führen sind, bleiben die Strategien als Richtlinie des politischen und des Verwaltungshandelns in den untersuchten Städten von Bedeutung.

Noch während der Krise hat die Stadt Bremen zwischen 2008 und 2009 ein neues Leitbild „Bremen! Lebenswert - Urban - Vernetzt“ entwickelt (Der Senator für Umwelt 2009), um die Grundlage für die zukünftige Schwerpunktsetzung zu legen. Das Leitbild, welches für den Zeitraum bis 2020 gilt, resultiert aus einem mehrstufigen Diskussionsprozesses mit Institutionen, Fachleuten und engagierten Bürgern unter Federführung des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa. Ziel ist es, Bremen als lebenswerte, soziale und wirtschaftsfreundliche Stadt zu präsentieren und dieses Image durch eine Reihe von Projekten zu untermauern. Folgende Handlungsschwerpunkte werden darin ausgewiesen:

- Vitale Quartiere: Das Thema Lebensqualität wird in den Vordergrund gestellt.
- Innovative und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung: Dabei werden bisherigen Schwerpunktsetzungen z.B. im Bereich Hochtechnologie und diesbezügliche Standortentwicklungen wie der Technologie-Park fortgesetzt.
- Bildungs- und Wissenschaftsoffensive: Die bereits in den 1980 Jahren eingeleitete Fokussierung auf diese Bereiche wird fortgesetzt.
- Klimafreundliches Bremen: In diesem Bereich versucht sich die Stadt seit einiger Zeit stärker zu profilieren. Ergänzt wird dies durch die Schwerpunktsetzungen der Wirtschaftsförderung im Bereich Windenergie.
- Räumliche Qualitäten: Darunter fällt unter anderem auch, Anreize für eine Erhöhung der innerstädtischen Bevölkerung zu schaffen.

- Die Bürgerstadt Bremen ausbauen: Die Erhöhung der Bürgerbeteiligung und die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements wird derzeit vielerorts vorangetrieben.
- Marketing, Image und Werbung

Laut der beteiligten Akteure solle nicht nur „ein Stück Papier beschrieben“, sondern innerhalb der Schwerpunktthemen konkrete Handlungsfelder definiert werden, die sich in regelmäßigen Abständen evaluieren lassen (Interview HB 9).

Momentan wird noch an der räumlichen Konkretisierung des Leitbildes gearbeitet. Von den Verantwortlichen wurde auch betont, dass es wichtig ist, klare Ziele zu formulieren. Ein ausgewiesenes Ziel ist es, die sozialräumliche Polarisierung zu reduzieren. Dazu soll der Abstand zwischen den zehn wohlhabendsten und den zehn am stärksten benachteiligten Stadtteilen verringert werden. Stadtteile mit einer besonders hohen Konzentration von Problemlagen wie Gröpelingen oder Osterholz-Tenever sollen aufgewertet werden. Mögliche Handlungsfelder in diesen Stadtteilen sind z.B. die Stärkung der lokalen Ökonomie oder die Bereitstellung sozialer Infrastrukturen. Zur Operationalisierung und Auswahl der Stadtteile wird momentan ein Benachteiligungsindex erarbeitet, der auf das Monitoring auf Quartiersebene aufbaut¹. Das Monitoring wird von den Verantwortlichen als ein wichtiges Instrument zur Identifizierung von Problemlagen und Herausarbeitung von Entwicklungsprozessen bezeichnet. Es ermögliche zudem den gezielten Fördermitteleinsatz (Interview HB 9).

Aufgrund der angespannten Haushaltssituation und der Sparauflagen von Seiten des Bundes ist die Stadt Bremen gezwungen, die Kapazitäten zu bündeln, Prioritäten zu setzen und innerhalb der Verwaltung effizientere Vorgänge einzuführen. Ein Interviewter führt weiter aus:

„[...] Es ist auch ein gewisser Zwang zur Innovation da. Wir versuchen, das über die Mechanismen Stadtteile und Gegenstromprinzip und das Zusammendenken der Ressorttöpfe ein bisschen zu fördern [...].“ (Interview HB 9)

Bei der Umsetzung kommt seit Kurzem ein ressortübergreifendes Vorgehen zum Einsatz. Als erster Schritt wurde daher versucht, den Informationsfluss und die Transparenz zwischen den Fachressorts, den Stadtteilen und dem Senat herzustellen. Zum einen sind die Ressorts berichtspflichtig. Zum anderen werden Stadtteilberichte angefertigt, die einen Überblick darüber geben, was vor Ort jeweils unternommen wird. Auf diese

¹ Zu erwähnen ist, dass auch in den weiteren europäischen Untersuchungsstädten in der jüngeren Vergangenheit Monitoring-Instrumente aufgebaut wurden. So verfügt Sheffield z.B. über das „Sheffield Neighbourhood Information System“, welches 2004 im Rahmen einer „Neighbourhood Regeneration Strategy“ eingeführt wurde. Ziel ist es, die Entwicklungen in den Quartieren zu messen und eine Grundlage bei der Entscheidungsfindung für neue Projekte anzubieten. Wie in Bremen wird auf der Nachbarschaftsebene mit Hilfe von „Area Panels“ versucht, die Bewohner für den „Umbau“ zu aktivieren. So wird z.B. über die Verteilung eines Teils der Fördergelder selbständig auf Nachbarschaftsebene entschieden („Local Action Plan“).

Weise, so ein Fachmann, könne die sozialräumliche Perspektive geschärft werden und genauer auf die spezifischen Probleme des jeweiligen Stadtteils eingegangen werden. Dadurch erhalte man z.B. einen Überblick über die Investitionen von Trägervereinen im Stadtteil. Vorgesehen ist weiterhin, verstärkt mit den Anwohnern ins Gespräch zu kommen, um die Bedürfnisse vor Ort besser zu erfassen. Die Rückmeldungen bisher ergaben, dass die Berichte momentan noch eher beschreibend sind, man aber damit rechnen, dass mit der Zeit mehr Aktionen und Zielvereinbarungen genannt werden. Die Stadtteilebene ist noch nicht „richtig aufgestellt“ und man müsse sich „auch noch etwas von der Ressortebene loslösen“ (Interview HB 9).

Um das Leitbild noch weiter zu vertiefen, haben die Verantwortlichen in Bremen ein strategisches Handlungskonzept erarbeitet. Als Beispielquartiere wurden zunächst die benachteiligten Stadtteile Gröpelingen und Walle ausgewählt. Dazu sollen die Arbeit am Leitbild, das Förderprogramm „Lernen vor Ort“ (LOS), die Stadtteilberichte sowie die Erfahrungen aus „Koopstadt“² („Koopstadt- Neupositionierung der Stadtentwicklungspolitik. Bremen, Nürnberg, Leipzig“ im Rahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik“) miteinander verbunden werden. Ziel ist es, den Mitteleinsatz auf Stadtteilebene effektiver zu gestalten und die Ausgestaltung der Maßnahmen zu verbessern (Interview HB 9). Im Vordergrund stehen dabei die Arbeitsfelder Talente (Qualifizierung); Wirtschaft (endogenes Potenzial stärken, u.a. lokale/ethnische Ökonomie); Nachbarschaft, Quartier und Stadtteil (ähnliche Ansätze wie Soziale Stadt und WIN) und Bürgerstadt/Governance (Stadtteilhaushalte, Beteiligung).

Die Gesprächspartner in Bremen betonten die gute Einbindung in Netzwerke, denen eine wichtige Rolle beim Austausch von Ideen und Handlungsansätzen zukomme - gerade bei der Überwindung von Strukturproblemen. Bremen ist an verschiedenen Netzwerken und Kooperationen beteiligt. Zu nennen sind hier unter anderem das Projekt „Koopstadt“. Zudem wurde die Bedeutung des Faktors Leadership für Bremen betont: „In vielen Großstädten, die sich erfolgreich auf den Weg gemacht haben, gab es so etwas wie eine Modernisierungskoalition, die sich aus bestimmten Leuten aus der Politik, bestimmten Unternehmen und zentralen Personen aus den Ressorts zusammengesetzt hat und die bestimmte Sachen angeschoben und auch gegen Widerstände durchgesetzt haben.“ (Interview HB 6)

In Bochum wurde 2004 ein räumliches Entwicklungskonzept mit dem Namen „Bochum 2015“ entwickelt (Stadt Bochum 2004), welches langfristige strategische Leitlinien der Entwicklung vorgibt und Aussagen zu Fachplanungen wie Verkehr, Einzelhandel, Wohnen und Freiraum enthält. Darüber hinaus führt die Stadt eine integrierte Stadtentwicklungsplanung durch. Von Seiten der Stadtplanung wurden bereits vor der Krise einige Masterpläne zur Aufwertung städtischer Teilgebiete bzw. zur Umsetzung bestimmter Entwicklungsprojekte erstellt (z.B. Masterplan Universitäts-Stadt, Viktoriaquartier). Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht derzeit die Erstellung eines Masterplans für den Bereich Einzelhandel und Entertainment (Interview BO 5).

² Bei Koopstadt handelt es sich um ein vom BMVBS gefördertes Modellprojekt. Ziel ist es, den Austausch und die Kooperation der beteiligten Städte Bremen, Leipzig und Nürnberg bezüglich einer integrierten Stadtentwicklungspolitik zu optimieren (Website Koopstadt).

Bei der Erstellung von Masterplänen konnte die Stadt zum Teil auf eine Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum zurückgreifen. Aufgrund mangelnder finanzieller Mittel können allerdings nicht alle Masterpläne umgesetzt werden, einige wurden daher praktisch „auf Vorrat“ erstellt, in der Hoffnung, sie bei Verfügbarkeit der notwendigen Mittel noch umsetzen zu können. Zum Teil konnte die Umsetzung der Masterpläne durch private Investoren vorfinanziert werden. Die folgende Aussage eines Mitarbeiters der Stadt Bochum verdeutlicht die Bedeutung einer strategischen Ausrichtung inklusive der Aufstellung von Masterplänen:

„Was kann eine Stadt tun, wenn sie sparen muss und deshalb gar nicht mehr formulieren kann, wie die Zukunft aussehen soll.“ (Interview BO 5)

Leipzig hat im Mai 2009 das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept“ (SEKo) beschlossen (Stadt Leipzig 2009). Ziel ist es, großräumige, strategische Planungen auf der Ebene der Gesamtstadt für die Zukunft zu erreichen und nachhaltig abzusichern. Dabei liegt der Schwerpunkt auf einigen Stadtgebieten mit besonderem Handlungsbedarf. Eine Herausforderung bei der Umsetzung ist die unzureichende Finanzausstattung des Haushalts. Ein Fokus liegt daher auf der Reduzierung der kommunalen Eigenanteile. Das kann z.B. über bessere Förderquoten oder den verstärkten Ersatz der Eigenmittel durch Drittmittel erreicht werden. Das SEKo basiert auf folgenden Handlungsleitlinien: von der sektoralen Planung hin zu integrativen Konzepten, Nachfrageorientierung, Prioritätensetzung, Umsetzungsorientierung sowie Monitoring und Evaluation. Ein wichtiger Bestandteil des SEKos ist zudem die Bürgerbeteiligung und die Einbindung von relevanten Akteuren. Die Notwendigkeit von Vorgaben wie der Prioritätensetzung wird vom Planungsamt verdeutlicht:

„Also bei den Handlungsmöglichkeiten würde man aus Sicht des Stadtentwicklungskonzeptes mit dem Hintergedanken der Leipzig Charta natürlich sagen, dass man Prioritäten setzen muss: Das interdisziplinäre Arbeiten, Prioritäten setzen und formulieren, sowohl Chancen nutzen als auch Herausforderungen angehen, Potenziale suchen und diese stärken. Es gibt immer diesen Satz Stärken stärken und Schwächen schwächen [...]. Ein wichtiger Part ist natürlich auch zu sehen, wie man weitere Akteure mit einbinden kann.“ (Interview L 1)

Die Fachkonzepte umfassen folgende Bereiche: Wohnen, Wirtschaft- und Beschäftigung, Freiraum, Umwelt, Bildungslandschaft, Soziales und Kultur, Zentren, Verkehr- und Infrastruktur, Denkmal und Sport. Diese Fachkonzepte werden in einer ersten Stufe bearbeitet. Im Anschluss erfolgt eine Finanzoptimierung („Financial Engineering“) (Heinig 2010) zur Umsetzung einer langfristigen Investitionsplanung, einer Kopplung von Fördermitteln und einer Optimierung der Fördermittelbeantragung.

Unterstützend wirkt dabei das bereits Mitte der 1990 Jahre eingeführte Monitoring der Stadt Leipzig. Dieses Instrument ist ein wichtiger Bestandteil der Kostenkontrolle und umfasst die Bereiche Wohnungsmarkt, Einzelhandel, Gewerbeflächen und Stadtumbau.

Zusammenfassung

In den Städten werden auch weiterhin Strategien oder Leitbilder als Richtlinie des städtischen Handelns verwendet. Als Grundlage dient hier meist die Leipzig Charta der Integrierten Stadtentwicklungsplanung. Diese konzeptionelle Steuerung von Stadtentwicklung hat wieder an Bedeutung gewonnen (Scholz/Meyer 2010). Zum Teil behalten bereits vor einigen Jahren formulierte Strategien weiterhin Gültigkeit. Es werden aber auch neue Strategien verfasst, die dann mit sektoralen Konzepten (Wohnen, Einzelhandel etc.) ergänzt werden, deren Schwerpunktsetzung variiert.

In Bremen wurde ein viele Themenbereiche umfassendes neues Leitbild erarbeitet, bei dem der Gedanke der Standortstärkung als wichtiges Ziel im Hintergrund fungiert. Flankierend wird im Rahmen der Kooperation „Koopstadt“ an neuen Konzepten und der Umsetzung des Leitbildes gearbeitet. Außerdem gibt es eine weitere Vertiefung der Untersuchungen auf der Stadtebene. Bremen setzt mehr auf die Eigenverantwortung und Bestimmung bei Budgetfragen auf der Stadtebene, so wie man es mit dem Programm WIN bereits seit Jahren erfolgreich durchführt.

In Leipzig geht es vor allem um planerische Aspekte und darum, wie auf die zukünftige Ressourcenknappheit adäquat reagiert werden kann. In der „Strategiewerkstatt“ im Leipziger Osten wurden diese Themen diskutiert und es wurde überlegt, wie man den Stadtteil nachhaltig absichern kann, wenn die Fördermittel auslaufen. Eine weitere Frage, mit der sich Leipzig beschäftigt, ist die finanzielle Ausstattung und die Erschließung neuer Finanzinstrumente wie z.B. über revolving Fonds. Es werden Wege gesucht, Akteure außerhalb der Verwaltung mit einzubinden (z.B. über die Stärkung partizipativer Ansätze). Ansätze, so die Maßgabe, sollten integriert und ressortübergreifend sein.

Bochum konzentriert sich darauf, für die Stadt wichtige Themenbereiche umzusetzen, auch wenn die finanziellen Voraussetzungen die Umsetzung zum Teil erschweren. Gerade im Wettbewerb um Unternehmen und Hochqualifizierte hat Bochum die Wohn- und Aufenthaltsqualität der Bochumer Innenstadt als Priorität erkannt und setzt Maßnahmen um bzw. erarbeitet entsprechend Masterpläne für die Umsetzung.

Im Zeichen der immer schwieriger werdenden Haushaltslage, wie man sie in den strukturschwachen Städten und Gemeinden vorfindet, gilt es, weiterhin Prioritäten zu setzen und Strategien in der integrierten Stadtentwicklungsplanung zu entwickeln. Der nationale und internationale Standortwettbewerb um (Hoch-) Qualifizierte und Unternehmen lenkt die Aufmerksamkeit dabei auf bestimmte Faktoren wie Wohn- und Lebensqualität, Bildung, Qualifizierung und hochwertige Arbeitsplätze, aber auch Erholungs- und Freizeitqualitäten. Diese Tendenz lässt sich auch bei den Weak Market Cities erkennen, aber gerade hier haben einige Städte besonderen Nachholbedarf. Der Aufbau einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur mit ausreichendem Stellenangebot ist ein langfristiges Ziel, wie unsere Beispiele zeigen.

Als ein weiterer wichtiger Punkt kristallisiert sich die Bürgerbeteiligung und die Fokussierung auf die Quartiersebene heraus, gerade nach der Diskussion um den Bahnhofneubau in Stuttgart, aber auch aufgrund der Erfahrungen, die in den Städte im Rahmen von Förderprogrammen gemacht wurden (WIN, Soziale Stadt etc.).

3.2 Klimaschutz und -anpassung in der Stadtentwicklung

Das Jahr 2011 wurde stark von Diskussionen über Klimawandel, Klimaschutz und -anpassung und die zukünftige Energieversorgung geprägt, nicht zuletzt aufgrund der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima. Der von der Bundesregierung beschlossene, vorgezogene Atomausstieg im Juni 2011 dieses Jahres und die „Energiewende“, also die Umstellung auf erneuerbare Energien, stellen die Städte vor neue Herausforderungen, eröffnen aber auch Chancen. Die Umweltbranche gilt als Wachstumsbranche. So steigen sowohl die Zahl der Arbeitsplätze als auch der Umsatz im Bereich der „green economy“ kontinuierlich an.

Aber auch schon zuvor ist das Thema aufgrund der gestiegenen Energiekosten und der wachsenden Umwelt-, finanziellen und gesundheitlichen Belastungen durch den Klimawandel seit einigen Jahren verstärkt in den Fokus der (Fach-) Öffentlichkeit getreten. Städte werden durch diese Herausforderungen und Auswirkungen in erheblichem Umfang betroffen (u.a. Schadstoffbelastungen, Überhitzung). Das Thema Energieeffizienz beinhaltet zudem eine soziale Komponente, da steigende Kosten für einige Teile der Gesellschaft ein Armutsrisiko bergen. So leiden rund 4 Mio. sozial schwächer gestellte Haushalte in Großbritannien zunehmend unter der sogenannten „fuel poverty“ (Department of Social Development, o.J., Hills 2011:7). In Deutschland liegt die Zahl bei rund 800.000 Haushalten (Verbraucherzentrale Bundesverband 2008).

Auf Ebene der EU wurden Gesetze verabschiedet, die z.B. strengere Auflagen beim Thema Energieeffizienz (Gebäude, Produktion) vorgeben. Auf Bundesebene wurden zahlreiche Gesetze verabschiedet, die z.B. den Ausbau von Erneuerbaren Energien (EEG: Erneuerbare Energien Gesetz) erleichtern, oder die Energieeffizienz von Gebäuden im Fokus haben (EnEV: Energieeinsparverordnung, EEWärmeG: Erneuerbare Energien Wärme Gesetz). Unterstützt wird die Entwicklung finanziell zum Teil durch Maßnahmen der KfW Förderbank oder durch Förderungen der Bundesregierung. Anhand immer umfassenderer Novellierungen der Vorgaben und z.B. der angestrebten Anpassung des Baugesetzbuches hin zur „klimagerechten Stadtentwicklung“ (Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL 2011) wird auch von Seiten der Stadtentwicklung die Hinwendung zum Klimaschutz deutlich. Das trifft auch auf die Untersuchungsstädte zu.

Hinzu kommt, dass den Städten und Gemeinden aus dem Konjunkturpaket umfangreiche Mittel für die (energetische) Sanierung von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen oder Kindergärten zur Verfügung standen. Das Thema (Elektro-) Mobilität ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der klimagerechten Stadtentwicklung. Hier wird an neuen Konzepten und Strategien gearbeitet.

Auch Bremen beschäftigt sich mit der klimagerechten Stadtentwicklung. Dieser ist auch Teil des Leitbildes 2020. Dort werden Handlungsfelder beschrieben und z.B. folgende Zielsetzungen genannt:

- Bremen beabsichtigt, bis 2020 den CO₂-Ausstoß um 40 % zu senken.
- Die Hälfte der Bremer Haushalte soll mit regenerativen Energien versorgt werden.
- Bis 2014 soll in Zusammenarbeit mit der Metropolregion eine regionale Klimaanpassungsstrategie vereinbart werden, deren wesentlichen Punkte bis 2020 erfüllt sein sollen.

Im Bereich Mobilität werden nachhaltige Formen gefördert. So wird der ÖPNV ausgebaut und auf umweltfreundliche Fahrzeuge umgestellt. Außerdem werden Car Sharing-Modelle vorangetrieben. Zudem ist Bremen zusammen mit Oldenburg eine „Modellregion Elektromobilität“ des BMVBS geworden. Entscheidend für den Zuschlag war dabei jedoch nicht die Hinwendung zur Hochtechnologie, sondern das hohe Pendleraufkommen (Interview HB 1). Es soll unter anderem untersucht werden, wie man beispielsweise den öffentlichen Nahverkehr mit Park & Ride-Angeboten für Elektro-Fahrzeuge verknüpfen kann. Außerdem wurde ein Personal Mobility Centre (PMC) eingerichtet, welches als Anlaufstelle und Kompetenzzentrum für das Thema Elektromobilität für die Region fungiert (Website BMVBS 3).

Eine 2009 verabschiedete Richtlinie sieht für öffentliche Gebäude vor, dass Sanierungen nach Niedrigenergiestandard und Neubauten nach Passivhausstandard zu erfolgen haben.

Aus Sicht der Wirtschaft ist der Sektor der Umwelttechnologien von besonderer Bedeutung. Hierbei spielt vor allem in Bremen insbesondere der Bereich (Offshore-) Windenergieanlagenbau eine zentrale Rolle (siehe Kap. 3.4).

Bochum beschäftigt sich seit längerer Zeit mit dem Klima- und Umweltschutz in der Stadtplanung und verfügt über umfangreiche Erfahrung auf diesem Gebiet. Trotz der – vor allem finanziellen – Einschränkungen im Zuge der Krise wird das Vorantreiben dieses Bereichs aus Sicht der Stadtverwaltung als äußerst wichtig angesehen:

„Man sollte es irgendwie schaffen, dass Klimaschutz [...] zu einer Pflichtaufgabe wird und nicht mehr darüber diskutiert wird, ob man das überhaupt machen muss.“ (Interview BO 4)

Die Tätigkeiten in dem Bereich umfassen die Teilnahme an Wettbewerben, Netzwerken und das Durchführen konkreter Klimaschutzprojekte. Die Stadtwerke Bochum sind in die Arbeit mit eingebunden und finanzieren eine Reihe von Projekten (Solardachkataster, Thermographie etc.). Bochum ist seit Jahren Mitglied des Klimabündnisses und Gewinner im Wettbewerb European Energy Award. Die Stadt nimmt außerdem am Projekt effizient mobil – dem Modellprojekt zum kommunalen Mobilitätsmanagement der Deutschen Energie Agentur (DENA) – teil.

Hervorzuheben ist unter anderem die energetische Sanierung des Wohnungsbaubestands im Stadtumbaugebiet West im Bochumer Westend, das sogenannte „Außenanlagen- und Fassadenprogramm“. Das Programm wird im Rahmen des Stadtumbauprogrammes mit der Unterstützung von Stadt, Umwelt- und Grünflächenamt, Sparkasse und Verbraucherzentrale durchgeführt (siehe Kap. 3.5). Es hat den Vorteil, dass durch die Förderung ein Vielfaches an zusätzlichen Investitionen ausgelöst werden, da die Eigentümer ermutigt werden, weitere energetische Umbaumaßnahmen durchzuführen. Um eine nachhaltige Klimaschutz- und anpassung zu ermöglichen, wurde ein „Klimaschutzkonzept“ für Bochum erarbeitet. In dem Konzept wurden Schwerpunkte und Ziele herausgearbeitet, mit denen sich Bochum in der Zukunft beschäftigen wird. Dazu gehört die CO₂-Minderung und die Energieerzeugung (Fokus auf Blockheizkraftwerke) sowie die Energieeinsparungen im öffentlichen und privaten Haushalten (IFEU 2002).

Im Rahmen der Förderung durch das Konjunkturpaket II (energetische Sanierungen öffentlicher Gebäude) konnten in Bochum einige Projekte umgesetzt werden (Schule in Griesenbruch etc.).

Verdeutlicht wird der Ansatz der klimagerechten Stadtentwicklung durch die Teilnahme am Wettbewerb Innovation City, anhand dessen eine Auseinandersetzung mit den drei wichtigsten Klimaschutzthemen in urbanen Räumen erfolgt: Energieeffizienz, Energieproduktion und Mobilität. Projektträger ist der Initiativkreis Ruhr, eine Vereinigung großer regionaler Unternehmen. Das Projekt InnovationCity soll bis zum Jahr 2020 laufen. Im Projektverlauf sollen bis zu 2,5 Mrd. Euro an Fördermitteln und privaten Investitionen aufgebracht werden. Ziel ist die Halbierung der CO₂-Emissionen. Am Wettbewerb konnten Städte und Stadtteile aus dem Regionalverband Ruhr (RVR) teilnehmen, Bochum erreichte die Endrunde der letzten fünf. Sieger wurde schließlich Bottrop (Innovation City Ruhr 2010). Das Innovation City Ruhr Netzwerk wird als Städtenetzwerk weitergeführt werden.

In der Bochumer Stadtverwaltung besteht Einigkeit darüber, dass die im Rahmen der Bewerbung erarbeiteten Konzepte und Strategien trotzdem umgesetzt werden sollen. Die starke Kapazitätsbindung durch das Projekt ist auch deshalb so wichtig, da man sich davon Multiplikatoreffekte erhofft - trotzdem ist die Personal- und Ressourcenausstattung begrenzt. Über den weiteren Austausch mit anderen Städten erhofft man sich vor allem Wissenstransfer über neue Instrumente bis hin zu zukünftigen Kooperationen. Denn eine Auseinandersetzung mit diesen Themen sei wichtig, so meinen die Verantwortlichen, um den Herausforderungen frühzeitig zu begegnen.

„[...] Kooperationen finden themenabhängig im Ruhrgebiet sehr intensiv statt. Die Bereitschaft der Kommunen ist sehr hoch, da ihnen auch bewusst ist, dass sie zukünftig mit den gleichen Problemen konfrontiert werden. In der praktischen Arbeit ist der Kooperationswille deutlich höher, als das in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Deswegen auch das Projekt Low Carbon Ruhr¹ Es hätte keine Stadt was davon, wenn sie das alleine machen würden.“ (Interview BO 2)

Ein weiterer Befragter sagte, dass die Beschäftigung mit dem Thema der Stadt Wettbewerbsvorteile verschafft und mit einer Steigerung der Lebensqualität und einer Standortbindung für die Bevölkerung einhergeht:

„[...] wir wollen, dass die Menschen in dieser Innovation City [...] leben und sich wohl fühlen und da gar nicht mehr weg, eher noch hinziehen wollen. [...] Wir sind ja nicht nur darauf aus, CO₂ zu sparen und unsere Häuser ‚dicht‘ zu machen. Es geht bei dem Projekt ja um viel mehr. Um eine grüne Stadt [...] und die bürgerfreundliche Anwendung von modernen Techniken.“ (Interview BO 4)

¹ Ursprünglicher Name des Projektes, dessen Ziel es war, ein Konzept zur Reduzierung von Kohlendioxid für das gesamte Ruhrgebiet zu entwickeln (Wels 2009).

Nachdem der Wettbewerb entschieden war, stellte eine Arbeitsgruppe in Bochum eine Prioritätenliste mit konkreten Zielen auf. Folgende Projekte und Themenschwerpunkte sollen in Zukunft umgesetzt bzw. bearbeitet werden:

1. Klimaanpassung, komplettes Stadtgebiet Bochum: naturnahe Wasserwirtschaft etc.;
2. Integrierte Wärmenutzung für das Innovation City Gebiet in Bochum;
3. Klimagerechte Mobilität.

Als wichtigste Impulse des Innovation City Wettbewerbs wurden von einem Verantwortlichen folgende Punkte genannt.

- Ausbau der Datenlage (u.a. GIS, Gebäudesanierung);
- Erstellung von Klimaschutzteilkonzepten; Ein Antrag für eine Förderung durch Bundesumweltministerium ist gestellt worden (Website BMU);
- Verstärkung und Intensivierung der Kooperation mit externen Partnern;
- Ziel, Umwelt- und Klimaschutz als „Marke“ für das Ruhrgebiet auszubauen; Wettbewerb zu Innovation City Ruhr als Auftakt für eine intensivere regionale Zusammenarbeit.

Die Stadt Leipzig verfolgt neben der CO₂-Reduzierung im Gebäudebestand vor allem den Ausbau des ÖPNV-Netzes. Hierzu wird ein Klimaschutzkonzept erarbeitet und fortgeschrieben. Die Stadt ist Mitglied beim Klimabündnis und nimmt sowohl am Wettbewerb European Energy Award und am Projekt „effizient mobil“ teil. Außerdem wirkte Leipzig beim Ende 2010 beendeten Projekt des BMBF in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Zentrum für Mittel- und Osteuropa mit (Website Cluster Energie und Umwelttechnik Leipzig). Darüber hinaus beteiligt sich Leipzig auch am BMVBS Projekt Modellregion Elektromobilität (Region Sachsen). Schwerpunkte in Leipzig sind der öffentliche Personennahverkehr mit dem Aufbau einer Hybridbusflotte sowie die Integration von Elektrofahrzeugen in Flotten (Car-Sharing, Taxis etc.) (Website BMVBS 4).

Entwicklungen in weiteren Weak Market Cities:

Die Veranstaltungen im Rahmen des Projektes – gerade das internationale Netzwerktreffen der City Reformers Group 2011 in London und die Workshops in Belfast und Lille 2011 – haben verdeutlicht, dass die Themen Klimaschutz und -anpassung sowie erneuerbare Energien auch in Städten im europäischen Ausland zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es scheint ein generelles Umdenken stattzufinden. Das ist nicht nur auf ein gestärktes Bewusstsein der Problematiken des Klimawandels zurück zu führen, sondern auch darauf, dass zunehmend belastbare Daten über ökonomische Vorteile vorliegen oder eine „kritische Masse“ erreicht ist.

In europäischen Weak Market-Cities wurden mittlerweile eine Reihe interessanter Projekte umgesetzt, bei denen die Themen Nachhaltigkeit und Energieeffizienz im Vordergrund stehen. In Lille arbeitet man derzeit am Informationszentrum „The House of Sustainable Living“. Diese Einrichtung soll Interessierte über Angebote im Bereich der energieeffizienten Sanierung und des Neubaus informieren. Des Weiteren werden auch in Lille Quartiere mit energieeffizienten Gebäuden zum Teil auch im Passivhaus-Stan-

Zusammenfassung

Der Klimaschutz- und -anpassung rückt überall stärker in den Vordergrund, auch aufgrund des Umbaus im Bereich der Erneuerbaren Energien im Rahmen der „Energiewende“. Projekte in dem Bereich werden zum Teil trotz knapper Kassen angestoßen; auch, um nicht den Anschluss an innovative Herangehensweisen zu verlieren.

Die Ausrichtung und Schwerpunktsetzung wird stark durch die eigene Situation beeinflusst: in Bremen wird ein starker Fokus in der Stärkung bestimmter innovativer Wirtschaftsbranchen wie z.B. im Bereich der erneuerbaren Energien (Windenergie), aber auch auf das Thema Mobilität gelegt. In Bochum steht die Reduzierung von CO₂ in den verschiedenen Handlungsfeldern (Verkehr, Gebäude etc.) im Vordergrund. Der Wettbewerb Innovation City Ruhr wurde intensiv genutzt, um die Datenlage auszubauen, Klimaschutzteilkonzepte zu erarbeiten und die Vernetzung weiter zu verbessern. Darüber hinaus gibt es Anstrengungen, das Thema Klima- und Umweltschutz in der Metropole Ruhr als „Marke“ zu etablieren. Leipzig setzt Schwerpunkte im Bereich Modellregion E-Mobilität und ist engagiert in verschiedenen Netzwerken.

Die Entwicklungen in den Weak Market Cities und auf der Bundes- und Länderebene zeigen, dass das Thema Klimaschutz- und -anpassung als Aufgabe erkannt wurde und mit Hilfe von Fördermitteln und Modellprojekten vorangetrieben wird. Das belegen auch die zahlreichen Studien, Untersuchungen und Weiterbildungen zum Thema („Erneuerbar Beschäftigt“ (BMU 2011a), „Ausbildung und Arbeit für Erneuerbare Energien“ (Bühler et al. 2007)). Die zu Verfügung gestellten Mittel im Bereich der Erneuerbaren Energien seit dem Atomausstieg im Juni 2011 und der damit eingeläuteten „Energiewende“ zeigen des Weiteren, dass noch viel in Forschung und Entwicklung investiert werden muss (Förderung der Bundesregierung, siehe Textbox Windenergie).

dard errichtet (Euralille II). Auch in Metz, der anderen französischen Untersuchungsstadt werden im Bereich Wohnen und urbaner Infrastruktur nachhaltige Konzepte verwirklicht (Green Agenda Metz).

In Belfast entsteht der sog. „North Foreshore Giant’s Park Regeneration Project“ auf dem Gelände einer ehemaligen Mülldeponie. Ziel ist es, auf rund 138 ha einen neuen öffentlichen Park zu schaffen und Firmen aus dem Bereich Umwelttechnologie anzusiedeln. Seit 2009 ist Nordirlands größter „Landfill Gas Electricity Generation Power Plant“ in Betrieb. Die Anlage liefert Strom für 6000 Häuser (Website Belfast City Council 1). Aufgrund der großen Abhängigkeit von importierter Energie und dadurch verursachten hohen Kosten bei vergleichsweise geringen Löhnen wird gerade in Nordirland das Thema der „fuel poverty“ als großes Problem wahrgenommen, von der laut Berichten bis zu ein Viertel aller Haushalte betroffen sind (Department for Social Development o.J.; Website The Poverty Site).

3.3 Stadtteilentwicklung und Qualifizierung

Die Themen Stadtteilentwicklung und Qualifizierung sind für die Untersuchungsstädte wichtige Handlungsfelder. Im Laufe des Strukturwandels und der damit verbundenen Anpassungsprozesse wurden bereits viele Maßnahmen mit Hilfe von umfassenden Förderprogrammen durchgeführt (Power et al. 2010). Es zeigt sich aber, dass benachteiligte Quartiere – gerade nach der Krise - weiterhin Unterstützung und Förderung für die Stadtteilentwicklung und Qualifizierungsmaßnahmen benötigen (siehe Kap. 2.4).

Stadtteilentwicklung

Die politische Schwerpunktsetzung in Bremen liegt neben der Fokussierung auf Innovation und Technologie weiterhin in den Bereichen Soziales und Bildung, auch wenn das Land Bremen Haushaltsnotlageland ist. Möglich ist das durch eine Verlagerung der Schwerpunktsetzung bei der Haushaltsplanung (Interview HB 10).

In Bremen laufen die bestehenden Programme Stadtumbau West und Soziale Stadt sowie das eigene bremische Programm Wohnen in Nachbarschaften (WIN) weiter.

Wie oben bereits erwähnt (siehe Kap. 3.1), setzt man in Bremen auf Stadtteilberichte und Monitoring zur möglichst effizienten Steuerung der Mittelvergabe.

So hat sich die peripher gelegene Großwohnsiedlung Osterholz-Tenever laut Aussage involvierter Akteure relativ positiv entwickelt. Durch umfangreichen Abriss über das Programm StadtumbauWest und die Konzentration der Bewohner in modernisierten Wohneinheiten bei einer stärkeren Steuerung der Belegung konnte zum einen die Zahl der leer stehenden Wohnungen reduziert werden und zum anderen gegen das negative Image des Ortsteils auch mit Hilfe des Programms Soziale Stadt angegangen werden:

„Also einerseits hat sich die Bewohnerschaft geändert. Die Gewoba hat relativ viel in Abriss investiert. [...] Zudem hat die Gewoba einen relativ guten Mietermix hinbekommen. Die Siedlung wurde wieder attraktiv, die Gebäude sind relativ gut in Schuss gehalten. Wir bauen jetzt eine Straßenbahn dorthin. Ich denke, so kann man ein Gebiet auch aufwerten [...].“
(Interview HB 9)

Die Stadt Bochum führt das Programm StadtumbauWest weiterhin durch, auch wenn sich zwischenzeitlich Verzögerungen im Programmablauf ergeben haben. Vertreter der Stadt erklärten, dass der Stadtumbau eine gute Lobby habe. Die sozialen Programme würden daher auch weiterhin auf die Prioritätenliste der freiwilligen Aufgaben für die Genehmigung aufgrund der Nothaushaltssituation durch die Bezirksregierung kommen (siehe Kap. 2.4). Wie in Bremen gibt es augenscheinlich eine Sensibilität für diese Themen, obgleich in Bochum mit Kürzungen und Sparmaßnahmen gerechnet wird.

Es wird berichtet, wie wichtig es sei, ohne größere Zeitverzögerungen arbeiten zu können, was unter den erschwerten Bedingungen nicht immer erfüllt werden kann. Von

daher sei es am besten, dass im Zeitraum der Förderung möglichst kompakt viele Maßnahmen umgesetzt werden können, da mit Ablauf der Förderkulisse eine erneute Zugriffsmöglichkeit in weite Ferne rücke:

„Ich glaube, man muss in diese Stadtteile rein gehen; fünf, sechs Jahre lang konzentrierte Aktionen machen und ein Feuerwerk abbrennen, dass auch was passiert. Denn dann, da muss man sich nichts vormachen, wird die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre wieder nur sehr wenig passieren.“
(Interview BO 3)

In Leipzig gibt es nach wie vor einige Gebiete mit verschiedenen integrierten Förderprogrammen. Dazu gehören unter anderem:

- Leipziger Westen: EFRE „Nachhaltige Stadtentwicklung“, Stärken vor Ort, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadtumbau Ost, Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen;
- Leipzig Grünau: Stärken vor Ort, Lernen vor Ort;
- Leipziger Osten: EFRE, ESF, BIWAQ, Stärken vor Ort, Stadtumbau Ost, Energieeffiziente Stadt etc. (Website BMBF 2);

Auch hier sind die Handlungsmöglichkeiten aufgrund der Sparmaßnahmen eingeschränkt, dennoch werden die o.g. Programme weitestgehend fortgesetzt.

Aber die Verteilungskämpfe werden härter, wie man aus dem Leipziger Osten berichtet. Sowohl aus seiner Arbeit in kleineren Städten als auch aufgrund seiner langjährigen Erfahrung berichtet ein Interviewter von kreativen Ansätzen, die in Kooperation mit lokalen Akteuren stattfinden. Durch eine Bündelung der Mittel, welche auch die Erschließung weiterer Fördermöglichkeiten umfasst, und einen aktiven Austausch untereinander kann der gewünschte Effekt der Programme auf Quartiersebene durchaus erreicht werden. Er berichtet von positiven Eindrücken in Leipzig. Bei der Zusammenarbeit entstünde sowohl politischer Druck als auch Kreativität im Umsetzungsprozess. Die Kooperation in solchen Situationen sei von großem Vorteil:

„Da ist dann wirklich der Austausch, da ist Best Practice usw. und das gemeinsame kreative Entwickeln von Lösungen und auch der Austausch über die verschiedenen föderalen Ebenen hinweg bzw. auch von öffentlich zu privat. Da ist dann meistens der Schlüssel. [...].“ (Interview L 2)

Ein anderer Interviewter betont die Wichtigkeit der lokalen Ökonomie für die Stadtteile in Leipzig. Es sei vorteilhaft einen Schwerpunkt auf kleine Unternehmen im Viertel zu setzen, welche so besser integriert werden können, wie es im Projekt OstWerkStadt im Leipziger Osten mit Hilfe des ESF, BIWAQ und mit Unterstützung des BMVBS durchgeführt wird. Der Stadtteil Plagwitz hat es nach der Einschätzung des Interviewten geschafft, „auf eigenen Füßen“ zu stehen. Allerdings gab es in diesem Stadtteil in der Vergangenheit auch massive Investitionen und Bürgerprojekte, wodurch die vorhandenen Potenziale genutzt werden konnten (Interview L 8).

Qualifizierung

Mit folgenden Maßnahmen wurde in Bremen auf Defizite im Bereich Qualifizierung reagiert:

- EFRE: Um die lokale Vernetzung von Sozial- und Bildungseinrichtungen in Bremen zu verbessern, wurde im Rahmen der EFRE-Förderperiode von 2007 bis 2013 der Bau von drei Quartiersbildungszentren in den benachteiligten Ortsteilen Huchting, Blockdiek und Gröpelingen beschlossen. Obwohl eine verbindliche Ko-Finanzierung gewährleistet werden muss, wurden diese Projekte weitergeführt. Diese Maßnahmen werden als ein Beitrag zur Verminderung von sozialen Disparitäten verstanden. Allerdings weist eine aktuelle Studie des IAW auch auf die Begrenztheit solcher Maßnahmen hin (Baumheier/ Schwarzer 2009).
- BIWAQ: Bereits in der ersten Förderperiode gab es vier Projekte. Dazu gehört unter anderem die berufliche Qualifizierung für Frauen, das Projekt Integration durch Ausbildung etc. In der zweiten Förderperiode wird Bremen mit drei Projekten teilnehmen. Der Stadtteilschwerpunkt liegt auf Gröpelingen mit zwei und Huckelriede mit einer Fördermaßnahme (Website BIWAQ).
- LOS II / „Stärken vor Ort“: LOS II (Lokales Kapital für soziale Zwecke) sowie das Nachfolgeprogramm „Stärken vor Ort“ durchgeführt,¹
- Darüber hinaus wird auf Landesebene das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP) im Zeitraum von 2009 bis 2015 durchgeführt.

Der Ausbau des Windenergiesektors wurde mit der Anpassung entsprechender Studiengänge begleitet, um ausreichend Fachkräfte auszubilden. Zum Teil konnten einige „ältere“ Qualifikationen (z.B. aus dem Schiffbau) in den Windenergiebereich übernommen werden (siehe Kap. 3.4). Über das EFRE-Programm und den Fokus der Wirtschaftsförderung wird der Aufbau des Sektors gefördert. Siemens betreibt seit 2009 ein Schulungszentrum „Training Center für Windturbinen“ in Bremen. Es ist Teil der europäischen Service-Zentrale für Windenergie. In Bremen und drei weiteren Schulungseinrichtungen in Europa und den USA wird der weltweite Schulungsbedarf für Windenergie-Service bei Siemens abgedeckt.

Leipzig setzt die Arbeit im Bereich Qualifizierung fort. Es gibt zahlreiche Initiativen auf Stadtteilebene, die mit Geldern der EU sowie des Bundes und des Landes unterstützt werden:

So nimmt Leipzig an dem ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) mit zwei Projekten in der ersten Förderrunde teil. In der ersten Förderperiode sind dies die Projekte Mikrofinanzierung für Quartiere (MIQUA; Website BIWAQ 2) und die sog. OstWerkStadt (Website BIWAQ 3). Das Projekt MIQUA widmet sich der Vergabe von Kleinkrediten zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Die Ost-

¹ In der ersten Programmphase (LOS I) wurden von 2003 bis 2008 ca. 250 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Mio. Euro in benachteiligten Stadtteilen durchgeführt (Senatorin für Arbeit o.J.a). Von 2009 bis Ende 2011 lief das Nachfolgeprogramm des Bundesministeriums für Familien, Senioren und Jugend „Stärken vor Ort“. Finanziert werden beide Programme vollständig aus Mitteln des ESF. Die Steuerung liegt bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Mit der operativen Durchführung ist die „bremer arbeit gmbh“ beauftragt.

WerkStadt bemüht sich um Arbeitsmarktberatung und Qualifizierung speziell von Personen mit Migrationshintergrund. An der zweiten Förderrunde nimmt Leipzig ebenfalls mit zwei Projekten unter dem Titel „Schnittstellen für neue Arbeit im Quartier“ in Grünau und im Leipziger Osten teil. Verantwortlich sind die Stadt Leipzig und das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung.

Skills Mismatch und Qualifizierungsmaßnahmen in Belfast

Auch in Belfast ist der Bereich Arbeit- und Qualifizierung ein wichtiger Aspekt, die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist seit 2008 stark angestiegen (von 4 % in 2005 auf fast 7 % in 2010). Im Vergleich zu Großbritannien und dem Rest von Nordirland sind diese Werte besonders hoch. In Belfast wurde bereits 2002 das sogenannte GEMS NI (Gasworks Employment Matching Service Northern Ireland) gegründet, das sich mit den Themen Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeits- und Langzeitarbeitslosen auseinandersetzt. GEMS NI arbeitete bisher mit mehr als 6000 Menschen, mehrheitlich aus Ost- und Süd-Belfast und brachte rund 2000 von ihnen mit Hilfe von Initiativen, zurück in den ersten Arbeitsmarkt. Dazu gehören Weiterbildungsangebote, Beratung und Bewerbungshilfen etc (CASE 2008).

Unterstützt vom Europäischen Sozialfond und der Stadt Belfast wird ein weiteres Programm durchgeführt, welches sich ebenfalls an Langzeitarbeitslose wendet und Arbeitsplätze im Bereich Einzelhandel und Tourismus schafft („HARTE“ Hospitality and Retail Training for Employment). Verschiedene Firmen und Hotels in Belfast beteiligen sich an der Aktion (Ra-mada Hotel, Premier Inn Titanic Quarter). Es wurden 200 Langzeitarbeitslose für ein „training“ von zweieinhalb Jahren ausgewählt (Website Belfast City Council 2).

Zusammenfassung

Die Fortführung von Maßnahmen in Bereich Stadtentwicklung und Qualifizierung ist nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der deutschen Weak Market Cities. Der Handlungsbedarf in von Benachteiligung geprägten Quartieren wie dem Leipziger Osten, Gröpelingen in Bremen oder Wattenscheid in Bochum ist nach wie vor hoch. Maßnahmen im Bereich Qualifizierung sind im Rahmen der weiter fortschreitenden Veränderung von Anforderungsprofilen in Berufen dringend erforderlich.

Bremen und Leipzig sind nach wie vor sehr aktiv, die verschiedenen Fördermöglichkeiten im Bereich Stadtteilentwicklung und Qualifizierung auszuschöpfen (EFRE, ESF Programme etc.). Auch Bochum gelingt eine gute Unterstützung der zwei Programmgebiete des Stadtumbaus West. Die engen finanziellen Handlungsspielräume erschweren jedoch zum Teil die Umsetzung von Maßnahmen und die Neuaufnahme von Gebieten in die Förderung (z.B. in Bochum).

Einerseits werden laufende Förderprogramme im Bereich Städtebauförderung oder Bildung und Qualifizierung fortgesetzt, andererseits bestehen große Unsicherheiten darüber, wie sich weitere Kürzungen in Zukunft auswirken werden. Prinzipiell lässt sich festhalten, dass das Engagement im sozialen Bereich in den Untersuchungsstädten weiterhin einen hohen Stellenwert hat. Über Effizienzsteigerungen und Prioritätensetzungen wird zunehmend versucht, auf die finanziellen Engpässe zu reagieren. In Bremen dienen dazu beispielsweise die Einführung von Stadtteilberichten und einem Monitoringsystem. Auch Leipzig greift seit einigen Jahren auf ein umfangreiches Monitoringsystem bei der Ausgestaltung von Maßnahmen zurück.

Trotzdem sind gerade die bereits benachteiligten Quartiere von den Auswirkungen der Krise betroffen. Zum einen stehen aufgrund der Finanzmisere der öffentlichen Haushalte weniger Mittel zur Verfügung, zum anderen sind gerade sozial schwächer gestellte und häufig geringqualifizierte Gruppen stärker von Arbeitsplatzverlusten und Einsparmaßnahmen betroffen. Räumlich lässt sich das vor allem in den benachteiligten Quartieren nachvollziehen. Im Zuge einer zunehmenden sozialen Spaltung drohen diese Stadtteile weiter von Entwicklungen abgetrennt zu werden.



Abb. 24: Offshore-Windanlage // Website Konstruktionspraxis

3.4 Wirtschaftsförderung

In Anbetracht der knappen öffentlichen Mittel werden die Anstrengungen der Wirtschaftsförderung auf solche Wirtschaftszweige oder Cluster gebündelt, die als zukunftsfähig gelten.

Bereits in der Vergangenheit wurden vielfältige Anstrengungen unternommen, den jeweiligen Standort zu stärken und – sofern möglich – auch Unternehmen neu anzusiedeln. Das Spektrum der Aktivitäten umfasste dabei die kostspielige Bereitstellung von Infrastruktur bis hin zur Gewährleistung einer unbürokratischen Abwicklung von Seiten der Verwaltung. Weichen Standortfaktoren wird zudem zunehmende Bedeutung beigemessen. So wird bei der Anwerbung bzw. Bindung – vor allem hochqualifizierter – Arbeitnehmer der Faktor Lebensqualität immer stärker betont.

In Bremen liegt der Fokus bereits seit den 1980er Jahren verstärkt auf den Feldern Innovation und Technologie. Mittlerweile sind die Unternehmen in diesem Bereich soweit diversifiziert, dass sie langfristig kaum von der Krise betroffen wurden. Trotzdem ist Bremen nach wie vor ein wichtiger Industriestandort (der sechstgrößte Deutschlands), dem auch Zukunftspotenzial eingeräumt wird:

„Wir bewegen uns ja stärker weg von Werften und Fischfang hin zu jetzt Neuem. Jahrelang wurde der Dienstleistungssektor propagiert, aber zur Zeit traut sich Bremen auch mehr und mehr, zu industriellen Stärken zu stehen.“ (Interview HB 1)

Von der Wirtschaftskrise sind Hafenstädte als Knotenpunkte des globalen Handels naturgemäß besonders betroffen. So ist das Umschlagsvolumen in den Bremer Häfen drastisch eingebrochen und gerade in den Niedriglohnsektoren der Hafenwirtschaft mussten umfangreiche Entlassungen vorgenommen werden (siehe Kap. 2.2). Allerdings ergaben sich mit der wirtschaftlichen Erholung Potenziale, die abgebauten Arbeitsplätze wieder aufzubauen. Im Bereich der Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur sind bereits Erfolge erzielt worden:

„Das heißt, wir haben eine sehr interessante Spannweite, die divers ist und uns etwas krisenunabhängiger macht als Andere, die nur auf bestimmte Strukturen gesetzt haben.“ (Interview HB 2)

In der Wirtschaftsförderung fand Mitte 2009 ein Umstrukturierungsprozess statt. In der „neuen“ Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WfB) sind verschiedene Unternehmen zusammengefasst, darunter auch die Bremer Investitions-Gesellschaft (B.I.G.), die vorher für diese Belange zuständig war. Neben einer besseren Steuerungsmöglichkeit für die Landespolitik verspricht man sich davon auch eine Kostenreduzierung (Interview HB 2, Website WfB).

Die eingeschlagene Innovationsstrategie setzt auf die beschäftigungspolitisch starken Bereiche, von denen Innovationsimpulse erwartet werden. Drei in Bremen wichtige „In-

Der Windenergiesektor in Bremen

Für das Land Bremen ist der Bereich des Windenergieanlagenbaus im Offshore-Bereich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Diese Position soll in Zukunft weiterhin ausgebaut werden (Fornahl et al. 2010). Beim Auf- und Ausbau des Sektors profitierte das Bundesland Bremen vom Erneuerbare Energien Gesetz der Bundesregierung, welches eine verbindliche Einspeisevergütung für erneuerbare Energien festlegt. Es bietet zudem eine feste Kalkulationsgröße und vereinfacht die Darlehensbeschaffung für die Branche.

Laut Aussage eines Experten erhielt der Bereich zuletzt einige Dämpfer durch die – mittlerweile wieder zurückgenommene – Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke oder die Probleme der in diesem Sektor tätigen kleineren Unternehmen bei der Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt.

Das Land Bremen nimmt, zusammen mit Niedersachsen („WindPowerCluster“) am Spitzenclusterwettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) teil. Nach drei Wettbewerbsrunden werden 5 Spitzencluster ausgewählt, diese erhalten jeweils bis zu 40 Mio. Euro Fördermittel. Das WindPowerCluster erreichte Ende Juni die Finalrunde, die Gewinner sollen Ende Januar 2012 benannt werden (WindPowerCluster 2011).

Ein großes Unterfangen ist die geplante Errichtung eines Schwerlasthafens „Offshore Terminal Bremerhaven“ (OTB) für die Vormontage und Verschiffung der Windenergieanlagen. Das Projekt mit einem Investitionsvolumen von rund 300 Mio. Euro soll komplett privat finanziert und betrieben werden (Prognos AG 2011). Die Investorensuche über ein Ausschreibungsverfahren läuft momentan noch (Interview HB 1). In der Kosten-Nutzen-Analyse von Prognos 2011 geht man im Best-Case-Szenario davon aus, bis zu 14.000 Arbeitsplätze bis 2040 schaffen zu können, während die Base-Case Berechnung von rund 7.000 Arbeitsplätzen ausgeht.

Die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven haben schnell auf die neuen Qualifikationsanforderungen reagiert und entsprechende Master- und Bachelorstudiengänge eingerichtet. Hinsichtlich der Frage, ob berufliche Qualifikationen z.B. aus der Hafen- und

novationscluster“ wurden in der neuen Ausrichtung identifiziert (Luft- und Raumfahrt, Erneuerbare Energien/Wind, Maritime Wirtschaft und Logistik). Darüber hinaus werden weitere acht Innovationsfelder benannt (Informations- und Kommunikationstechnologien; Neue Materialien; Robotik/Fertigungstechnologien; Umwelttechnologien; Automotive/e-mobility; Gesundheitswirtschaft/Life Sciences; Ernährungswirtschaft) (Interview HB 1, HB 2 und HB 3). Wichtig sei es nicht auf allen Gebieten zu konkurrieren, sondern sich auf die Segmente zu konzentrieren, in denen eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen werden kann (Interview HB 3).

Zunächst einmal sei Bremen mit der Auswahl der Cluster recht gut positioniert (ebd.). Damit werde die begonnene Diversifizierungsstrategie konsequent weitergeführt, um Bremen vor wirtschaftlichen Strukturkrisen (Häfen, Schiffbau) wie denen der Vergangenheit zu bewahren. Gerade die Verbindung zur Wissenschaftspolitik mit der Umstruk-

Schiffbauindustrie in die erforderlichen Qualifikationen im Windkraftanlagenbau übertragen werden können, kommen Mossig, Fornahl und Schröder (2010) zu dem Ergebnis, dass zwar auf einige Qualifikationen aufgebaut werden kann, andererseits aber auch Nachqualifizierungen notwendig sind. Aufgrund des Zeitversatzes zwischen dem Abbau der alten und dem Aufbau der neuen Arbeitsplätze, konnten die Arbeitsplatzverluste kaum aufgefangen werden (Fornahl et al. 2010). In einigen wenigen Beispielen ist dieser Transfer dennoch gelungen. Ein Beispiel ist die Firma Abeking & Rasmussen, die alte Kompetenzen aus dem Schiffbau bei der Konstruktion von Rotorblättern für (Offshore-) Windanlagen nutzt oder die Firma Fassemmer, die Abdeckungen für Gondeln in der Windindustrie herstellt. Interessanterweise, so ein Interviewpartner, sind auch umgekehrte Impulse zu erkennen:

„Der Schiffbau wirkt sich also nicht auf den Offshore-Bereich aus, sondern umgekehrt der Offshore-Bereich auf den Schiffbau, weil unter anderem Spezialschiffe zum Transport auf See gebraucht werden. Diese werden zum Teil in Bremen oder Bremerhaven gebaut. Außerdem werden Kapitäne benötigt, Personal für die Wartung der Schiffe, Hubschrauber, die zu den Plattformen rausfliegen.“ (Interview HB 3)

Trotz der derzeitigen positiven Entwicklung des Windenergiesektors warnen einige Beobachter vor überzogener Euphorie. Längerfristig sei noch nicht abzusehen, wie sich der Sektor in Bremen entwickelt. Es handele sich um „eine Wette auf die Zukunft“ (Interview HB 3). Dennoch sind die politischen Rahmenbedingungen (Energiewende) momentan als günstig einzuschätzen.

Das Bundesumweltministerium gab im Oktober 2011 bekannt, drei große Teststände im Bereich Windenergieanlagenbau- und -forschung in Bremerhaven zu fördern. Außerdem gab es Fördergelder von rund 12 Mio. Euro für ein bereits begonnenes Projekt, einem Teststand für Rotorblätter beim Fraunhofer Institut für Windenergie und Energietechnik (IWES) in Bremerhaven (BMU 2011b).

turierung der Universität und Ansiedlung neuer Forschungszentren sei als vorbildlich zu bezeichnen. Noch nicht abzusehen ist allerdings, inwiefern die Haushaltssituation und die erzwungenen Sparmaßnahmen die zukünftige Weiterentwicklung gefährden können. Von dem Bereich Luft- und Raumfahrt mit den beiden Ankerunternehmen Airbus und OHB System AG (Raumfahrt/Satellitensysteme) sehr positive Impulse für Bremen aus. Auch aufgrund des enormen Auftragsvolumens von 1,6 Mrd. Euro werden die jeweiligen Standorte in der Airport-Stadt weiter ausgebaut. Damit einher gehe auch ein zu erwartender Stellenausbau. Eine Unterstützung beispielsweise bei der Bereitstellung weiterer Flächen von Seiten der Stadt sei den Unternehmen dabei gewiss:

„[...] Das werden wir massiv unterstützen, weil das von einer hohen Bedeutung ist und wir als kleines Bundesland Bremen auch im Bund eine hohe Anerkennung als Luft- und Raumfahrtstandort haben.“ (Interview HB 2)

Eine Gesprächspartnerin berichtet auch von der engen Beziehung zwischen der Luft- und Raumfahrtindustrie und den Hochschulen. So finanzieren die beiden Großunternehmen jeweils eine Stiftungsprofessur, unter anderem auch, um den qualifizierten Nachwuchs für ihre Unternehmen auszubilden.

Auch der Bereich Maritime Wirtschaft und Maritime Sicherheitswirtschaft hat sich im Laufe des Jahres 2011 weiter positiv entwickelt. Die in Bremen ansässigen Unternehmen Atlas Elektronik und Atlas Maritime Security haben eine große Ausschreibung für die Erneuerung der Verkehrstechnik zur Sicherung des Schiffsverkehrs an der deutschen Küste gewonnen. Laut der Einschätzung der Wirtschaftsförderung ist Bremen in dieser Branche deutschlandweit führend und konnte den Fokus weiter vertiefen (Interview HB 1 und HB 2).

Vielversprechend ist auch die Entwicklung bei den Kooperationen. Das DFKI (Deutsches Forschungszentrum für künstliche Intelligenz, Universität Bremen), das Marum (Zentrum für Marine Umweltwissenschaften) und das DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) haben sich für eine Zusammenarbeit entschieden. Sie sehen viele thematische Schnittstellen und planen, Bundes- und EU-Forschungsprogramme gemeinsam zu adressieren. Solche Bestrebungen werden von der Wirtschaftsförderung unterstützt, weil daraus Anwendungen erwachsen können, die vor Ort verwendet werden können (Interview HB 1).

Das Forschungsinstitut Robotik (Robotics Innovation Centre, RIC) im DFKI plant laut der Interviewten zukünftig 50 bis 100 Neueinstellungen pro Jahr, derzeit arbeiten rund 90 Wissenschaftler am Institut. Auch hier werden bereits Kooperationen mit OHB System AG und der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) durchgeführt, weil es auch hier Schnittstellen zwischen der Robotik und den Raumfahrtprogrammen gibt. So konnte auch ein eigenes Forschungsfeld „Weltraumrobotik“ am RIC begründet werden.

Die Entwicklung des „neuen“ Quartiers Überseestadt und die Revitalisierung der Bremer Innenstadt ist laut Aussagen der Wirtschaftsförderung Bremen ein gutes Beispiel dafür, wie die Stadtentwicklungsplanung und die Wirtschaftsförderung zusammen „raumden-

Gesundheitswirtschaft in Bochum

In Bochum gewinnt die Gesundheitsbranche zunehmend an Bedeutung. Als starker Impulsgeber fungiert die Ansiedlung des Gesundheitscampus NRW in Nähe der Ruhr Universität. Weitere Unternehmen haben sich darüber hinaus entschieden, Standorte in Bochum aufzubauen, um die räumliche Nähe zu dem Cluster zu suchen. Die „Aesculap Akademie“ wird ein Weiterbildungszentrum für Mediziner, Pflegepersonal und Klinikmanagement errichten. Das japanische Unternehmen Cyberdyne, welches High-Tech-Prothesen herstellt, hat 2011 seine deutsche Niederlassung am BioMedizin Zentrum in Bochum gegründet. Bei Letzteren handelt es sich um eine Kooperation der Landeswirtschaftsförderung, der Stadt Bochum, des Universitätsklinikums, der contec GmbH und der japanischen Industrie- und Handelskammer. Für die kommunale Wirtschaftsförderung, welche den Ausbau des Clusters z.B. durch den Ausbau der Betreuungskapazitäten unterstützt, sprechen diese Ansiedlungen dafür, dass die zentrale Lage in der „Gesundheitsmetropole NRW“ die Herausbildung eines „Medicare Hubs“ begünstigt. Ein zusätzlicher positiver Standortfaktor ist die Hochschule für Gesundheit, die seit dem Wintersemester 2010/2011 Studiengänge unter anderem im Bereich Pflege oder Logopädie anbietet und die erste Staatliche Hochschule ihrer Art in Deutschland ist (Website Hochschule für Gesundheit).

„...“ arbeiten. Derzeit arbeitet man an einem strategischen Marketingkonzept im Bereich Innenstadtentwicklung mit Workshops zu den Themen Einzelhandelsentwicklung, Wohnen, Lernen und Wissenschaft sowie Verkehr- und Mobilität. Ziel ist es, auch hier fachbereichsübergreifend zu arbeiten.

Bochum ist nach wie vor stark von den Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels betroffen. Die Wirtschaftsförderung konzentriert sich auf die Cluster Produktionswirtschaft, Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Informations- und Kommunikationstechnologie. Dennoch führen die finanziellen Engpässe aufgrund der prekären Haushaltssituation dazu, dass die Handlungsmöglichkeiten der Wirtschaftsförderung begrenzt sind. Es findet daher eine Fokussierung auf bestimmte Bereiche statt. Andere Branchen mit Zukunftspotenzial (z.B. IT-Sicherheit und Plasmaphysik) können hingegen momentan nicht ausreichend gefördert werden. Hier wird versucht, über Sponsorengelder zumindest Netzwerkveranstaltungen zu finanzieren. Eine Ausnahme stellen Projekte dar, die vor der Haushaltssicherung begonnen wurden. Diese haben daher den Status von Pflichtaufgaben und können weitergeführt werden (Interview BO 2). Wichtig für die zukünftige Entwicklung, so ein Experte, seien die stärkere Vernetzung und der Ausbau der Kooperationen. Trotz der positiven Entwicklungen im Gesundheitssektor und den Erwartungen die an die Kreativwirtschaft gesetzt werden, hofft man von Seiten der Stadt auch auf ein Wiedererstarken eines „industriellen Kerns“.



Abb. 25: BioMedizin Campus Bochum // Website Stadt Bochum

Die Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung und der Stadtentwicklungsplanung ist laut Aussagen der Zuständigen sinnvoll, aber es gibt auch strukturelle Probleme im Bereich der Zusammenarbeit. Es handelt sich dabei um Rivalitäten und zum Teil um unterschiedliche Herangehensweisen und Auffassungen. Die Planung des Gesundheitscampus NRW und Universitätsplanung liegt federführend beim Stadtplanungsamt Bochum, eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung gibt es, wobei die Beteiligung der Wirtschaftsförderung hier eher begrenzt ist (Interview BO 5).

In Leipzig umfasst die Clusterstrategie die Branchen Logistik und Dienstleistungen, Automobil- und Zulieferindustrie, Gesundheitswirtschaft und Biotechnologie, Energie- und Umwelttechnik sowie Medien- und Kreativwirtschaft. Vor allem in den Bereichen Automobilproduktion und Logistik konnten in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt werden. Auch in Leipzig nimmt die Bedeutung des Images als Standortfaktor zu. Dabei könne Leipzig durch seine Attraktivität durchaus Außenwirkung entfalten, so einige Gesprächspartner; z.B. bei der Anwerbung von Fachkräften (Interview L 2).

Während der Krise, so ein Mitarbeiter der Leipziger Wirtschaftsförderung, hätten sich vor allem der Logistikbereich und der Sozial- und Pflegebereich als stabilisierend für die Stadt erwiesen (Interview L 3).

Die Automobilbranche in Leipzig umfasst vor allem die Produktionsstandorte von BMW und Porsche sowie einiger Zulieferbetriebe in der Region. Porsche wird das neue Modell „Cajun“ in Leipzig fertigen. Die Investition beträgt etwa 500 Mio. Euro (MDR Sachsen 2011). Dadurch werden bis zu 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. BMW wird in Leipzig Elektrofahrzeuge in Serie produzieren. Der Werksausbau für die Produktion der „MegaCity Vehicles“ hat bereits begonnen. Die ersten Fahrzeuge sollen ab 2013 vom Band rollen. Dafür werden rund 400 Mio. Euro investiert und rund 800 Arbeitsplätze geschaffen.



Abb. 26 Advanced Manufacturing Park Sheffield // Website Advanced Manufacturing Park Sheffield

Auch der Bereich Logistik wird weiter gestärkt. Begünstigt wird der Sektor durch die zentrale Lage innerhalb Mitteleuropas sowie die 24-Stunden Abfertigung von Frachtmaschinen am Flughafen Leipzig/Halle. Nach DHL und amazon hat sich auch DB Schenker für den Standort Leipzig entschieden. Nach Aussagen des Unternehmens werden rund 600 Arbeitsplätze geschaffen. Das Werk wird hauptsächlich die Versorgung von Automobilwerken in China und Südafrika für BMW übernehmen.

„Ich denke wir werden weiterhin Nachfrage haben, auch aufgrund des 24-Stunden-Flughafens und der verschiedenen Produktionssektoren zwischen Ost- und Westeuropa. [...] Auch vorher hatten wir teilweise schon keine Flächen mehr. So eine Ruhepause finde ich daher nicht so falsch. Jetzt ist es wichtig, dass sich die Firmen und die Struktur konsolidieren. Wichtig ist es, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Da hat man in Deutschland relativ gute Bedingungen.“ (Interview L 2)

Die Verzahnung von Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklungsplanung ist zum Teil schon durch das integrierte Stadtentwicklungskonzept (SEKo) ermöglicht worden, „man zieht an einem Strang“, konstatiert ein Interviewter aus der Stadtverwaltung und fügt hinzu, dass dies durchaus speziell im Vergleich zu anderen Städten sei (Interview L 3). Ein anderer Experte pflichtete dieser Aussage bei und betonte die Bedeutung von Transparenz und Zusammenarbeit sowie der Unterstützung von Seiten der politischen Entscheidungsträger (Interview L 7). Als gutes Beispiel für eine integrierte Vorgehensweise wird das Projekt BioCity Campus angeführt. Hier versucht die Stadt Leipzig die bereits bestehende BioCity (Fraunhofer, Max-Planck etc.) auszubauen und die Verknüpfung zwischen der Universität und Forschungsinstituten zu fördern. Darüber hinaus wird eine Campusstruktur mit Wohnfunktionen, einem Kindergarten- sowie einem naturwissenschaftlichem Gymnasium und Einrichtungen der täglichen Nahversorgung entstehen. Der BioCity Campus soll den Standort als internationale Marke im Bereich der Biotechnologie- und Medizin etablieren.

Stärkung des produzierenden Gewerbes in Sheffield

Beim Aufbau wissensbasierter Cluster setzt auch Sheffield auf eine enge Verknüpfung von Unternehmen und Hochschulen wie der University of Sheffield oder der Sheffield Hallam University. Wie Leipzig und Bochum werden in Sheffield unter anderem die Cluster Biomedizin und Gesundheitswirtschaft gefördert. Ein weiterer Fokus liegt auf der Stärkung der innovativen Bereiche des produzierenden Gewerbes. Zur Ansiedlung von Firmen aus diesem Bereich dient der sogenannte „Advanced-Manufacturing Park“, der aus einer Kooperation von Ingenieuren der University of Sheffield und des Luftfahrtunternehmens Boeing hervorgegangen ist. Die Ansiedlung eines „Advanced Manufacturing Research Centre“ durch Boeing bildete 1999 die Keimzelle für weitere Investitionen im Wert von 28 Mio. Pfund durch Firmenansiedlungen und neuen Start-Up-Unternehmen (Website Advanced Manufacturing Park Sheffield).

Im Juli 2011 genehmigte die britische Regierung die Errichtung einer Sonderwirtschaftszone in Sheffield „The Modern Manufacturing and Technology Growth Area“ um weitere Anreize für neue Unternehmensansiedlungen im Bereich der Ingenieurwissenschaften- und Technologie zu schaffen. Verantwortlich ist die „Sheffield City Region Local Enterprise Partnership“. Es wird erwartet, dass die Sonderwirtschaftszone bis zu 12.600 Arbeitsplätze und rund 250 neue Unternehmen bis 2015 in die Region bringen wird, mit einer möglichen Ausweitung auf bis zu 20.000 Arbeitsplätze. Zu den Vergünstigungen der Zone zählen unter anderem der Nachlass der Grundsteuer, eine einfachere Planungsgrundlage, die Ausstattung mit schnellem Breitband (Website Sheffield City Region).

Zusammenfassung

In den Untersuchungsstädten werden bestimmte wirtschaftliche Sektoren gezielt gefördert, von denen Innovations- und Beschäftigungsimpulse erwartet werden. Das geschieht von Seiten der Wirtschaftsförderung in der Regel über eine Cluster-Strategie. Auf bestehende Stärken wird dabei möglichst aufgebaut. Eine Untersuchung von Zarth (2011) ergab, dass die Fortentwicklung einer „wissensbasierten“ industriellen Basis weiterhin im Fokus förderpolitischer Anstrengungen stünde. Diese sollten dann zum einen durch gezielte Förderung von Clustern sowie regionalen Innovationsprozessen regionalpolitisch unterstützt werden (Zarth 2011: 111).

Aufgrund engerer finanzieller Handlungsspielräume bei den Wirtschaftsförderungen findet de facto innerhalb der identifizierten Cluster eine erneute Fokussierung auf ausgewählte Branchen statt (z.B. Windenergie in Bremen, Gesundheitswirtschaft in Bochum sowie Logistik und Automobilproduktion in Leipzig, Biomedizin- und Gesundheitswirtschaft in Sheffield, Lille und Metz).

Dabei ist festzustellen, dass die geographische Lage in allen drei Fällen als Standortfaktor fungiert: Bremens Seehafen dient auch zur Verladung der Offshore-Windanlagen; die Herausbildung eines Gesundheitsclusters in Bochum wird durch die zentrale Lage in einer einwohnerreichen Region begünstigt; als gut angebundener Verkehrsknotenpunkt bietet Leipzig der Logistikbranche einen geeigneten Standort. In den Städten wird versucht, die Cluster untereinander besser zu vernetzen. Dafür dienen z.B. Netzwerkveranstaltungen. Die Kooperation zwischen Wirtschaft und Hochschulen wird zudem vorangetrieben. Die Herausbildung des Gesundheitsclusters in Bochum und die Fokussierung auf Hochtechnologie in Bremen sind Beispiele dafür. Die Anwerbung von höher qualifizierten Fachkräften spielt eine zunehmend bedeutende Rolle. Dem Faktor Lebensqualität kommt dabei eine wachsende Bedeutung zu. Außerdem wird z.B. in Bremen und Leipzig versucht, die Bereiche Stadtentwicklungsplanung und Wirtschaftsförderung stärker zu vernetzen.

4. Fazit

In Kapitel 4 werden die wesentlichen Erkenntnisse zusammengetragen. Zunächst werden anhand einer SWOT-Analyse die Stärken, Schwächen, Chancen und Gefahren für die Untersuchungsstädte herausgearbeitet (siehe Kap. 4.1).

Daraufhin wird diskutiert, in welchem Zusammenhang die jeweiligen Maßnahmen zur zusätzlichen Problemebene im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise stehen. Die sich daraus ergebende Einordnung verdeutlicht, auf welchen Ebenen Umbrüche in den Handlungsspielräumen und Herangehensweisen zu erkennen sind (siehe Kap. 4.2).

Anschließend (Kap. 4.3) werden in einem Ausblick wichtige Herausforderungen für die Zukunft benannt. Darüber hinaus werden einige Handlungsansätze von Seiten der städtischen Entscheidungsträger vorgestellt. Den Abschluss bildet ein Ausblick auf die Entwicklungsaussichten unter veränderten übergeordneten Rahmenbedingungen. Das Kapitel 4.4 beschäftigt sich abschließend mit den neuen Fragestellungen und fokussiert dabei besonders auf den Bereich der strategischen Entwicklungsplanung.

4.1 SWOT-Analyse der Untersuchungsstädte

Die SWOT-Analyse gibt einen Überblick über die Stärken, Schwächen, Chancen und Gefahren der drei deutschen Untersuchungsstädte. Auffällig ist, dass alle drei Städte im wirtschaftlichen Bereich durch neue Schwerpunktsetzung Stärken aufbauen konnten. Zudem haben die Qualitäten der jeweiligen Standorte einen wesentlichen Einfluss auf die zukünftigen Entwicklungsperspektiven. Schwächen lassen sich im wirtschaftlichen (Strukturwandel nicht abgeschlossen) und sozialen Bereich (zunehmende soziale Polarisierung) ausmachen. Zudem wirkt die prekäre Finanzlage aufgrund von Sparmaßnahmen und Haushaltskonsolidierung hemmend auf die Entwicklungsmöglichkeiten in der Zukunft.

Bremen

Im Bereich Stärken sind das große Innovationspotenzial und die Zukunftsfähigkeit von einigen Unternehmen zu nennen. Besonders der Bereich Windenergie bietet Zukunftspotenzial. Die Branche verfügt über eine umfangreiche Wertschöpfungskette von der Standortbegutachtung und Planung, Projektierung und Finanzierung, der Bereitstellung der Komponenten bis hin zur Fertigung der Windenergieanlagen. Dazu kommen Logistik, Aufbau und Montage, Betrieb, Service, Wartung, der Netzbetrieb und schließlich die Ausbildung und Qualifizierung (Prognos AG 2011).

Darüber hinaus entwickeln sich auch die Bereiche Robotik und Luft- und Raumfahrt weiterhin gut. Bremen hat bereits früh auf die wachsenden innerstädtischen Disparitäten und die Herausbildung benachteiligter Stadtteile wie Osterholz-Tenever oder Gröpelingen reagiert. Dafür konnte in großem Umfang auf Förderprogramme zurückgegriffen werden. Die sozialräumlichen Indikatoren deuten jedoch auf eine weitere Verschärfung der Ungleichheiten hin. Die aktuelle Haushaltslage schränkt den Handlungsspielraum stark ein. Dennoch wird dieser Bereich in der Zukunft fester Bestandteil des politischen Handelns bleiben. Nicht zuletzt sind der Abbau von Disparitäten sowie die stärkere Einbindung der lokalen Bevölkerung klare Bestandteile des neuen Leitbildes der Stadt.

Zu den Schwachstellen gehören die verschiedenen Abhängigkeiten von exogenen Faktoren. Dazu gehören politische Entscheidungen auf Ebene des Bundes und der EU wie z.B. die Ausrichtung von Förderprogrammen sowie die Krisenanfälligkeit der lokalen Wirtschaft. Die starke Exportabhängigkeit hat sich während der Krise 2008 sofort negativ auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Gefährdungspotenzial liegt im Bereich der Automobil- und Nahrungsmittelindustrie vor.

Die Chancen könnten folgende sein: Die geänderten politischen Bedingungen in der Energieversorgung (Atomausstieg) können sich positiv auf die Windenergiebranche und damit verbundene Bereiche der Wertschöpfungskette auswirken. Der geplante Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven könnte die Vorreiterrolle in dieser Branche festigen. Der vollzogene Umbau des Universitätsbereiches inklusive der leistungsstarken außeruniversitären Forschungseinrichtungen wirkt sich positiv aus und bietet Potenzial für Verknüpfungen mit der regionalen Wirtschaft. Im Bereich Standortqualität hat Bremen in

den letzten Jahren aufgeholt. Das Image der Stadt wird als positiv wahrgenommen. Des Weiteren sind die Verkehrsanbindung und die innerstädtische Erreichbarkeit als sehr gut zu bezeichnen.

Zu den Gefahren gehören vor allem die hohen Schulden des Landes Bremen. Die rigorosen Sparpläne schwächen die Leistungsfähigkeit. Es besteht die Gefahr, dass notwendige Investitionen nicht vorgenommen werden können. Des Weiteren ist der Arbeitsmarkt durch einen hohen Anteil prekärer Beschäftigung gekennzeichnet (hoher Anteil Niedrigqualifizierter; Langzeitarbeitslosigkeit; viele „Aufstocker“). Es besteht hier weiterhin dringender Handlungsbedarf im Bereich Qualifizierung.

Bochum

Bochum hat mit dem Aufbau der Gesundheitswirtschaft (Medizintechnik, Biomedizin, Biotechnologie) eine gute Basis für weitere Ansiedlungen gelegt. Das zeigt die Entscheidung, den Gesundheitscampus hier anzusiedeln, der sich jetzt auch als Anker für weitere Ansiedlungen erweist. Das bereits bestehende BioMedizin Zentrum, die neu eröffnete Hochschule für Gesundheit und die direkte Verbindung zur Universität und der medizinischen Fakultät erweisen sich dabei als vorteilhaft.

Trotz der Nothaushaltssituation wird auf den sozialen Bereich Wert gelegt. Der Stadtbau West hat weiterhin Priorität und wird als wichtiger Bestandteil der Stadtentwicklung betrachtet. Bochum ist zudem aktiv an Wettbewerben und Kooperationen beteiligt (Innovation City, Klimabündnis etc.).

Zu den Schwächen gehört die noch unzureichende wirtschaftliche Diversifizierung. Neben dem Standbein Gesundheitswirtschaft werden weitere innovative Wirtschaftszweige zur Festigung der Wirtschaftsstruktur benötigt. Es besteht eine große Abhängigkeit vom Automobilhersteller Opel.

Die finanzielle Situation der Stadt ist eine weitere Schwäche und schränkt die Handlungsspielräume zunehmend ein. Darüber hinaus hat Bochum mit starken Abwanderungstendenzen und dem demographischen Wandel zu kämpfen. Außerdem sind weitere Verbesserungen der Wohn- und Lebensqualität sowie der Infrastrukturausstattung (z.B. im Bereich Verkehr) dringend erforderlich, um den Standort zu stärken. Hier hat Bochum - auch im Vergleich zu Bremen und Leipzig - erhöhten Nachholbedarf.

Als Chance kann die Fokussierung auf das Thema Klimaschutz- und anpassung in der Stadtentwicklung bewertet werden. Bochum arbeitet bereits seit 1994 an der Reduzierung von CO₂-Emissionen und beteiligt sich aktiv an Netzwerken und Wettbewerben. Seit vielen Jahren werden Klimaschutzberichte zur Analyse der Potenziale und deren Umsetzung erstellt. Von Beginn an wurden städtische Gesellschaften wie die Sparkasse und die Stadtwerke als Geldgeber mit eingebunden.

Die Ruhr-Universität Bochum (RUB) hat ihren Schwerpunkt in den Natur- und Ingenieurs- sowie den Lebenswissenschaften weiter ausgebaut. Mit ihrem „Research Campus“ erreichte die RUB die Endrunde der ersten Exzellenz-Initiative der Bundesregie-

rung. Als Projekt wurde daraufhin die „Research School“ gegründet. Als Gefahr muss die prekäre Haushaltssituation genannt werden, die den Handlungsspielraum und die Planungssicherheit stark einschränkt. Die fehlenden Investitionen im Bereich Infrastruktur schwächen die Möglichkeiten, den Standort weiter zu profilieren.

Leipzig

Im wirtschaftlichen Bereich basieren die Stärken Leipzigs auf den gelungenen Ansiedlungen von Unternehmen der Automobil- und Logistikbranche. Neue Ansiedlungen und Erweiterungen bestätigen diese Entwicklung.

Es besteht eine große Expertise im Bereich des Stadtbbaus und dem Erstellen von nachhaltigen, integrativen Stadtentwicklungskonzepten. Diese werden der Stadt auch in Zukunft helfen, Prioritäten zu setzen und Kosten einzusparen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist der intensive Austausch durch die Teilnahme an Netzwerken und Kooperationen (LC-Facil, Urbact etc.). Die Stadt hat die vielfältigen Angebote der Förderlandschaft auf allen Ebenen intensiv genutzt. In den einzelnen Fördergebieten wie Grünau oder Leipziger Osten konnten große Fortschritte erzielt werden.

Zu den Schwächen in Leipzig gehört das strukturschwache Umland. Auch die eingeschränkte Innovationskraft der Automobil- und Logistikunternehmen am Standort Leipzig wird von einigen Experten kritisch betrachtet. Es fehlen zudem Headquarter-Funktionen. Als Chance werden die Bereiche Biotechnologie und Gesundheitswirtschaft angesehen, was auch durch die Ausrichtung der Clusterstrategie reflektiert wird. Die Wohn- und Standortqualitäten sowie die Verkehrsanbindung der Stadt sind als sehr gut zu bezeichnen (Autobahnkreuz, ICE-Verbindung nach Berlin, 24-Stunden-Flughafen). Auch im Bereich Medien und Kreativwirtschaft hat Leipzig Potenzial mit Galeristen am Standort Baumwollspinnerei, dem Mitteldeutschen Rundfunk und der Hochschule für Grafik und Buchkunst. Gerade die Kunstszene hat sich einen internationalen Ruf erarbeitet („Neue Leipziger Schule“). Der Bereich Tourismus entwickelt sich positiv. Die Messe- und Kongressfunktion stellt ebenfalls ein großes Potenzial dar. Ein Beispiel ist der Erfolg der Internationalen Buchmesse, die ihren Platz als zweitgrößte Buchmesse weltweit behaupten kann.

Das Auslaufen von Fördermitteln (Phasing-Out) stellt Leipzig vor weitere Herausforderungen. Von Experten wird zudem das Fehlen einer Technischen Hochschule als negativ gesehen. Abiturienten wandern ab und es ist schwieriger, entsprechende Unternehmen nach Leipzig zu locken, weil eine enge Verzahnung nicht möglich ist. Das Anwerben von Hochqualifizierten und deren Halten am Standort ist eine weitere Aufgabe. Zudem sind die zukünftigen Risiken der Cross-Border-Leasing-Geschäfte in der Vergangenheit nicht absehbar. Es kann zu Rückforderungen in Millionenhöhe kommen. Trotz sinkender Tendenz ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor sehr hoch.

Tab. 2: SWOT-Analyse der Untersuchungsstädte

	Strengths (Stärken)	Weaknesses (Schwächen)
Bremen	<ul style="list-style-type: none"> • Führend im Bereich Windenergie • Bildungslandschaft mit Hochschulen, Ausbildungszentren • Verbindung Hochschule - Wirtschaft • Professionelle Wirtschaftsförderung • Fokussierung auf innovative Branchen (z.B. Robotik, Wind, Luft-/Raumfahrt) • Diversifizierung vorangeschritten • Expertise mit Förderprogrammen (EFRE, ESF, Städtebauförderung etc.) • Eigene Initiativen (z.B. WIN) • Erfolge auf Stadtteilebene 	<ul style="list-style-type: none"> • Abhängigkeit der Entwicklung von politischen Entscheidungen von Bund/EU (Gesetze, Fördergelder etc.) sowie öffentlichen Fördermitteln (z.B. Luft- und Raumfahrt) • Abwanderung Hochqualifizierter • Verstärkung sozialräumlicher Polarisierung • Hoher Anteil Leiharbeit bzw. Niedrigqualifizierte
Bochum	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitswirtschaft entwickelt sich positiv (Gesundheitscampus NRW als Anker) • Branche Geothermie aussichtsreich • Teilnahme an Wettbewerben, Lobbyarbeit • Lagegunst in einwohnerreichem Agglomerationsraum 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau neuer Branchen inkomplett; Diversifizierung unvollständig • Kaum bedeutende Unternehmenssitze • Abhängigkeit von Automobilindustrie (Standort Opel bedroht) • Niedrige Lebensqualität; Anwerbung Hochqualifizierter schwierig
Leipzig	<ul style="list-style-type: none"> • Erfolge der Unternehmensansiedlung (Automobil, Logistik) • Intensiver Austausch: Netzwerke, Kooperationen, Projekte • Nutzung verschiedener Förderprogramme (EFRE, ESF, Städtebauförderung etc.) • Fortschritte im Stadtumbau (Leipziger Osten, Grünau etc.) • Gute Verkehrsanbindung • Medien- und Kreativwirtschaft stark 	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturschwaches Umland, Abhängigkeit von krisenanfälligen Branchen • Wenig Innovationskraft • Kaum Unternehmenssitze • Niedrigqualifizierte; hohe Sockelarbeitslosigkeit, skills-mismatch

Opportunities (Chancen)	Threats (Bedrohungen)
<ul style="list-style-type: none"> • Impulse für Windindustrie: Atomausstieg und Ausbau erneuerbarer Energieversorgung • Positiver Effekt auf Arbeitsmarkt mit Qualifizierungsmöglichkeiten sowie Synergieeffekten für andere Branchen • Moderne Universität und Forschungsinstitute • Ansätze ressortübergreifender Konzepte • Tradition sozial ausgeglichener Politik (hoher Konsens) 	<ul style="list-style-type: none"> • Hohe Schulden und rigorose Sparvorgaben des Bundes • Reduzierung der Investitionen • Starke Exportabhängigkeit der Wirtschaft (krisenanfällig) • Kürzungen bzw. Schließungen von Leistungen/Angeboten
<ul style="list-style-type: none"> • Fokus auf innovative Ansätze und Klimaschutz (z.B. Innovation City) • Stärken der Universität im Bereich Naturwissenschaften • Soziale Verantwortung 	<ul style="list-style-type: none"> • Nothaushaltsslage • Handlungsspielraum und Planungssicherheit eingeschränkt • Wirtschaftsstruktur anfällig • Kürzungen bzw. Schließungen von Leistungen/Angeboten
<ul style="list-style-type: none"> • Biotechnologie Gesundheitswirtschaft und Tourismus positiv • Hohe Wohn- und Lebensqualität 	<ul style="list-style-type: none"> • Anwerben/Halten Hochqualifizierter • fehlende TU • Auslaufen der Fördermittel • Ungewissheit der Belastung durch Cross-Border-Leasing • Kürzungen bzw. Schließungen von Leistungen/Angeboten

4.2 Zusammenfassung und Bewertung der Reaktionen

Die Abgrenzung der jüngeren Reaktionen auf die neuen, im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise entstandenen Problemlagen von den bereits länger andauernden, mit dem Strukturwandel einher gehenden Herausforderungen ist ein analytisches Problem. Zum einen handelt es sich bei den jüngeren Problemen um einen einerseits noch sehr kurzen und andererseits noch nicht abgeschlossenen Prozess. Zu diesem Zeitpunkt kann dementsprechend nur eine Bestandsaufnahme präsentiert werden, eine abschließende Aussage ist noch nicht möglich. Darauf deutet auch hin, dass bislang wenige wissenschaftliche Arbeiten mit empirisch belastbaren Ergebnissen vorliegen. Unseres Erachtens lassen sich vier Maßnahmenkategorien voneinander unterscheiden, die im Folgenden kurz beschrieben werden. Diese Einteilung hat nicht den Anspruch, alle Themenbereiche abzudecken. Auch muss darauf hingewiesen werden, dass die Einteilung eine Tendenz andeutet, jedoch nicht als abschließend verstanden werden kann.

„Ältere“ Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Krise eingestellt wurden

Im Zuge der Auseinandersetzung mit den vielfältigen Problemen des Strukturwandels haben die meisten alt-industriellen Städte – vor allem in den 1990 Jahren – versucht, über bauliche – zum Teil sehr kostspielige – Großprojekte (sogenannte Flagships) den Wandel weg von der industriellen Vergangenheit einzuläuten und sich neu im internationalen Standortwettbewerb zu positionieren (u.a. Guggenheim-Museum in Bilbao, Jahrhunderthalle in Bochum). Größere Infrastrukturprojekte wurden während dieser Phase ebenfalls umgesetzt. Dazu zählt z.B. der Aufbau oder die Modernisierung von Verkehrs- oder Versorgungsinfrastruktur. Ebenso wurde in allen Untersuchungsstädten massiv in die Revitalisierung der Innenstädte investiert.

Vor allem die engen finanziellen Handlungsspielräume ermöglichen momentan keine Betätigung in diesen Bereichen. Großprojekte können mit Mitteln der öffentlichen Hand nicht oder zumindest nicht in dem Umfang wie in der Vergangenheit umgesetzt werden. Zudem stellen die hohen Instandhaltungskosten dieser Projekte eine finanzielle Belastung dar.

„Ältere“ Maßnahmen, die trotz der Krise weitergeführt werden

In einigen anderen „älteren“ Betätigungsfeldern ist eine solche Abkehr nicht festzustellen. Es besteht ein genereller Konsens bei den handelnden Akteuren und in der Stadtgesellschaft, dass in diesen Bereichen entweder weiterhin Handlungsbedarf besteht oder sich die Maßnahmen als relativ nützlich erwiesen haben.

Zunächst ist der Bereich Wirtschaftsförderung zu nennen. In den untersuchten Städten wurden Wirtschaftsbereiche (z.B. in Form einer Clusterstrategie) identifiziert, von denen

ein besonderer Beschäftigungs- oder Innovationsimpuls für die Zukunft erwartet wird. Zudem dient diese Ausrichtung dem Ziel der Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur zur Überwindung des anhaltenden Strukturwandels.

Des Weiteren besteht in der Regel weiterhin Einigkeit darüber, dass der sozialräumlichen Polarisierung der Städte aufgrund zunehmender sozialer Ungleichheiten entgegen gewirkt werden muss. Deshalb werden besonders benachteiligte Stadtteile weiterhin in den Fokus von Förderprogrammen genommen.

Zudem wird der Bereich Bildung, Ausbildung und Qualifizierung als ein wichtiges Handlungsfeld wahrgenommen. Zum einen wird versucht, höher qualifizierte Fachkräfte anzuziehen oder zu halten. Zum anderen werden Anstrengungen unternommen, dem sogenannten „skills mismatch“ und sozialen Problemlagen wie (Langzeit-) Arbeitslosigkeit durch Qualifizierung niedrig qualifizierter Bewohner zu begegnen. Maßnahmen werden häufig über Mittel der EU oder von Bund und Ländern finanziert (ESF, EFRE, BIWAQ etc.).

Die Stärkung der städtischen Attraktivität über Imagekampagnen und begleitende Projekte und Angebote wird nach wie vor als wichtiges Handlungsfeld angesehen. So werden Lebensqualitätsaspekte betont, um bestimmte Gruppen anzuwerben.

„Jüngere“ Maßnahmen als direkte Reaktion auf die Krise

Bei der Frage nach den direkten Antworten auf die aus der Finanz- und Wirtschaftskrise resultierenden Probleme müssen vor allem die Konsequenzen aus der finanziellen Notlage der Städte angeführt werden.

Obgleich die Finanzlage der Städte bereits zuvor durch hohe Schuldenstände gekennzeichnet war, wurde das dramatische Ausmaß der Verschuldung erst im Zuge der Krise sehr viel stärker thematisiert. Die untersuchten Städte versuchen einerseits aus eigener Kraft, z.B. durch rigorose Sparmaßnahmen oder den Verkauf städtischer Infrastrukturen, ihre Haushalte zu sanieren. Andererseits werden sie von Aufsichtsinstanzen dazu gezwungen, umfangreiche Sparmaßnahmen einzuleiten wie z.B. in Bremen oder Bochum. Auf der Bundesebene wurden verschiedene Maßnahmen als direkte Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise aufgelegt, die – wie z.B. die Konjunkturpakete I und II sowie die Kurzarbeiterregelung – auch den Städten zu Gute kamen.

„Jüngere“ Maßnahmen, die ein generelles Umdenken andeuten

Interessant ist natürlich die Frage, inwiefern sich im Zuge der Zwänge und Herausforderungen eventuell neue Herangehensweisen – im Sinne eines „Strukturwandels 2.0“ –

herauskristallisieren, die auf ein generelles Umdenken und die Umsetzung einer neuen „Generation“ von Projekten hindeuten.

Hier lässt sich unter anderem der deutliche Bedeutungszuwachs der „globalen“ Herausforderung Klimaschutz- und anpassung anführen. Dieser Themenbereich hat Einzug in die städtischen Handlungsbereiche gehalten. Bremen und Leipzig nehmen an der Initiative „Elektromobilität in Modellregionen“ des BMVBS teil. Sie arbeiten gemeinsam mit den Akteuren aus Wissenschaft, Technik und Verwaltungen an zukunftsfähigen Konzepten des Aufbaus von Infrastruktur und Verkehrskonzepten etc. (Website BMVBS).

Aber auch der Wettbewerb „Innovation City“ zeigt, dass Städte sich immer häufiger mit dem Thema Klimaschutz auseinandersetzen und vielfältige, ganzheitliche Maßnahmen auf Stadtebene durchführen wollen. Es zeigt sich bereits, dass dieses Thema auf Resonanz stößt. Das Unternehmen Evonik wird in Bottrop, der gewählten „Innovation City“, ein Forschungszentrum (Reduzierung von CO₂) aufbauen. Des Weiteren wird das Wuppertal Institut eine wissenschaftliche Begleitstudie zur Innovation City Ruhr durchführen. Ziel soll sein, die gewonnenen Erfahrungen für andere Regionen zugänglich zu machen (Website Innovation City Ruhr). Die Bundesregierung unterstützt das Projekt auch bei der Investorensuche.

4.3 Ausblick

Die untersuchten Weak Market Cities in Deutschland müssen sich auch in Zukunft großen Herausforderungen stellen:

Einerseits werden die Entwicklungen in den Städten zu einem großen Teil von exogenen Faktoren beeinflusst. Wenn beispielsweise die Arbeitsmärkte im Zuge einer bundesweiten Rezession betroffen werden, äußert sich das in den Städten an der Zunahme von Arbeitslosigkeit und Empfängern von Sozialleistungen, die wiederum häufig konzentriert in bestimmten – bereits benachteiligten - Quartieren wohnen. Während das übergeordnete Problem auf lokaler Ebene nicht behoben werden kann, müssen vor Ort Antworten auf die – in diesem Fall sozialen – Konsequenzen gefunden werden.

„Das Schwierige ist, dass die Stadt nicht an den Ursachen der momentanen finanziellen Probleme arbeiten kann. Die Stadt kann nur an den Symptomen arbeiten.“ (Interview BO 2)

Auch eine veränderte Gesetzgebung auf übergeordneter Ebene (Land, Bund, EU) kann sowohl positive als auch negative Konsequenzen in den Städten haben. Einerseits können die Städte z.B. von rezessionsbedingten Hilfspaketen profitieren. Andererseits betrifft sie die Kürzung wie z.B. aktuell im Bereich der Städtebauförderung direkt.

Andererseits beeinträchtigen Verschuldung und Haushaltsdefizite der Städte und Kommunen ihre Handlungsmöglichkeiten. Auch die Aussicht auf eine grundlegende Reform des Finanzsystems zu Gunsten der kommunalen Ebene durch die Gemeindefinanzkommission ist trotz einiger Zusagen bei Kostenübernahmen eher ungewiss. Die dramatische Verschuldung betrifft die strukturschwachen stärker als wirtschaftlich dynamischere Städte. Es ist davon auszugehen, dass sich das Gefälle zwischen erfolgreichen (vor allem in Süddeutschland und um einige wirtschaftsstarke Ballungsräume) und strukturschwachen Regionen (Ruhrgebiet, weitere altindustriell geprägte Räume) verschärfen wird. Die strukturschwachen Städte erholen sich von einer Krise tendenziell langsamer und verfügen zudem über weniger Möglichkeiten, ihre Position zu verbessern (KfW 2010). Dazu konstatieren Schwengler und Hecht (2011: 132):

„Während die Krise eher zum Ausgleich der regionalen Disparitäten beigetragen hat, scheint die jetzige Entwicklung den „starken“ Regionen zu Gute zu kommen und die regionalen Disparitäten wieder zu verstärken.“

Beim Zugang zu Fördermitteln müssen sich die Städte auf Beschränkungen einstellen. Es besteht einerseits Unklarheit über die Verfügbarkeit bestimmter Förderprogramme in der Zukunft (z.B. Kürzungen Städtebauförderung, Phasing-Out). Andererseits kann die Haushaltslage dazu führen, dass Fördermittel nicht mehr zugänglich sind (z.B. Eigenanteil) und an alternativen Finanzierungskonzepten gearbeitet werden muss. Einige Interviewpartner bemerkten, dass die knappe Personalausstattung dazu führt, dass kaum noch Möglichkeiten zur Formulierung grundlegender strategischer Ausrichtungen bestehen.

Folgende Handlungsansätze scheinen sich aus Sicht der städtischen Entscheidungsträger bewährt zu haben und sollten, wenn möglich, fortgesetzt werden:

- Hinsichtlich der städtischen Handlungsfelder ist eine Erhebung der Bedarfe erforderlich - sowohl thematisch als auch räumlich. Die drei deutschen Untersuchungsstädte haben Monitoring-Instrumente eingeführt, die solche Entscheidungsprozesse vereinfachen, falls notwendig politisch legitimieren und im Nachhinein eine Evaluation ermöglichen.
- Ressortübergreifende Herangehensweisen ermöglichen die Einbindung relevanter Akteure, die Bündelung von Ressourcen und die Ausgestaltung gezielter Maßnahmen (EU 2007, Stadt Leipzig 2009, Scholz/Meyer 2010).
- Angestrebt wird – wie auch in der Leipzig Charta gefordert - die Nutzung partizipativer Verfahren und die Stärkung lokaler Demokratie durch die stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft in städtische Entscheidungsprozesse. Im Gegensatz dazu stehen die als kritisch zu beurteilenden Kürzungen vor allem der nicht-investiven Maßnahmen im Bereich der Städtebauförderung, wodurch z.B. die Arbeit der Quartiersmanagements erschwert wird (Zimmer-Hegmann 2011).
- Darüber hinaus werden Wege gesucht, weitere Akteure (z.B. gemeinnütziger Sektor, Wirtschaft) als Träger oder Geldgeber für Projekte stärker einzubinden. Auf Stadtebene wird die Aktivierung und Beteiligung der Bewohner bereits gefördert (z.B. über Stadtteilbudgets).
- Über den Austausch mit anderen Städten, beispielsweise über die Teilnahme an Städtenetzwerken (z.B. Urbact) oder Kooperationen, können sich die Entscheidungsträger in den Verwaltungen über nützliche Ansätze informieren, die anderswo angewendet werden. In Bremen hilft die Zusammenarbeit im Netzwerk „Koopstadt“ bei der Ausformulierung des neuen Leitbildes; in Leipzig bei der Umsetzung des neuen Stadtentwicklungskonzeptes.
- Über Modellprojekte können Handlungsansätze entwickelt und deren Tauglichkeit zur Überwindung spezifischer Probleme erprobt werden (z.B. Modellregion Elektromobilität).
- Es gilt auch, sich eröffnende Möglichkeiten zu nutzen. Das betrifft z.B. die neuen Fördermöglichkeiten im Bereich des Klimaschutzes.

Im ersten Quartal 2011 deutete die wirtschaftliche Entwicklung noch darauf hin, dass die Rezession in Deutschland - im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Industrieländern - bereits frühzeitig überwunden werden konnte. Davon erhofften sich die Kommunen und Städte steigende Einnahmen und positive Arbeitsmarkimpulse, die sich zum Teil auch schon bemerkbar machen. Die aktuell veröffentlichten Zahlen für das zweite Quartal 2011 fallen jedoch erheblich schlechter aus. Gerade für strukturschwache Städte und Regionen kann daher noch keine Entwarnung gegeben werden. Aufgrund der neuerlichen Turbulenzen am internationalen Finanzmarkt kommen zudem Zweifel auf, ob die Krise tatsächlich überwunden ist oder sich nicht sogar eine neuerliche Finanz- und Wirtschaftskrise anbahnt. Und auch Experten weisen darauf hin, dass die Krise für strukturschwache Städte und Regionen noch nicht überwunden ist:

„Dass die deutsche Wirtschaft sich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise außerordentlich schnell erholt, führt nicht dazu, dass die Steuereinnahmen von Bund und Ländern 2010, 2011 und 2012 das Niveau von 2008 erreichen. Lediglich die gemeindliche Ebene wird nach dieser Steuer-schätzung das Niveau von 2008 erzielen. Vor dem Hintergrund explodierender kommunaler Kassenkredite und der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten im Euro-Raum kann trotz der positiven Wirtschaftsdaten für Deutschland keine endgültige Entwarnung für die öffentlichen Haushalte gegeben werden.“ (Eltges/Kuhlmann 2011: 144)

Des Weiteren wird argumentiert, dass für jene Regionen und Industriestandorte langfristige Gefahren bestünden, denen es nicht gelänge, über Produktinnovationen und Verbesserungen ihres technologischen Produktionsniveaus mit dem wirtschaftlichen und ökologischen Strukturwandel Schritt zu halten (Zarth 2011: 111).

Außerdem ist momentan noch nicht überschaubar, welche Auswirkungen die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten einiger EU-Mitgliedstaaten auf die Stabilität der Wirtschaft haben werden. Eine Abschätzung der Auswirkungen weiterer milliardenschwerer Rettungspakete zur Stützung des Euros ist nicht möglich. Die aktuelle Lage in Griechenland könnte auch die Zukunft der Währungsunion in Frage stellen.

4.4 Neue Fragestellung: Fokus auf strategische Entwicklungsplanung

Die Untersuchungsstädte sehen sich mit einem Bündel aus älteren und jüngeren Problemlagen konfrontiert (siehe Kap. 2). Die Möglichkeiten, diese zu überwinden, werden die zukünftige Entwicklung maßgeblich beeinflussen. Diesbezüglich besteht nach unserer Einschätzung weiterer Forschungsbedarf.

Eine Erkenntnis der Forschung ist die Bedeutung einer strategischen Stadtentwicklungsplanung für die Zukunft der untersuchten Städte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen und Verwerfungen bis zum heutigen Tag zeigen, dass es sogar dringender denn je nötig ist, die knappen finanziellen Ressourcen effizient einzusetzen, um weiterhin eine Möglichkeit zur Steuerung der lokalen Entwicklungen zu haben. Eine Abkehr von strategischer Entwicklungsplanung und der Ausgestaltung kurz-, mittel- und langfristiger Zielvorgaben aufgrund eingeschränkter Handlungsspielräume müsste daher als Rückschritt bezeichnet werden.

Daraus leitet sich die folgende leitende Fragestellung ab:

- Wie kann es den Städten in Zeiten von Haushaltsdefiziten, Verschuldung und Sparauflagen gelingen, weiterhin eine strategische Stadtentwicklungsplanung zu betreiben und deren Umsetzung zu realisieren?

Daran schließen sich weitere Fragestellungen an:

- Aufgrund der finanziellen Einschränkungen erscheint es gegenwärtig unausweichlich, dass nicht alle bisherigen Handlungsfelder gleichmäßig gefördert werden können. Der Fokus auf besonders innovative und zukunftsweisende Bereiche bietet sich an. Welchen Handlungsfeldern wird daher Priorität eingeräumt?
- Eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit lässt sich bei überschaubarem finanziellem Mehraufwand möglicherweise über eine Stärkung der internen Vernetzung und den gezielten Austausch und die Kooperation mit weiteren Partnern erzielen. Wie lassen sich solche Synergien am besten nutzen? In welchen Bereichen bieten sich Vernetzungen und Kooperationen am ehesten an? Welche Akteurskonstellationen sind besonders wirksam?

In ausgewählten Aufgabenfeldern liegt besonderes Potenzial:

- Abgesehen von den Auswirkungen auf die Umwelt werden der Klimawandel und die zunehmende Ressourcenknappheit stärker zu einem Kostenfaktor. Zudem besteht mittlerweile immer mehr gesellschaftlicher Konsens darüber, dass dieser Bereich ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität ist. Trotz der begrenzten finanziellen Spielräume messen einige der untersuchten Städte diesem Themenfeld eine besondere Bedeutung bei. Kann der Klimaschutz und –anpassung z.B. im Zusammenhang mit Umwelttechnologien zu einem Leitthema der Stadtentwicklung werden? Wie lässt sich das umsetzen?
- Eine diversifizierte und mit möglichst innovativen Branchen bestückte Wirtschaftsstruktur reduziert die Krisenanfälligkeit in der Regel. Aufgrund der vorhandenen Strukturen (bestehende Branchen, Arbeitsmarkt, etc.) sind die Handlungsmöglichkeiten gerade für strukturschwache Städte aber zum Teil beschränkt. Gibt es (neue) Ansätze der Wirtschaftsförderung, welche sich bei dieser Ausgangslage anbieten? Wie kann der Bereich der klassischen Wirtschaftsförderung stärker mit den Zielen der Stadtentwicklung gekoppelt werden, um zukünftige Entwicklungen räumlich zu steuern?
- In den Untersuchungsstädten besteht ein weitreichender Konsens zum sozialen Ausgleich. Benachteiligte Stadtteile bedürfen auch in Zukunft weiterer Unterstützung. Im Zuge der Krise sind sie durch den Wegbruch von Fördermitteln und die stärkere Anfälligkeit der ansässigen Bevölkerungsgruppen bei Beschäftigtenabbau doppelt betroffen. Wie lässt sich das Ziel des Ausgleichs angesichts verringerter Mittel weiterhin realisieren?

Im Rahmen der zwei Phasen des Projektes konnten über den Vergleich mit den Entwicklungen in anderen europäischen Kontexten wichtige Erkenntnisse über den Stand der gegenwärtigen Ansätze und Handlungsmöglichkeiten von strukturschwachen Industriestädten gewonnen werden. Bei der Bearbeitung der oben genannten Fragestellungen bietet sich der Blick auf internationale Vergleichsstädte unseres Erachtens weiterhin an. Geeignet wären z.B. die Städte Lille, Sheffield, Belfast und Bilbao, aufgrund ihrer Beteiligung am Netzwerk der City Reformers Group sind die Voraussetzungen günstig, hier anzuknüpfen und fortzusetzen.

5. Interviewpartner

Bremen		
Baumheier, Dr. Ralph	Gesamtkoordination regionale und ressortübergreifende Kooperation, Senat für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	15.02.2011
Frey, Thomas	Referent Stadtentwicklung und Kultur, Arbeitnehmerkammer Bremen	20.01.2011
Fornahl, Dr. Dirk	Zentrum für Regional- und Innovationsökonomik, Universität Bremen	19.01.2011
Grewe-Wacker, Marianne	Referatsleiterin Einzelhandelszentren, Marketing, Tourismus und Veranstaltungen, Senat für Wirtschaft und Häfen	20.01.2011
Haubold, Dorothea	Referat Stadtumbau (WIN), Senat für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	16.02.2011
Heyduck, Elke	Referentin Politikberatung, Arbeitnehmerkammer Bremen	20.01.2011
Heyer, Andreas	Vorsitzender der Geschäftsführung, Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WfB)	17.01.2011, 12.09.2011
Höing, Prof. Dr. Franz-Josef	Senatsbaudirektor, Senat für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa	16.02.2011
Kristen, Dr. Thomas	Spiegelreferent für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung, Senatskanzlei Bremen	20.01.2011, 13.09.2011
Kurzhöfer, Petra	Leitung Stadt- und Projektentwicklung, Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH (GfS)	18.01.2011
Schumann, Ralf	Geschäftsbereichsleiter Gewoba in Osterholz-Tenever	16.02.2011
Sänze, Rita	Quartiersmanagerin Bremen-Gröpelingen, Amt für soziale Dienste	18.01.2011, 17.02.2011
Schwarzer, Thomas	Referent kommunale Sozialpolitik, Arbeitnehmerkammer Bremen	20.01.2011
Schieferstein, Dr. Barbara	Referatsleiterin Innovation und Technologietransfer, Senat für Wirtschaft und Häfen	20.01.2011, 07.09.2011
Warsewa, Dr. Günter	Direktor Institut Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen	19.01.2011

Bochum		
Bahrenberg, Burkhardt	Projektleiter Innenstadt West, NRW.Urban	23.04.2010
Büchele, Ralph	Cluster Umwelttechnologien NRW	22.04.2010
Frisch, Frank	Ansprechpartner für Klimaschutz, Grünflächenamt der Stadt Bochum	17.02.2010, 22.04.2010
Huhn, Burkhard	Leiter des Sachgebietes Rahmenplanung, Stadt Bochum	02.03.2010 06.05.2010 07.09.2011
Jung, Wolfgang	Stellvertretender Geschäftsführer, Solarstadt Gelsenkirchen e.V.	22.04.2010
Kratzsch, Dr. Ernst	Stadtbaurat, Stadt Bochum	24.03.2010, 27.07.2010
Langer, Uwe	Stadtplanungs- und Bauordnungsamt, Stadt Bochum	13.09.2011
Meyer-Falcke, Dr. Andreas	Leiter Strategiezentrum Gesundheit Bochum	03.03.2010
Osterhoff, Dr. Frank	Wirtschaftsförderung Bochum	04.02.2010, 06.05.2010
Schröder, Karsten	Geschäftsführer, Stadtumbaubüro Bochum	02.03.2010, 22.04.2010
Toker, Ercüment	Geschäftsführer, IFAK e.V.	06.05.2010
Leipzig		
Bernt, Dr. Matthias	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)	28.04.2010
Franz, Dr. Peter	Institut für Wirtschaftsförderung Halle (IWH)	28.04.2010
Kaufmann, Andreas	Dipl.-Ing. Raumplanung, Büro Kaufmann	28.04.2011
Lohse, Achim	Dezernat für Wirtschaft und Arbeit, Stadt Leipzig	26.04.2010, 08.09.2011
Oertel, Thorsten	Geschäftsführer, PUUL GmbH	26.04.2010
Pannike, Karolin	Stadtplanungsamt Leipzig	30.04.2010
Rink, Prof. Dr. Dieter	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)	28.05.2010
Heinig, Stephan	Amtsleiter Stadtplanungsamt	14.09.2011
Gerken, Karsten	Amtsleiter im Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung	09.09.2011

6. Literatur

Advanced Manufacturing Park Sheffield: <http://www.ampuk.com/> (Zugriff: 12.12.2011).

Bardt, Hubertus; Fuest, Winfried (2007): Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. In: IW-Trends, Jg. 34, H. 3/2007. Online verfügbar unter http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends03_07_2.pdf, zuletzt geprüft am 20.11.2011.

Baumheier, Ulrike; Schwarzer, Thomas (2009): Neue Ansätze der Vernetzung durch Quartierszentren in Bremen. Herausgegeben von Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW). Bremen. Online verfügbar unter <http://www.iaw.uni-bremen.de/downloads/Nr4-BaumheierQuartierszentren.pdf>.

BBSR-Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (Hg.) (2009): Die Städtebauförderungsdatenbank des BBSR. Programmstruktur und Fördermitteleinsatz seit der deutschen Einheit. Unter Mitarbeit von Thorsten Wagner. Bonn. Online verfügbar unter http://www.bbsr.bund.de/nn_21272/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BerichteKompakt/2009/DL_9_2009,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/DL_9_2009.pdf.

Belfast City Council (Hg.): www.belfastcity.gov.uk/northforeshore/index.asp (Zugriff: 21.6.2011).

Belfast City Council 2 (Hg.): <http://www.belfastcity.gov.uk/northforeshore/docs/NorthForeshoreMasterplanSept08.pdf> (Zugriff: 12.12.2011).

Belfast City Council 3 (Hg.): <http://www.belfastcity.gov.uk/businessprogrammes/HarteProgramme.asp> (Zugriff: 12.12.2011).

Bertelsmann Stiftung (Hg.): <http://www.wegweiser-kommune.de/> (Zugriff: 15.11.2011).

Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) 2.: http://www.biwaq.de/nn_343982/DE/Projekte/Projekte/210_MIQUA.html (Zugriff: 20.6.2011).

Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) 3: http://www.biwaq.de/nn_343982/DE/Projekte/Projekte/224_OstWerkStadt.html (Zugriff: 20.6.2011).

Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ): http://www.biwaq.de/cIn_032/nn_343982/sid_53AF0B4F2CC8AE9B7C4E0EAAA08B8D33/SiteGlobals/Forms/Suche/ProjektSucheFormStadt,templateId=processForm.html#suchergebnis (Zugriff: 20.6.2011). Projekte im Überblick.

Blazejczak, Jürgen; Edler, Dietmar (2010): Umweltschutz: Hohes Beschäftigungspotential in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW, Jg. 77, H. 10, S. 2–9.

BMBF-Bundesministerium für Bildung und Forschung 1: <http://www.lernen-vor-ort.info/> (Zugriff: 20.6.2011).

BMBF-Bundesministerium für Bildung und Forschung 2: <http://www.wettbewerb-energieeffiziente-stadt.de/> (Zugriff: 20.6.2011).

BMF- Bundesministerium der Finanzen (Hg.) (2010b): Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010. Online verfügbar unter http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_53848/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht_des_BMF/2010/05/analysen-und-berichte/b01-ergebnisse-der-steuersch_C3_A4tzung/ergebnisse-der-steuersch_C3_A4tzung.html?__nnn=true, zuletzt geprüft am 08.07.2010.

BMF- Bundesministerium der Finanzen (Hg.) (2009b): Historische Entscheidung - Schuldenbremse kommt. Online verfügbar unter http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_90/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/008_Schuldenbremse,templateId=renderPrint.

BMF- Bundesministerium der Finanzen (Hg.) (2009a): Informationen zum Konjunkturpaket vom Januar 2009. Online verfügbar unter http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_71046/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht_des_BMF/2009/01/uebersichten_und_termine/UT0_20_20Konjunkturpaket/node.html?__nnn=true, zuletzt geprüft am 31.05.2010.

BMF- Bundesministerium der Finanzen (Hg.) (2010a): Kabinett beschließt Einrichtung einer Gemeindefinanzkommission. Online verfügbar unter http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2010/02/20102402__PM07.html, zuletzt geprüft am 31.05.2010.

BMF- Bundesministerium der Finanzen (Hg.) (2008): Schutzschirm für Arbeitsplätze. Online verfügbar unter http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_69120/DE/Buergerinnen_und_Buerger/Gesellschaft_und_Zukunft/themenschwerpunkt_konjunkturpakete/073_Schutzschirm_arbeitsplaetze.html, zuletzt aktualisiert am 05.11.2008, zuletzt geprüft am 31.05.2010.

BMI - Bundesministerium des Innern (Hg.) (2010): Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Rechtssetzung“ der Gemeindefinanzkommission. Berlin.

BMU-Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) (2011a): Erneuerbar beschäftigt. Kurz- und langfristige Wirkungen des Ausbaus erneuerbarer Energien auf den deutschen Arbeitsmarkt. Berlin. Online verfügbar unter http://www.erneuerbare-energien.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_erneuerbar_beschaeftigt_bf.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2011.

BMU-Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.): www.bmu-klimaschutzinitiative.de (Zugriff: 13.11.2011).

BMU-Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) (2011b): BMU-Newsletter zur Forschung im Bereich erneuerbare Energien, H. 3/2011.

BMVBS-Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2008): Stellungnahme und Empfehlungen der Lenkungsgruppe. zur Evaluierung des Bund-Länder-Programms „Stadumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“ und zur Fortführung des Programms über das Jahr 2009 hinaus. Online verfügbar unter <http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/45120/publicationFile/11613/evaluierung-stadumbau-ost-stellungnahme-und-empfehlungen-der-Lenkungsgruppe.pdf>, zuletzt geprüft am 11.12.2011.

BMVBS-Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 1. (Hg.): http://www.bmvbs.de/DE/StadtUndLand/Staedtebaufoerderung/Staedtebaufoerderung2011/staedtebaufoerderung-2011_node.html (Zugriff: 12.12.2011).

BMVBS-Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2. (Hg.): http://www.staedtebaufoerderung.info/cln_033/nn_1087344/StBauF/DE/UeberDieStBF/Mittelverteilung/Mittelverteilung__node.html?__nnn=true (Zugriff: 14.12.2011).

BMVBS-Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 3. (Hg.): <http://www.personal-mobility-center.de/de/start.html> (Zugriff: 15.11.2011).

BMVBS-Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 4. (Hg.): <http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/UI/modellregionen-elektromobilitaet.html> (Zugriff: 27.6.2011).

BMWi- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hg.) (2009): Allgemeine Wirtschaftspolitik: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsbericht - Januar 2009. Online verfügbar unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Monatsbericht/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-01-2009,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>, zuletzt geprüft am 07.07.2010.

Böhme, Christa; Franke, Thomas (2011): Programmumsetzung Soziale Stadt im Leipziger Osten. Evaluationsbericht. Herausgegeben von DIfU-Deutsches Institut für Urbanistik. Online unter http://www.leipziger-osten.de/fileadmin/UserFileMounts/Redakteure/Inhaltsbilder/Stadtteil_im_Blick/Publikationen/Difu_Soziale%20Stadt%20Evaluation_Juli%202011.pdf (Kurzfassung), zuletzt geprüft am 11.12.2011.

Bosch, Gerhard; Weinkopf, Claudia (Hg.). (2007): Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt: Campus verlag.

Brenke, Karl; Rinne, Ulf; Zimmermann, Klaus F. (2010): Kurzarbeit: Nützlich in der Krise, aber nun den Ausstieg einleiten. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW, Jg. 77, H. 16, S. 2–13. Online verfügbar unter http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.355423.de/10-16.pdf, zuerst veröffentlicht: 21.04.2010.

Bühler, Theo; Klemisch, Herbert; Ostenrath, Krischan (2007): Ausbildung und Arbeit für erneuerbare Energien. Statusbericht 2007. Bonn: Wissenschaftsladen e.V.

Bundesagentur für Arbeit (Hg.) (2011): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Zeitarbeit in Deutschland - aktuelle Entwicklungen. Online verfügbar unter <http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/244170/publicationFile/119019/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung-1HJ2010.pdf>. Bundesregierung (Hg.) (2010): Deutschland bürgt für den Euro. Online verfügbar unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/Euroschutzschirm/2010-05-11-gesetz-schutzschirm,layoutVariant=Druckansicht.html>, zuletzt geprüft am 14.06.2010.

Bundesregierung (Hg.) (2011): Stärkerer Euro-Rettungsfonds beschlossen. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/nn_987416/Content/DE/Artikel/2011/09/2011-09-29-eurorettungsschirm-zweite-dritte-lesung.html, zuletzt geprüft am 15.11.2011.

CASE - Centre for Analysis of Social Exclusion (Hg.) (2008): Belfast - Gaswork Employment Matching Service. Report to the Academy of Sustainable Communities.

Cluster Energie und Umwelttechnik Leipzig (Hg.): <http://energiemetropole-leipzig.de/> (Zugriff: 16.6.2011).

Crimmann, Andreas; Ellguth, Peter; Kohaut, Susanne; Lehmer, Florian; Ziegler, Kerstin (2009): Forschungsbericht zum Thema „Arbeitnehmerüberlassung“. Herausgegeben von IAB - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Online verfügbar unter <http://doku.iab.de/externe/2010/k100113303.pdf>, zuletzt geprüft am 22.11.2011.

Department for Social Development (Hg.) (o.J.): Ending Fuel Poverty. A Strategy for Northern Ireland.

Der Senator für Umwelt, Bau Verkehr und Europa (Hg.) (2009): Bremen '20 - Komm mit nach Morgen. Bremen.

Deutscher Bundestag (Hg.) (2009): Aktueller Begriff. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/schuldenbremse.pdf>, zuletzt geprüft am 22.11.2011.

Deutscher Städtetag (Hg.) (2010): Sozialleistungen der Städte in Not. Zahlen und Fakten zur Entwicklung kommunaler Sozialausgaben. Berlin/Köln. (Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik, Band 93).

Deutscher Städtetag (Hg.) (2011): Aktuelle Finanzlage der Städte. Rückblick auf 2010 und Prognose für 2011. Online verfügbar unter <http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2011/6.pdf>.

Deutscher Städtetag (Hg.) (2009): Wer bestellt? Wer bezahlt? Kommunalfinanzen unter Druck von Bund und Ländern. In: Der Städtetag, H. 3/2009, S. 12–16.

DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.) (2010): Leiharbeit in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme nach der Deregulierung. Berlin.

Dietz, Martin; Müller; Gerrit; Trappmann, Mark (2009): Warum Aufstocker trotz Arbeit bedürftig bleiben. In: IAB-Kurzbericht, H. 2/2009, zuerst veröffentlicht: <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb0209.pdf>, zuletzt geprüft am 22.11.2011.

DStGB - Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hg.) (2010b): Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung für die Jahre 2010 bis 2014. Online verfügbar unter http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/gemeindefinanzen/aktuelles/ergebnisse_der_mai_steuerschaetzung_fuer_die_jahre_2010_bis_2014/ergebnisse_mai_steuerschaetzung.pdf, zuletzt aktualisiert am 04.2010.

DStGB - Deutscher Städte- und Gemeindenbund (Hg.) (2010a): Wachstum nur mit starken Städten und Gemeinden. BILANZ 2009 und AUSBLICK 2010 der deutschen Städte und Gemeinden. Online verfügbar unter <http://www.dstgb.de/dstgb/DStGB-Dokumentationen/Nr.%2096%20-%20Wachstum%20nur%20mit%20starken%20St%C3%A4dten%20und%20Gemeinden%20-%20Bilanz%202009%20und%20Ausblick%202010%20der%20deutschen%20St%C3%A4dte%20und%20Gemeinden/doku96.pdf>.

Eltges, Markus (2009): Mögliche Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die deutschen Regionen in BBSR. In: BBSR-Berichte KOMPAKT, H. 2/2009, S. 1–7.

Eltges, Markus; Kuhlmann, Petra (2011): Finanzkrise und kommunale Steuereinnahmen. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 2.2011, S. 121–134.

EU - Europäische Union (Hg.) (2006): Leitlinien Für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007-2013. Online verfügbar unter http://www.ibb.de/portaldata/1/resources/content/download/foerderung/GRW_LEITLINIEN_FUeR_STAATLICHE_BEIHILFEN_MIT_REGIONALER_ZIELSETZUNG_2007-2013.pdf.

EU - Europäische Union (Hg.) (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Online verfügbar unter http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Mai/0524-AN/075DokumentLeipzigCharta.pdf.

Fichtner, Ferdinand; Junker, Simon; Bernoth, Kerstin; Brenke, Karl; Dreger, Christian; Erdmann, Arthur et al. (2011): Zunehmende Verunsicherung bremst Wachstum. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW, H. 40.

Fornahl, D.; Mossig, I.; Schröder, H. (2010): Heureka oder Phönix aus der Asche. Der Entwicklungspfad der Offshore-Windenergie-Industrie in Nordwestdeutschland. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 54, H. 3-4, S. 222–237.

Goebel, Jan; Gornig, Martin; Häußermann, Hartmut (2010): Polarisierung der Einkommen. Die Mittelschicht verliert. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW, Jg. 77, H. 24, S. 2–9. Online verfügbar unter http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.357513.de/10-24.pdf, zuletzt geprüft am 15.11.2011.

Hecht, Veronika; Schwengler, Barbara (2011): Regionale Arbeitsmärkte in der Krise. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 2.2011, S. 121–133.

Heinig, Stefan (2010): Integrierte Stadtentwicklung in Leipzig. Veranstaltung vom 2010. Leipzig.

Heinz, Werner (2008): Der große Umbruch. Deutsche Städte und Globalisierung. Berlin: Dt. Inst. für Urbanistik (Edition DifuStadt, Forschung, Praxis, 6).

Hellwig, Martin (2008): Systemic Risk in the Financial Sector: An Analysis of the Subprime Mortgage Financial Crisis. Herausgegeben von Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern. Online verfügbar unter http://www.coll.mpg.de/pdf_dat/2008_43online.pdf, zuletzt geprüft am 31.05.2010.

Heyduck, Elke (2011): Stadtstaat (un-)verschuldet. In: Bremer Arbeitnehmer Magazin, H. 1, S. 8–9.

Hills, John (2011): Fuel Poverty. The Problem and its Measurement. Herausgegeben von Centre of Analysis of Social Exclusion. Online verfügbar unter <http://www.decc.gov.uk/assets/decc/11/funding-support/fuel-poverty/3226-fuel-poverty-review-interim-report.pdf>, zuletzt geprüft am 12.12.2011.

Hochschule für Gesundheit: <http://www.hs-gesundheit.de/> (Zugriff: 21.6.2011).

Holtkamp, Lars (2010): Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen. In: Aus Ploitik und Zeitgeschichte, H. 7-8, S. 13–19.

Hulverscheidt, Claus (2011): Gewerbesteuer bleibt, Wirtschaft grollt. In: Süddeutsche Zeitung, 16.6.2011.

IFEU - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (Hg.) (2002): Klimaschutzkonzept für die Stadt Bochum. Heidelberg. Online verfügbar unter http://www.ifeu.de/energie/pdf/Klimaschutz_Bochum_2002.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2011.

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT NRW): <http://www.it.nrw.de/> (Zugriff: 21.6.2011).

Innovation City Ruhr (Hg.) (2010): Projektbeschreibung im Detail. Online verfügbar unter http://www.innovationcityruhr.de/fileadmin/dataStorage/downloads/2_Detailbeschreibung_InnovationCity_10-07-12.pdf, zuletzt aktualisiert am 07.2010.

Innovation City Ruhr (Hg.): <http://www.bottrop.de/microsite/ic/> (Zugriff: 12.12.2011).

Jungfer, Klaus (2007): Die Finanzkrise der Städte. Der betrübliche Zustand der Kommunalfinanzen. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. In: Der Bürger im Staat – Städtepolitik und Stadtentwicklung, S. 132–136. Online verfügbar unter http://www.buergerimstaat.de/3_07/staedte.pdf.

Junkernheinrich, Martin; Boettcher, Florian (2010): Kommunalen Finanz- und Schuldenreport Nordrhein-Westfalen. Unter Mitarbeit von Gerhard Micosatt. Herausgegeben von Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter http://www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/finanzen/download/pdf/Finanz_und_Schuldenreport_NRW_2010.pdf.

KfW Bankengruppe (Hg.) (2010): KfW Kommunalpanel 2010. Unter Mitarbeit von Deutsches Institut für Urbanistik. Frankfurt. Online verfügbar unter http://www.difu.de/sites/difu.de/files/finaler_endbericht_kommunalpanel_2010_langfassung.pdf.

Konstruktionspraxis: <http://www.windkraftkonstruktion.vogel.de/allgemein/articles/309865/> (Zugriff: 19.6.2011).

Koopstadt (Hg.): <http://www.koopstadt.de/> (Zugriff: 20.6.2011).

MDR (Hg.) (2010): BMW will ab 2013 Elektroautos in Leipzig bauen. Online verfügbar unter <http://www.mdr.de/sachsen/7107431.html>.

Naßmacher, Hiltrud (2011): Kommunalpolitik in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 7-8, S. 6–12.

NSMW - Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Hg.): http://www.bundeslaenderranking.de/2011_bl_bremen.html (Zugriff: 12.11.2011), zuletzt geprüft am 15.11.2011.

Plöger, Jörg (2007): Leipzig City Report. Herausgegeben von London LSE CASE Report 42. Online verfügbar unter http://eprints.lse.ac.uk/3622/1/Leipzig_city_report_%28final%29.pdf.

Power, Anne; Plöger, Jörg; Winkler, Astrid (2010): Phoenix cities. The fall and rise of great industrial cities. Bristol: Policy Press.

Prognos AG (Hg.) (2011): Regionalwirtschaftliche Potenzialanalyse für ein Offshore Terminal Bremerhaven. Bremen. Online verfügbar unter http://www.wirtschaft.bremen.de/sixcms/media.php/13/Prognos%207106_Endbericht_Potenzialanalyse%20OTB_14-01-2011_final.pdf.

Promberger, Markus (2006): Leiharbeit im Betrieb. Strukturen, Kontexte und Handhabung einer atypischen Beschäftigungsform. Unter Mitarbeit von Lutz Bellmann, Christoph Dreher und Simon Schramm et al. Nürnberg. Online verfügbar unter http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2002-418-3-9.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2011.

Rosenthal, Peer; Farke, Jan; von den Berg, Timo (2010): Aufstocker im Land Bremen. Entwicklung, Struktur, Branchenanalyse und Haushaltsbelastung. Herausgegeben von Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen. Online verfügbar unter http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Politik/Studie_Aufstocker_gesamt.pdf.

Rügemer, Werner (2004): Cross border leasing. Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte. Münster: Verl. Westfälisches Dampfboot.

Schmidt-Seiwert, Volker (2011): Finanz- und Wirtschaftskrise. Das Europa der unterschiedlichen Betroffenheiten. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 2.2011, S. 113–120.

Scholz, Carola; Meyer, Christian (2010): Integrierte Handlungskonzepte in der Stadterneuerung – das Beispiel Nordrhein-Westfalen. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 4.2010, S. 287–295.

Schwaldt, Norbert (2010): Weniger Kürzungen bei der Städtebauförderung. In: Die Welt, 4.9.2010. Online verfügbar unter <http://www.welt.de/die-welt/wirtschaft/article9388273/Weniger-Kuerzungen-bei-der-Staedtebaufoerderung.html>.

Sheffield City Region (Hg.): <http://www.sheffieldcityregion.org.uk/enterprise-zone> (Zugriff: 12.12.2011).

Senatorin für Arbeit, Frauen Gesundheit Jugend und Soziales (Hg.) (o.J.b): Landesprogramm Lokales Kapital für Soziale Zwecke LOS Bremen II und Bundesprogramm STÄRKEN vor Ort. Zwischenbericht 2008–2010. Online verfügbar unter http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/LOS-Bericht_25_08_10_2.pdf.

Senatorin für Arbeit, Frauen Gesundheit Jugend und Soziales (Hg.) (o.J.a): Lokales Kapital für soziale Zwecke Bremen. Dokumentation 2003-2008. Online verfügbar unter http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/los-broschuere_2003-2008.pdf.

Siebel, Walter (2010): die Zukunft der Städte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 17/2010.

Slawig, Johannes (2011): Der Tag danach. Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 7-8/2011.

Stadt Bochum (Hg.) (2003-2011): Statistische Jahrbücher. Online verfügbar unter <http://www.bochum.de/C125708500379A31/CurrentBaseLink/W27C8A8T836BOLDDE>.

Stadt Bochum (Hg.) (2004): Perspektive Bochum 2015. räumliches Entwicklungskonzept. Online verfügbar unter [http://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/vwContentByKey/W27KN9SD423BOLDDE/\\$FILE/200810_rek.pdf](http://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/vwContentByKey/W27KN9SD423BOLDDE/$FILE/200810_rek.pdf).

Stadt Bochum (Hg.) (2008): Sozialbericht Bochum. Unter Mitarbeit von Stabsstelle Sozialplanung. Online verfügbar unter [http://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/CurrentBaseLink/W27DTFAZ868BOLDDE/\\$file/sozialbericht2008.pdf](http://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/CurrentBaseLink/W27DTFAZ868BOLDDE/$file/sozialbericht2008.pdf).

Stadt Bochum (Hg.) (2010): Büromarktbericht 2010. Bochum. Online verfügbar unter [http://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/vwContentByKey/W289GAEQ916BOLDDE/\\$FILE/buromarktbericht2010.pdf](http://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/vwContentByKey/W289GAEQ916BOLDDE/$FILE/buromarktbericht2010.pdf), zuletzt geprüft am 22.11.2011.

Stadt Leipzig (Hg.) (2010): Ortsteilkatalog 2010. Strukturdaten der Ortsteile und Stadtbezirke. Online verfügbar unter http://www.leipzig.de/imperia/md/content/12_statistik-und-wahlen/lz_otk2010.pdf, zuletzt geprüft am 20.11.2011

Stadt Leipzig (Hg.) (2003-2011): Statistische Jahrbücher. Online verfügbar unter <http://www.leipzig.de/de/business/wistandort/zahlen/04795.aspx>.

Stadt Leipzig (Hg.) (2009): Stadtentwicklungskonzept (SEKo). Unter Mitarbeit von Dezernat Stadtentwicklung und Bau. Online verfügbar unter http://www.leipzig.de/imperia/md/content/61_stadtplanungsamt/SEKo_Leipzig_Langfassung_ohne_Karten.pdf.

Statista (Hg.): <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/198961/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-augewaehlten-laendern-europas/> (Zugriff: 12.12.2011).

Statistisches Bundesamt Deutschland: <http://www.destatis.de> (Zugriff: 8.6.2011).

Statistisches Landesamt Bremen: <http://www.statistik.bremen.de> (Zugriff: 8.6.2011).

Statistisches Landesamt Bremen (Hg.) (2008): Stadtteile der Stadt Bremen 2007. Online verfügbar unter <http://www.statistik.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen65.c.5115.de>, zuletzt geprüft am 20.11.2011.

Statistisches Landesamt Bremen: Anstieg der Arbeitslosigkeit und Exportquote. Pressemitteilung vom 18.8.2009. Bremen.

Statistisches Landesamt Sachsen: <http://www.statistik.sachsen.de> (Zugriff: 9.6.2011).

The Poverty Site (Hg.): <http://www.poverty.org.uk/i80/index.shtml> (Zugriff 16.6.2011).

URBACT (Hg.) (2010): Urbact Cities facing the Crisis. Impact and Responses. Online verfügbar unter http://urbact.eu/fileadmin/general_library/Crise_urbact__16-11_web.pdf, zuletzt geprüft am 15.11.2011.

Verbraucherzentrale Bundesverband (Hg.) (2008): Eckpunktepapier des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zur Energiearmut einkommensschwacher Haushalte. Online verfügbar unter http://www.vzbv.de/mediapics/eckpunktepapier_energiearmut_14_04_2008.pdf, zuletzt geprüft am 12.12.2011.

Vereinigung für Stadt, Regional- und Landesplanung (SRL) (Hg.) (2011): Gesetz zur Stärkung der klimagerechten Stadtentwicklung. Stellungnahme der SRL - 25.5.2011. Online verfügbar unter http://www.srl.de/dateien/dokumente/de/baugb-novelle_2011_-_srl-stellungnahme.pdf.

Wels, Thomas (2009): Stunk ums Klima an der Ruhr. Herausgegeben von Der Westen. Online verfügbar unter <http://www.derwesten.de/nachrichten/wirtschaft-und-finanzen/Stunk-ums-Klima-an-der-Ruhr-id23612.html>.

WfB - Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (Hg.) (2011): Immobilienmarktreport Bremen 2011. Bremen. Online verfügbar unter <http://www.wfb-bremen.de/sixcms/media.php/1754/WFB-Immobilienreport.pdf>, zuletzt geprüft am 22.11.2011.

WindPowerCluster: Mit Offshore ins Finale. Pressemitteilung vom 30.0.2011. Hannover. Wirtschaftsförderung Bremen (WfB): <http://www.wfb-bremen.de/de/wfb-wirtschaftsfoerderung-bremen> (Zugriff 16.6.2011).

Zarth, Michael (2011): Zur Entwicklung der deutschen Regionen in den langfristigen Konjunkturzyklen. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 2.2011, S. 99–112.

Zimmer-Hegmann, Ralf (2011): Die Soziale Stadt weiterdenken. In: vhw FWS, H. Januar-Februar, S. 31–35.

7. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Internationaler Workshop Leipzig	6
Abb. 2:	Zeitarbeit als Indikator der Konjunktur in Deutschland	9
Abb. 3:	Veränderung der Gewerbesteuereinnahmen, 2004-2009 (in %)	13
Abb. 4:	Verschuldungsstand der Städte, 2006-2009 (in %, 2006=100 %)	15
Abb. 5:	Verschuldung pro Einwohner, 2009 (in Euro)	16
Abb. 6:	Kassenkredite deutscher Kommunen	16
Abb. 7:	Kassenkredite der Ruhrgebietskommunen pro Einwohner in Euro	17
Abb. 8:	Kassenkredite pro Einwohner, 2009 (in Euro)	17
Abb. 9:	Gewerbesteuereinnahmen pro Einwohner, 2009 (in Euro)	19
Abb. 10:	Arbeitslose und Langzeitarbeitslose an allen sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen, 2009 (in %)	30
Abb. 11:	Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbsfähigen unter 25 Jahren, 2009 (in %)	30
Abb. 12:	Anteil der Leistungsbezieher nach SGB II an allen Einwohnern unter 65 Jahren, 2009 (in %)	31
Abb. 13:	Bedeutung als Arbeitsort (Quotient sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort/sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einwohner) (2009)	32
Abb. 14:	Anteil der Einwohner mit Hochschulabschluss, 2009 (in %)	33
Abb. 15:	Gemeindetreff in Gröpelingen, Bremen	37
Abb. 16:	Großwohnsiedlung in Osterholz-Tenever, Bremen	38
Abb. 17:	Sozialräumliche Struktur Bremen	38
Abb. 18:	Spielplatz Osterholz-Tenever, Bremen	39
Abb. 19:	„Stadtumbaugebiet Westend“ in Griesenbroch, Bochum	40
Abb. 20:	Stadtteilpark Rabet im Leipziger Osten, Leipzig	41
Abb. 21:	Sozialräumliche Struktur Bochum	42
Abb. 22:	Sozialräumliche Struktur Leipzig	43
Abb. 23:	Fördervolumina der Untersuchungsstädte pro Einwohner (in Euro)	45
Abb. 24:	Offshore-Windanlage	65
Abb. 25:	BioMedizin Campus Bochum	70
Abb. 26:	Advanced Manufacturing Park Sheffield	71

8. Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Beginn der Programme der Städtebauförderung in den Untersuchungsstädten	46
Tab. 2:	SWOT-Analyse der Untersuchungsstädte	78/79

Impressum

Bearbeitung:

Dr. Jörg Plöger
Isabella Kohlhaas-Weber

Herausgeber:

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH
Postfach 101764
44017 Dortmund
Telefon: +49 (0)231 / 90 51-0
Telefax: +49 (0)231 / 90 51-155
E-Mail: ils@ils-forschung.de
URL: www.ils-forschung.de

Auftraggeber:

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Bildnachweis: Titelbild, ILS

ISBN 978-3-86934-062-3

© ILS 2012. Alle Rechte vorbehalten.

Diese Veröffentlichung darf – auch auszugsweise und in welcher Form auch immer – nur mit schriftlicher Genehmigung des ILS vervielfältigt werden.

Es ist ausdrücklich untersagt, ohne schriftliche Zustimmung des ILS, Kopien dieser Veröffentlichung oder von Teilen daraus an anderer Stelle öffentlich zu präsentieren (z. B. durch „Spiegeln“ dieser Datei auf anderen WWW-Servern) oder diese inhaltlich zu verändern.

Die Anfertigung einer beschränkten Anzahl gedruckter Kopien für den persönlichen Gebrauch ist unter der Bedingung der korrekten Nennung der Urheberschaft ohne ausdrückliche Genehmigung des ILS gestattet. Dies gilt auch für die Anfertigung einer beschränkten Anzahl gedruckter Kopien, um diese in den Bestand einer öffentlich zugänglich und / oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Bibliothek zu integrieren.

Dortmund, März 2012